

65. Sitzung

am Donnerstag, dem 19. September 2002

Inhalt

**Wissenschaft in Bremen und Bremerhaven –
Motor des wirtschaftlichen Strukturwandels**

Große Anfrage der Fraktionen der CDU
und der SPD

vom 15. August 2002
(Drucksache 15/1217)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. September 2002

(Drucksache 15/1237)

Staatsrat Köttgen	4689
Abg. Böhrnsen (SPD)	4690
Abg. Jäger (CDU)	4695
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	4701
Staatsrat Köttgen	4703
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	4705
Abg. Eckhoff (CDU)	4708
Abg. Frau Berk (SPD)	4710

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Daten-
schutzgesetzes und anderer Gesetze**

Mitteilung des Senats vom 13. August 2002
(Drucksache 15/1208)

1. Lesung	4711
-----------------	------

**Bericht über die Tätigkeit der mit Förderauf-
gaben beauftragten juristischen Personen des
privaten Rechts für das Jahr 2001**

Mitteilung des Senats vom 13. August 2002
(Drucksache 15/1214)

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Aus-
führung des Gesetzes zur Beschränkung des
Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses**

Mitteilung des Senats vom 27. August 2002
(Drucksache 15/1221)

1. Lesung	
2. Lesung	4712

**Abkommen zur Änderung des Abkommens
über die Errichtung und Finanzierung des Ins-
tituts für medizinische und pharmazeutische
Prüfungsfragen**

Mitteilung des Senats vom 27. August 2002
(Drucksache 15/1222)

**Stellungnahme des Senats zum 24. Jahresbe-
richt des Landesbeauftragten für den Daten-
schutz**

Mitteilung des Senats vom 27. August 2002
(Drucksache 15/1224)

**Gesundheits-, umweltschutz- und stadtpla-
nungsverträgliches Vorgehen beim Ausbau des
Mobilfunknetzes**

Mitteilung des Senats vom 3. September 2002
(Drucksache 15/1230)

**Gesundheits- und Umweltschutz beim Ausbau
des Mobilfunks wirklich praktizieren**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. September 2002
(Drucksache 15/1240)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	4713
Abg. Imhoff (CDU)	4714
Abg. Frau Kummer (SPD)	4716
Senatorin Wischer	4718
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	4719
Abstimmung	4720

**Gesundheitspolitik des Bundes und die Aus-
wirkungen im Land Bremen**

Große Anfrage der Fraktionen der CDU
und der SPD
vom 15. August 2002
(Drucksache 15/1218)

Abg. Frau Dreyer (CDU)	4720
------------------------------	------

Abg. Brumma (SPD)	4724
Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	4727
Abg. Tittmann (DVU)	4730
Abg. Frau Dreyer (CDU)	4731
Abg. Frau Hammerström (SPD)	4733
Abg. Frau Dreyer (CDU)	4735
Senatorin Röpke	4735

Start der Neubürgeragentur – Feinkonzept

Mitteilung des Senats vom 9. Juli 2002
(Drucksache 15/1194)

Start der Neubürgeragentur

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 20. August 2002
(Drucksache 15/1219)

Abg. Dr. Sieling (SPD)	4738
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .	4740
Abg. Pflugradt (CDU)	4741
Senatorin Wischer	4742
Abstimmung	4744

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Isola, Leo, Neumeyer.

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Hannken

Schriftführer Schildt

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Senatsrätin **Dr. Sywottek** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 65. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Meine Damen und Herren, ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Folgende Gruppen sind anwesend: ein Fortbildungskurs vom Institut für berufliche Weiterbildung, drei neunte Klassen des Schulzentrums Drebberstraße – wie gestern übrigens auch, die Drebberstraße ist gestern und heute hier im Parlament sehr stark vertreten! –,

(Beifall)

eine vierte Klasse der Schule an der Lessingstraße, zwei zehnte Klassen des Schulzentrums Moorkamp aus Ritterhude und eine Berufsschulklasse Elektroinstallateure vom technischen Bildungszentrum Mitte! – Herzlich willkommen, und ich wünsche Ihnen einen spannenden Vormittag!

(Beifall)

Wissenschaft in Bremen und Bremerhaven – Motor des wirtschaftlichen Strukturwandels

(B) Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 15. August 2002 (Drucksache 15/1217)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. September 2002

(Drucksache 15/1237)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Köttgen.

Meine Damen und Herren, nachträglich möchte ich Ihnen davon Kenntnis geben, dass der Senat mit heutigem Datum mitteilt, dass versehentlich eine vom Senat nicht beschlossene Antwort übermittelt worden ist. Der Senat hat nunmehr die beschlossene Antwort nachgereicht, die gerade verteilt wird. Zwischen den Fraktionen ist Einverständnis erzielt worden, die Debatte auf der Basis der zunächst vorgelegten Antwort zu führen.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Welche?)

In der Regel tun wir das nicht mehr, aber vielleicht könnte, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Staatsrat Köttgen an der Stelle die Gelegenheit nehmen, mit Ihrem Einverständnis die Passagen zu benennen, die herausgenommen worden sind. Das bedarf aber Ihres Einverständnisses, dass er dies, bevor die Debatte beginnt, tut.

(C)

Wenn Sie damit einverstanden wären? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann sind Sie also damit einverstanden.

Dann würde ich Herrn Staatsrat Köttgen bitten, die Passagen zu benennen, die herausgenommen worden sind, wenn er das getan hat, wieder Platz zu nehmen, und wir beginnen dann mit der Debatte.

Sind Sie damit einverstanden? – Das ist wunderbar.

Bitte, Herr Staatsrat Köttgen!

Staatsrat Köttgen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf mich auch noch einmal ganz ausdrücklich dafür entschuldigen, dass leider durch eine peinliche Panne in der Senatskanzlei Ihnen die falsche Fassung übermittelt worden ist. Ich darf dazu vielleicht vorab sagen, dass es im Wesentlichen eine Straffung der Vorlage ist. Das werden Sie gleich merken, aber es gibt auch zwei inhaltliche Punkte, die mir wichtig sind, dass ich sie Ihnen ganz kurz vortrage und Ihnen mindestens die Änderungen mitteile. So, jetzt muss ich meine richtige Fassung finden, weil das ganz schwierig ist, dass das nicht wieder – –.

(D)

(Heiterkeit – Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Die dritte?)

Nein, es ist nicht die dritte Fassung. Wenn ich Sie bitten darf, Sie haben auf Ihrem Tisch die Neufassung beziehungsweise die vom Senat beschlossene Fassung liegen, wenn Sie die Seite drei aufschlagen, so sind da der zweite und der dritte Absatz gestrichen worden. Ich gehe das langsam durch.

Wenn Sie dann die Seite vier aufschlagen, dann ist der dritte Absatz gestrichen worden. Das ist eine Straffung der Vorlage. Es ist nicht mehr, es ist nicht inhaltlich verändert, insofern können wir auf dieser Grundlage gut debattieren.

(Heiterkeit – Abg. E c k h o f f [CDU]: Es ist wie sonst im Unterricht! – Glocke)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich bitte doch, dass wir das eben konzentriert durchgehen können!

Staatsrat Köttgen: Auf der Seite fünf ist nach der Frage der erste Absatz gestrichen. Auf der Seite sechs ist der dritte Absatz unter viertens in ihrer alten Fassung ab dem zweiten Satz bis einschließlich des Satzes „Parallel zur Einrichtung des Studiengangs Bioinformatik“ gestrichen. Auf der Seite acht, wenn Sie

(A) den vorletzten Absatz nehmen, heißt es jetzt: „Nach einer von Prognos durchgeführten Berechnung der Arbeitsplatz- und Investitionseffekte mittels Hochrechnung der repräsentativen Ergebnisse aus den beiden Befragungsstufen“, und dann geht es in der drittletzten Zeile weiter: „sind unmittelbar durch Kooperation mit bremischen F- und E-Institutionen im Zeitraum von 1997 bis 2000 1156 Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven geschaffen und gesichert worden.“ Es ist also auch da nur eine Straffung der Vorlage.

Dann darf ich Sie auf Seite elf bitten. Dort sind der zweite Absatz, der anfängt mit „Wichtigste Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Wissens- und Technologietransfer“, und die folgenden und die Spiegelpunkte gestrichen im Sinne einer Straffung der Vorlage. Dann darf ich Ihnen auf Seite 13 die Änderung vortragen. Da steht im zweiten Absatz, wo es heißt, „Mit letzterem Programm, dem PFAU-Programm, soll insbesondere der Komplex“, bisher Klimaforschung/Umweltforschung; das muss heißen regenerative Energien, Mobilität, Umweltanalytik und Messtechnik. Gestrichen ist der letzte Absatz unter Ziffer 13, „Hervorzuheben ist der vergleichsweise hohe Anteil von Großunternehmen“.

Dann auf Seite 15, das ist die Seite, auf die ich aufmerksam geworden bin, nachdem mich Frau Trüpel angerufen hat, muss ich Ihnen gestehen, heute Nacht,

(B) (Heiterkeit)

heute Nacht aufmerksam geworden bin, dass ich ihr gesagt habe, dies ist doch geändert worden. Dann habe ich das noch einmal nachgelesen. Dabei ist mir aufgefallen, dass Ihnen die falsche Vorlage zugeschickt worden ist. Da heißt es in der neuen Vorlage, die Sie haben: „Möglichkeiten zur Verstetigung von F- und E-Kooperationen ergeben sich im Bereich Luftfahrzeugbau aus dem Programm AMST, bei dem Airbus bereits sehr eng mit bremischen Forschungseinrichtungen zusammenarbeitet und ein so genannter Technologiebroker als Bindeglied zwischen Industrie und Forschungsbereich eingerichtet worden ist. Für die Wissenschaft bedeutet dies erhebliche anwendungsorientierte Entwicklungsmöglichkeiten, für die Bremer Luftfahrtindustrie erhöhte Standortsicherheit.“ Das ist in der Neufassung geändert worden.

Dann gibt es noch eine kleine letzte Änderung, die Sie in der Neufassung im vorletzten Absatz finden. Da ist auf der letzten Seite im vorletzten Absatz neu eingefügt worden: „Ein sich aktuell etablierender Bereich mit mittel- und langfristiger Perspektive, vor allem für Bremerhaven, der gleichermaßen auf wissenschaftliche und unternehmerische Impulse angewiesen ist, ist das Themenfeld ‚Nutzung der Offshore-Windenergie‘.“ Das waren die Änderungen. Bitte entschuldigen Sie nochmals, aber solche Versehen sind leider menschlich!

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass damit jetzt Klarheit eingetreten ist über das Thema, das wir hier zu diskutieren haben.

(Heiterkeit)

Ich wünsche Herrn Senator Lemke gute Besserung. Ich hoffe, er sitzt oder liegt und hört Radio und verfolgt unsere Debatte.

(Abg. Frau **Linnert** [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! – Abg. **Eckhoff** [CDU]: Nein, wir wünschen ihm doch Besserung!)

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete **Böhrnsen**.

Abg. **Böhrnsen** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Falls Herr Senator Lemke diese Debatte verfolgt, sollte man ihm allerdings auch mitteilen, dass die Verantwortung für diese Panne von der Senatskanzlei übernommen worden ist. Das wird ihn, glaube ich, erheitern.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen hat der Staatsrat diese technische Panne elegant behoben. Ich fand das schon spannend, dass man so erfährt, dass in der Nacht Opposition und Regierung miteinander telefonieren. Der Inhalt wäre auch noch interessant. Das Thema ist aber, glaube ich, zu wichtig, als dass wir uns jetzt mit der technischen Frage aufhalten sollten, sondern wir sollten zum Inhalt kommen.

Meine Damen und Herren, der Wissenschaftsstandort Bremen und Bremerhaven ist ein junger Standort. Die Hochschulen unseres Landes sind, gemessen an den Maßstäben der traditionsreichen Universitätsstädte, noch immer neu. Ihre Geschichte ist dennoch eine durchaus wechselvolle. Wie alles Neue mussten und müssen sie sich ihr Profil, ihre Nische im Wissenschaftsleben Deutschlands und im Zuge der Globalisierung natürlich auch in der weltweiten Science community erst erkämpfen. Sie haben sich bei diesen Kämpfen auch manch blutige Nase geholt, weil die Etablierten diese Räume nicht so ohne weiteres freimachen wollten oder weil sie zu Anfang vielleicht auch manchmal zu ungestüm waren. Das wollen wir durchaus auch sehen.

Bremen war und ist mutig. Es gilt, auch in der Wissenschaftspolitik neue Wege zu beschreiten, und dass man dabei auch einmal Umwege in Kauf nehmen muss, das liegt eben auch im Wesen von Pionierleistungen. Aber mutig ist Bremen gewesen, als unsere politischen Vorfahren 1971 beschlossen, die Universität zu gründen. Dass sie sich zunächst vor allem den Geistes- und Sozialwissenschaften wid-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) meten, ergab sich nicht zuletzt aus der Gründungsgeschichte, nämlich der Entwicklung der Universität aus der bestehenden Pädagogischen Hochschule heraus. Darin und auch im Zeitgeist begründet war sie als Reformuniversität geplant als bewusster Gegenentwurf zu den traditionellen Hochschulen.

Dass diese Ausrichtung der Universität das Label „Rote Kaderschmiede“ eingebracht hat, hat hierin seinen Ursprung. Ich bin aber davon überzeugt, auch ohne diese aus heutiger Sicht sicherlich in vielerlei Hinsicht überzogene Alternativausrichtung hätte der etablierte deutsche Wissenschaftsbetrieb die Bremer Neugründung nicht gerade mit Begeisterung begrüßt, denn wer freut sich schon über einen zusätzlichen Konkurrenten?

Ich habe über Umwege und Fehlentwicklung gesprochen. Zu unserer Verantwortung stehen wir auch hier, aber ich bin als Sozialdemokrat stolz darauf, dass wir es waren, die dann auch rechtzeitig die Kraft zur Umsteuerung gefunden und bewiesen haben. Dass wir diese Kraft, neue Wege zu gehen, immer noch haben, das beweist nicht zuletzt die Gründung der Internationalen Universität Bremen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

(B) Ich glaube, wir können mit Fug und Recht sagen, wir und die für die und in den Hochschulen des Landes arbeitenden Menschen können stolz auf das bisher Erreichte sein.

Ich habe mir einmal die Meldungen nur des letzten Vierteljahres herausuchen lassen, um deutlich zu machen, wo wir heute stehen. Nur beispielhaft möchte ich ein paar Überschriften, wie gesagt, des letzten Vierteljahres aus den Medien zitieren: „Bremer Wissenschaftler zum Honorarprofessor der TU Clausthal ernannt“, „Bremens Mangrovenforschung weiterhin auf Erfolgskurs“, „Internationaler Studiengang Steuer- und Wirtschaftsrecht zum Wintersemester erfolgreich gestartet“, „Hohe Auszeichnung: Professor Wolfgang Eichwede erhielt Ungarischen Staatspreis“, „Masterstudiengang zur Tropenökologie für fünf Jahre akkreditiert, als vorbildlich eingestuft“, „Mehr Studienbewerber an der Universität Bremen“, „Eine Woche Wissenschaftssommer und eine Nacht zum Staunen und Feiern“, „Professor Dr. Jürgen Timm erhält Senatsmedaille für Wissenschaft und Kunst“, „Technologiezentrum Informatik gewinnt internationalen Innovationspreis“, „Politikwissenschaft ein Bremer Aushängeschild“, „In der Forschung liegt Bremen unter deutschen Universitäten an der Spitze“, „Hochschul-Länder-Ranking: Bremen Spitze in der Forschung“.

(Beifall bei der SPD)

Wie gesagt, meine Damen und Herren, das sind ausschließlich Meldungen des letzten Vierteljahres.

Ich denke, dies macht offenkundig, der Weg der großen Koalition unter Führung der sozialdemokratischen Wissenschaftssenatoren, für den Strukturwandel der bremischen Wirtschaft auf die Wissenschaft zu setzen, ist richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die Überschrift unserer Großen Anfrage „Wissenschaft in Bremen und Bremerhaven – Motor des wirtschaftlichen Strukturwandels“ ist eindeutig und eine unbestreitbare Feststellung. Die gewaltige Kraftanstrengung, die dahinter steht, machen aber erst die Zahlen deutlich, und deswegen will ich sie nennen. Die Ausgaben für den Wissenschaftssektor haben wir von zunächst 139,2 Millionen Euro im Jahr 1990 auf 222,7 Millionen im Jahr 2001 gesteigert. Das macht also einen Zuwachs von fast 60 Prozent aus. Sicherlich ist mit dem Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur und den sich daraus ergebenden Erfolgen auch ein nicht zu unterschätzender Imagegewinn für den Standort Bremen und Bremerhaven verbunden, der mit dem Fallturm und dem Universum im Technologiepark auch seine äußerlich sichtbaren Symbole vorweisen kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Investitionen in Wissenschaft, das belegt die Antwort des Senats in beiden Fassungen, rentieren sich für die Wirtschaft des Landes aber auch ganz unmittelbar. Nur dort, wo neues Wissen durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure entsteht, erhöhen sich das Forschungs- und Entwicklungspersonal und die regionale Wettbewerbsfähigkeit. Ich darf aus der Antwort des Senats zitieren: „Humankapital, Innovation und die Vernetzung der am Innovationsprozess beteiligten Akteure sind für die regionale wirtschaftliche Entwicklung entscheidend.“ Soweit der Senat in seiner Antwort!

(Abg. Dr. K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Welcher?)

Das, wofür der Technologiepark an der Universität steht, ist ohne Zweifel sichtbarer und erlebbarer wirtschaftlicher Strukturwandel, und das ist entgegen manch anderer Behauptung vor allem das Ergebnis sozialdemokratischer Wissenschaftspolitik in Bremen.

(Beifall bei der SPD)

Die Erfolgsgeschichte dieser Verknüpfung von Wissenschaft und von Wissenschaftlern initiiierter wirtschaftlicher Tätigkeit setzt sich in Bremerhaven fort mit dem Alfred-Wegener-Institut, dem Technologietransferzentrum, dem künftigen Biotechnologiezentrum und dem Institut für Fischereiökologie, das, das

(C)

(D)

- (A) darf man an dieser Stelle auch erwähnen, dank des unermüdlichen Einsatzes der SPD-Bundestagsabgeordneten Ilse Janz nach Bremerhaven geholt werden konnte.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Teiser [CDU])

Herr Teiser, gewisse Wahrheiten muss man einfach aushalten können, das empfehle ich Ihnen!

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Abg. Eckhoff [CDU]: Aber nur eine gewisse! – Abg. Teiser [CDU]: Wir danken ihr für die Gründung der Stadt Bremerhaven!)

Dass Sie nicht alles aushalten, das weiß ich auch!

Meine Damen und Herren, weil es mir ein Herzensanliegen ist, will ich hinzufügen, diese Erfolgsgeschichte wird und muss sich auch in Bremen-Nord mit der Internationalen Universität und dem Science-Park fortsetzen. Wir werden daran jedenfalls intensiv arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Da eben die CDU so aufgeregt war,

- (B) (Abg. Teiser [CDU]: Wir waren enttäuscht, weil Sie den Kanzler nicht genannt haben!)

vermute ich, dass Sie uns gleich in dieser Debatte erzählen werden, dass Sie diese Erfolgsgeschichte des Technologieparks unbedingt im Hollerland fortsetzen müssen, und ich antworte Ihnen darauf: Das ist Quatsch, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU)

Erstens haben wir uns inzwischen ja auf eine Westerweiterung des Parks geeinigt. Zweitens macht es, wie die Beispiele Internationale Universität Bremen und Hochschule am Airport belegen, gerade ausgesprochen Sinn, hochwertige Wissenschaftseinrichtungen nicht nur an einem Standort zu bündeln, sondern sie als Impulsgeber an verschiedenen Standorten zu nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Das hat auch etwas mit dem neudeutschen Wort von der Clusterbildung zu tun, ein Ansatz, der bundesweit Beachtung findet und vielleicht auch von unserem Koalitionspartner noch etwas stärker ins Bewusstsein übernommen werden sollte.

(Beifall bei der SPD)

Bevor ich auf einige besonders interessante Details der Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage eingehe, möchte ich aber auch darauf hinweisen, dass es für diesen bremsischen Erfolg auch der richtigen Rahmenbedingungen bedurfte und bedarf. Diese Rahmenbedingungen, und das gehört zu den weiteren Wahrheiten, wurden in Berlin von der rotgrünen Bundesregierung gesetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Eckhoff [CDU]: Jetzt sind wir bei der Erfolgsstory in Berlin!)

Die Dynamik, die der Wissenstransfer aus den Hochschulen in die unmittelbare Schaffung von Arbeitsplätzen entfaltet hat, wäre ohne die ausgezeichnete Zukunfts- und Wissenschaftspolitik der rotgrünen Bundesregierung undenkbar gewesen.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU – Abg. Teiser [CDU]: Gestern ist der Nemax unter 400 gefallen, wovon reden Sie eigentlich?)

Herr Teiser, ich rede jetzt nicht vom Dax oder vom Nemax,

(Unruhe bei der CDU – Glocke)

sondern ich rede von dem, was die rotgrüne Bundesregierung in Bildung und Forschung investiert hat!

(Beifall bei der SPD)

Diese großen Anstrengungen der Bundesregierung waren auch ein Signal für die Wirtschaft, ihrerseits ihre Anstrengungen zu verstärken.

Meine Damen und Herren, die Zahlen: Der Etat des Bundes für die Bildungs- und Forschungspolitik wurde seit 1998 um 21,5 Prozent auf 8,8 Milliarden Euro in diesem Jahr erhöht.

(Beifall bei der SPD)

Dies, nachdem die CDU-geführte Bundesregierung und ihr – ich glaube, so hieß es damals – Zukunftsminister zwischen 1993 und 1998 den Bildungs- und Forschungsetat um rund 360 Millionen Euro gekürzt hatten, meine Damen und Herren! Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD)

Ebenso wichtig, wie zusätzliche Mittel bereitzustellen, war es, die überfälligen Strukturreformen in Angriff zu nehmen. Jetzt können stärker Projekte und weniger Institutionen gefördert werden. Dadurch kann gewährleistet werden, dass die Forschungser-

(C)

(D)

- (A) gebnisse schneller in die Praxis umgesetzt werden können. Die Forschungspolitik der Bundesregierung verbessert ohne Zweifel damit die Rahmenbedingungen für Innovation und neue Arbeitsplätze entscheidend, und das soll auch in Zukunft so bleiben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung hat 1998 nach der Bundestagswahl den erforderlichen Kurswechsel vorgenommen und die nötigen Reformen in Gang gesetzt. Damit gelingt es nun, die Kompetenzen in den zukunftssträchtigen Bereichen zu bündeln und durch eine stärkere Vernetzung und Arbeitsteilung zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen im In- und Ausland Synergien zu schaffen. Wir hier in Bremen und Bremerhaven spüren unmittelbar, dass dadurch die Kompetenzen bei den modernen Technologien gesteigert und die Marktchancen verbessert werden können.

Einen wichtigen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele stellt dabei auch die Umstellung der Forschungsförderung dar. Statt der bisherigen Förderung nach Gießkannenprinzip werden nun gezielt zukunftsfähige Schlüsselbereiche unterstützt, auch dies spüren die bremischen Einrichtungen unter anderem durch den erhöhten Zufluss von Drittmitteln ganz unmittelbar, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Es ist eine weitere Wahrheit, dass bei der Einwerbung von Drittmitteln die bremischen Einrichtungen Spitze sind, was, wie gesagt, ohne den Bund, der das Gros dieser Mittel zur Verfügung stellt, nicht möglich gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Obwohl die regionalen Struktur- und Wachstumseffekte des Ausbaus der Forschungsentwicklungseinrichtungen nur sehr langfristig – man spricht von einem Timelag von sieben bis zehn Jahren – zu realisieren sind, verzeichnet die Wissenschaftspolitik doch bereits beachtliche Ergebnisse. Die Forschungseinrichtungen des Landes setzen zunehmend Impulse für den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Hier sind beispielhaft zu nennen das MCB, Mikrosystem-Center Bremen, und das MeVis-Zentrum für medizinische Diagnosesysteme und Visualisierung, das für Bremen den nach zahlreichen Prognosen weiter expandierenden Markt der Gesundheitswirtschaft erschließen könnte.

Hinzufügen muss man jedoch auch zahlreiche Forschungsbereiche, die für sich ökonomisch überaus sinnvoll Grundlagen- und Anwendungsforschung miteinander verknüpfen. Es ist vielfach selbstverständliches Alltagsgeschäft, in den Forschungsein-

- richtungen mit der Wirtschaft zu kooperieren. So kooperieren nach Angaben des Senats durchschnittlich 56 Prozent der Wissenschaftler aus bremischen Forschungseinrichtungen mit Unternehmen und anderen Forschungseinrichtungen. 20 Prozent der Fördersumme der Bremer Innovationsagentur, BIA, gingen in Projekte mit wissenschaftlicher Beteiligung. (C)

Um was es geht, möchte ich mit zwei Beispielen anschaulich machen: Die Wissenschaftsdeputation hat sich in der vergangenen Woche zum Beispiel mit der Investitionsmaßnahme Kapselkatapult für den Fallturm Bremen befasst. Der Laie staunt zunächst einmal und muss sich da kundig machen. Ich habe es getan. Es geht dabei darum, durch das Abschießen der Forschungskapsel die Zeit der Schwerelosigkeit gegenüber dem schlichten Fallenlassen zu verdoppeln. Ich hoffe, ich habe das richtig verstanden, Herr Staatsrat.

(Staatsrat K ö t t g e n : Ja!)

Gelingt dies, so kann das ZARM, das Zentrum für Angewandte Raumfahrttechnologie und Mikrogravitation, seine Alleinstellungsposition in Deutschland und der Welt weiter ausbauen und damit weiter der Ansprechpartner der Industrie für derartige Forschung bleiben, und das, meine Damen und Herren, wäre ein wirklich großer Erfolg!

(Beifall bei der SPD)

(D)

Ebenfalls in der vergangenen Woche in der Wissenschaftsdeputation: die Beteiligung der Universität an der Gründung einer GmbH mit einem australischen Unternehmen, die ein von den Australiern entwickeltes Bohrgerät auf dem europäischen Markt für wissenschaftliche und kommerzielle Zwecke anbieten soll und ein weiteres neues Bohrgerät bauen soll! Dies ist geradezu ein Paradebeispiel dafür, was wir meinen, wenn wir uns für den Technologietransfer einsetzen, der übrigens in der Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages – ich glaube, die war hier auch schon einmal Gegenstand einer Debatte – zu Recht als herausragend und gut bewertet worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Der ohnehin national und international hoch angesehene Fachbereich Geowissenschaften mit seinem überaus renommierten Professor Wefer, der Bremen auch im Wissenschaftssommer zum Beispiel mit dem Geoschiff so positiv repräsentierte, das Zentrum für marine Umweltwissenschaften, das Zentrum für marine Tropenökologie, das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, das Max-Planck-Institut für marine Mikrobiologie und das Forschungsinstitut Senckenberg am Meer in Wilhelmshaven konnten im Sommer 2001 mit der Vergabe des For-

- (A) schungszentrums Ozeanränder an die Universität Bremen einen großen Erfolg feiern, zu dem man an dieser Stelle noch einmal gratulieren darf.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Forschungszentrum benötigt nun dieses Bohrgerät, von dem ich gesprochen habe, das übrigens auch noch hilft, Kosten für ein teures Bohrschiff zu sparen. Allerdings besitzt dieses Gerät, dieses Unikat, nur das australische Unternehmen in Sydney. Da die Zusammenarbeit mit der Industrie aber ohnehin eine Bedingung für die Beantragung des Forschungszentrums war und die Australier das Gerät nur bei einer gemeinsamen Vermarktung in Europa verschiffen wollten, entschloss man sich vernünftigerweise zu einer Public private partnership mit Namen Geomarine Bremen GmbH.

Dies ist in meinen Augen, und deswegen nenne ich das, deswegen ein Paradebeispiel, weil es zeigt, dass man nicht sklavisch nach den Vermarktungschancen von Forschung schauen muss und womöglich dann im Gegenzug manche nicht vermarktbar wissenschaftliche Fragen gar nicht erst stellt, sondern es belegt, dass die Zusammenarbeit von öffentlichen Forschungseinrichtungen und Industrie zu gegenseitigem Nutzen sein kann, meine Damen und Herren.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Im Übrigen, Wissenschaft findet nicht im Elfenbeinturm statt, ist aber auch nicht die verlängerte Werkbank der Industrie.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema unserer Großen Anfrage ist ausdrücklich und bewusst auf die ökonomischen Effekte der Wissenschaft beschränkt. Aber es ist mir wichtig zu betonen, dass es in Bremen auch nach wie vor möglich bleiben muss und möglich ist, Forschung auch in Bereichen zu betreiben, ohne nach ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit zu fragen, wie das vor allen Dingen in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern der Fall ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dass man das mit großem Erfolg tun kann, das beweist das von mir eingangs zitierte großartige Renommee der bremischen Politikwissenschaft. Unser Thema soll heute aber Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft sein, die schon jetzt positive ökonomische Effekte hat. Die Prognos-Studie aus dem Jahre 2001, auf die sich der Senat in seiner Antwort bezieht, ergibt, dass durch den Technologietransfer innerhalb des Landes Bremen jährlich 300 Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. In den Jahren

- von 1997 bis 2000 wurden im Lande Bremen durch die Kooperationsbeziehungen mit bremischen Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen 1156 hochwertige Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Ich denke, das ist doch eine beeindruckende Zahl, meine Damen und Herren. (C)

(Beifall bei der SPD)

Aus den bremischen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen erfolgten in diesem Zeitraum 59 Unternehmensgründungen, davon 47 Unternehmen im Lande Bremen, die 157 Arbeitsplätze schufen. Auch das stellt einen großen Erfolg dar. Was dabei aber besonders wichtig ist, meine Damen und Herren, diese Arbeitsplätze wurden in Zukunftsbranchen wie Verfahrenstechnik, Mikrotechnik, Sensorik sowie Informations- und Kommunikationstechnik geschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Das unterstreicht den Erfolg. Der Senat unterstützt diese Spin-offs genannten Erfolge durch die Bremer Innovationsagentur mit einer Reihe sehr sinnvoller Instrumente. Das fängt bei der Bereitstellung von kostengünstigen Büro- und Laborflächen und einem Anschluss an das Landesbreitbandnetz an und hört bei dem Marketing und der Öffentlichkeitsarbeit für die Gründer noch nicht auf.

- (D) Ebenfalls zwischen 1997 und 2000 wurden durch diese Kooperationen private Investitionen in Höhe von etwa 289 Millionen Euro ausgelöst. Wegen der langfristigen Wirkung dieser Investitionen dürfen wir mit einem weiteren Anwachsen dieser Effekte durchaus rechnen. Das hat auch damit zu tun, dass die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern in den Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen laut Prognos-Studie von 73 Prozent der Unternehmen mit gut bis sehr gut bewertet wurde. Auch die fachliche Kompetenz der Forschungseinrichtungen wurde von 87 Prozent der Unternehmen mit gut oder besser bewertet.

Bedauerlicherweise, und auch das kann man in der Antwort des Senats lesen, nutzen die kleinen und mittleren Unternehmen die Kooperationsmöglichkeiten noch viel zu wenig. Hier erwarte ich, dass sich das Wissenschaftsressort und die Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen noch einmal Gedanken machen, für diese Zielgruppe spezifische Möglichkeiten der Kontaktaufnahme zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, der „Weser-Kurier“ hat gestern über eine Studie der Unternehmensberatung Ernst and Young unter 5000 Geschäftsführern mittelständischer Firmen zu den unternehmerfreundlichsten Bundesländern berichtet. Bei dieser Studie landete Bremen mit seinen Forschungseinrichtungen auf einem guten, ich finde, hervorragenden sechsten Platz.

(Beifall bei der SPD)

(A) Der Autor dieser Studie hält den Unternehmern allerdings vor, dass diese Kategorie für sie bislang eine viel zu geringe Rolle spiele. Er hält dies für gefährlich, weil sich im Wissenschafts- und Technologietransfer künftig Sein oder Nichtsein vieler Unternehmen zeigen werde. Ich denke, diese Mahnung kann man nur unterstreichen, aber sie zeigt zugleich, dass wir in Bremen ein gutes Angebot für die Unternehmen bereit halten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund ist sicherlich ein wichtiger Aspekt, dass die Unternehmen überhaupt erst einmal erfahren müssen, dass und welche Kooperationsmöglichkeiten es gibt. Das heißt, die Forschungseinrichtungen müssen heraus aus dem ausschließlichen Dialog in der so genannten Science community und müssen Marketing machen. Gerade in dieser Frage geht Bremen erneut beispielhaft neue Wege. Das Wissenschaftsressort hat vergangenes Jahr zu Recht einen Schwerpunkt seiner Aktivitäten auf das Wissenschaftsmarketing gelegt. Wissenschaft in Bremen, meine Damen und Herren, ist viel mehr als früher und deutlich mehr als an anderen Wissenschaftsstandorten in Deutschland in der Stadt präsent: im Universum, im Internet, durch den Wissenschaftssommer, durch inzwischen endlich auch eine angemessene Darstellung der lokalen Presse, ich erwähne das ausdrücklich und begrüße das auch ausdrücklich.

(B) Ich sprach vorhin von dem so genannten Timelag, nach dem sich Investitionen in Wissenschaft erst auf die Ökonomie auswirken. Deshalb, meine Damen und Herren, dürfen wir uns auf dem Erreichten nicht ausruhen, sondern müssen stets neue Anstrengungen unternehmen, damit das ehrgeizige Ziel, das die Internetplattform des Wissenschaftsressorts mit „City of Science“ bezeichnet, auch Wirklichkeit bleibt oder wird.

Für die Zukunft hat der Senat, wie wir seiner Antwort entnehmen, folgerichtig einige Vorkehrungen getroffen, um, salopp zu sagen, dranzubleiben: das Programm Innovision 2010, die Berufung des Technologiebeauftragten, der übrigens allein schon in der Person von Professor Timm bestens geeignet ist, das Thema Wissenschaftstransfer kompetent zu begleiten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau H ö v e l - m a n n [SPD]: Das stimmt!)

Meine Damen und Herren, es gilt aber auch und vor allem, die hohe Qualität der Bremer und Bremerhavener Forschungseinrichtungen selbst zu erhalten. Völlig zu Recht weist der Senat darauf hin, dass für die erwarteten zahlreichen Neuberufungen von Professoren auch Geld in die Hand genommen werden muss, um mit den finanzstarken Ländern um die exzellenten Wissenschaftler konkurrieren zu können,

denn das ist doch die wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Wissenschaftsstandort und für eine erfolgreiche Kooperation mit der Wirtschaft. Die Forschungseinrichtungen müssen die Besten in ihren Reihen haben, darum geht es. Hier macht das Schlagwort von der Investition in die Köpfe nun wirklich Sinn. Wir können noch so viele schöne Gebäude bauen, wenn die Wissenschaftler nicht nach Bremen oder Bremerhaven kommen, dann nutzt das nichts, und deswegen wollen wir uns um sie bemühen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, die kleine Auswahl der Überschriften zu Beginn meines Beitrags belegt nach meiner Auffassung eindeutig, die Universität Bremen, die Hochschule Bremen, die Hochschule für Künste, die Internationale Universität Bremen, die Hochschule Bremerhaven, die zahlreichen wissenschaftlichen Institute im Lande sind auf einem guten Weg. Dass das so bleibt, dafür wollen wir arbeiten mit der Unterstützung einer rotgrünen Bundesregierung auch in den nächsten vier Jahren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jäger.

Abg. **Jäger** (CDU *): Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Wir haben ja immer schon gedacht, was macht eigentlich der Senator ohne den Staatsrat! Hin und wieder tanzt auch einmal die Verwaltung auf den Tischen, wenn der Staatsrat nicht da ist, jetzt hin und wieder auch einmal die Koalitionsabgeordnete und jetzt ist auch die Senatskanzlei offenbar überfordert, wenn Herr Köttgen nicht da ist. Also, ich glaube, Sie bekommen jetzt keinen Urlaub mehr, Herr Köttgen, nach dem Vorfall heute, das ist erst einmal gestrichen bis zur Wahl.

Meine Damen und Herren, Herr Böhrnsen ging eben darauf ein und zitierte unter anderem das, was wir gestern in der Tageszeitung lesen konnten, die Studie von Ernst and Young, die Aussage des Studienautors, wo es hieß, ich zitiere: „Im Wissenschafts- und Technologietransfer entscheidet sich künftig Sein und Nichtsein vieler Unternehmen.“ Darum geht es, um Ansiedlungserfolge neuer Firmen, um die regionale Zusammenarbeit von Hochschulen und Institutionen und Unternehmen, um die Bildung internationaler Netzwerke, um Kooperation mit großen Global playern genauso wie mit der mittelständischen regionalen Wirtschaft und nicht zuletzt um erfolgreiche Spin-off-Bewegungen aus den Hochschulen heraus in die Selbständigkeit und ins Unternehmertum. All dies ist zwingend notwendig, um

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) nachhaltige Effekte und standortbindende Wirkungen für Menschen, Know-how und Unternehmen hier in Bremen zu entfalten.

Wie und wo organisieren wir Technologietransfer, das ist die essentielle Frage Bremer Politik. Nicht nur für das Sein und Nichtsein von Bremer Unternehmen ist erfolgreicher Wissenschafts- und Technologietransfer entscheidend, ich gehe noch weiter, ich sage, das Überleben Bremens und die Sanierungspolitik sind in höchstem Maße davon abhängig. Der Strukturwandel gelingt uns nur, wenn wir uns die City of Science auf die Fahne schreiben, nicht nur auf die Fahne schreiben, sondern sie auch tagtäglich leben, doch dazu später mehr!

Herr Böhrnsen, zu Ihrer Rede! Es ist natürlich sinnvoll, die Erfolge zu würdigen. Damit können wir uns auseinander setzen, ein paar Beispiele möchte ich auch gleich noch einmal nennen. Unverzichtbar ist aber auch in einem zweiten Schritt, sich mit den Negativfaktoren kritisch auseinander zu setzen und zu sagen, was man daran tun will und wie man daran arbeitet, um diese zu beseitigen. Drittens halte ich es für sinnvoll, nicht nur eine Aussage über drei bis vier Jahre zu machen, Stichwort Technologiepark-erweiterung, Süderweiterung, das, was Sie angedeutet haben, sondern es gilt auch zu sagen, ob man einen Gestaltungswillen über Legislaturperioden hinaus hat. Darüber haben Sie mir deutlich zu wenig gesagt.

(B) (Beifall bei der CDU)

Sie haben auch nichts darüber gesagt, welches Ziel wir anstreben. Das hat seltsamerweise auch die Handelskammer vorgegeben. Die Handelskammer hat gesagt, wir wollen zu den Top Ten der Technologiestädte in Deutschland gehören. Ob wir bereit sind, die notwendigen Maßnahmen dafür einzuleiten, dazu hätte ich mir wirklich mehr Aussagen gewünscht, und das muss sich in den nächsten Monaten hier in Bremen entscheiden.

(Beifall bei der CDU)

Schauen wir noch einmal, was sich in Bremen in den letzten Jahren getan hat! Ich will da weniger aus der Antwort des Senats zitieren, das ist da auch ein bisschen wissenschaftlich, da ist dann die Rede von Wachstumsdeterminanten, endogenen Wachstumstheorien, absortiven Kapazitäten, Timelags, bilateralen Kooperationsbeziehungen. Das ist ganz spannend, aber Innovis und Innovision, ehrlich gesagt, viel zu trocken!

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Das ist das Programm des Wirtschaftssena-
tors!)

Kommen wir zunächst einmal zu den Erfolgen der Hochschule! Da ist es unter der Führung und Mode-

ration des Rektorats und Professor Timm gelungen, sich von einer negativ belasteten Reformuniversität, da haben ja eben welche Verantwortung übernommen, zu einer anerkannten Forschungsstätte zu entwickeln. (C)

(Abg. Frau B e r k [SPD]: Das haben auch die Sozialdemokraten gemacht!)

Das Drittmittelaufkommen hat die Universität Bremen in die Spitzengruppe der deutschen Hochschulen katapultiert. 74,7 Millionen Euro waren dies allein im Jahre 2001, darüber lohnt es sich zu reden.

(Beifall bei der CDU)

Ganz wichtig ist in diesem Zusammenhang aber auch, und das wird oft vergessen, die zunehmende Autonomie der Hochschulen, die wir ihnen zugebilligt haben. Das war seinerzeit ein riskantes Unterfangen, und wir wussten alle nicht, wie das ausgeht. Unter anderem Personalautonomie abgeben, also, die Skepsis gerade in den Hochschulabteilungen war ganz besonders groß. Ich finde es einfach nicht richtig, hier jetzt zu erfinden und zu sagen, darauf kleben wir ein sozialdemokratisches Etikett, und ich lasse mich auch nicht verleiten, ein christdemokratisches Etikett darauf zu machen.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/
Die Grünen) (D)

Wir müssen in dieser Stadt dazu kommen, dass die Leute, die etwas von ihrem Handwerk verstehen, Rahmenbedingungen dafür erhalten, diese Dinge auch umzusetzen und zu tun. Dafür setzen wir uns ein!

(Beifall bei der CDU)

Ähnliches hat sich an der Hochschule Bremen getan, wo sich eine ungeheure Dynamik entwickelt hat. Die Internationalisierung kommt voran. Die schon fast sensationell hohen Bewerberzahlen von Studierenden an der Fachhochschule kommen nicht von ungefähr, auch hierzu kann man dem alten Rektor Professor Mönch und seinem Team nur gratulieren.

Der entscheidende Paradigmenwechsel der letzten Jahre war aber nur in einer großen Koalition möglich, und das unter Beteiligung der CDU, das sollten wir einmal festhalten!

(Beifall bei der CDU)

Einerseits hat sich die Wirtschaftspolitik für die Hochschulen interessiert, das war neu, und diese als Kristallisationskern für den Strukturwandel erkannt. Aber andererseits, und das wissen Sie, spreche ich hier noch einmal auf die Gründung der privaten Uni-

(A) versität in Grohn an. Die IUB macht heute nichts anderes als Eliteförderung, Talentförderung, einst ein Schimpfwort sozialdemokratischer Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau B e r k [SPD]: Erzählen Sie doch einmal die Geschichte der IUB!)

Doch was die Gründung der IUB an reichhaltigen Impulsen auch in Richtung staatliche Universitäten lostritt, ist schon erstaunlich. Da zeigt sich einmal mehr, Wettbewerb und Konkurrenz führen alle weiter. Da buhlt man um Betreuungskonzepte für die besten Studierenden, überschlägt sich vor Willkommensfreude bei den begabten Studierenden, schafft eine Bürokratie der kurzen Wege an allen Hochschulen und jetzt natürlich auch bei der Anwerbung ausländischer Studierender. Das strahlt auf alle Hochschulen aus, und das ist auch ein Effekt der Ansiedlung dieser IUB.

(Beifall bei der CDU)

Wie schnell, meine Damen und Herren, wäre das Licht in dieser Diskussion ausgegangen, wenn Unterbezirke und Jusos über diese Idee allein mit dem Bürgermeister diskutiert hätten, das ist doch wohl klar!

(Beifall bei der CDU)

(B) Die Wirtschaftspolitik, ich hatte es gesagt, hat die Hochschulen und die Wissenschaft entdeckt. Die Fachhochschule erhält jetzt am Flughafen eine weitere Chance zu zeigen, was an innovatorischem und wirtschaftlichem Potential in ihr steckt. Bremerhaven erwacht aus dem Dornröschenschlaf, und die Chancen zwischen Hochschule, AWI, TTZ, Biotechnologiezentrum und so weiter sind groß. Die Aktivitäten des Wirtschafts- und Wissenschaftsressorts sind hier inhaltlich, aber natürlich auch in Bezug auf die Finanzierung eng miteinander abgestimmt, und insofern zeugt das hier in Bremen in der großen Koalition von einer großen Kooperationsbereitschaft.

Wir dürfen uns aber nicht verzetteln. Das Ziel muss sein, Schwerpunkte zu erkennen und zu bündeln. Dieser neudeutsche Begriff Clusterbildung macht die Runde. Hier ist es wichtig, dass die Wirtschaftspolitik, die Wissenschaftspolitik und die Technologiestrategie Bremens Hand in Hand gehen. Der Wissenschaftsplan, den wir in Kürze aus dem Hause des Wissenschaftssenators erwarten, muss darauf vor allem als Nächstes Antworten geben.

Wir, die CDU, erwarten, dass das Wissenschaftsressort auch ein deutliches Signal setzt und die Bremerhavener Hochschule dabei unterstützt, ihr maritimes Profil weiter herauszuarbeiten. Die Hochschule Bremerhaven wird langfristig keine Chance haben, wenn wir nicht mithelfen, sie aus der Regionalliga herauszuführen. Das Ziel muss die Champi-

ons League sein und nichts anderes. Die Bündelung maritimer Kompetenzen innerhalb Bremens und in Absprache auch mit dem norddeutschen Umland muss jetzt vorangebracht werden. Eine Internationalisierungsstrategie muss hier unbedingt greifen.

(Beifall bei der CDU)

Weitgehende Vorschläge dazu gibt es. Das Rektorat hat hier präzise Vorstellungen, die wir als CDU unterstützen. Blaue Biotechnologie, Logistik, Seetouristik, jetzt Windenergie, Lebensmitteltechnologie sind weitere Säulen für die Bremerhavener Hochschul- und Technologiepolitik, bei denen die Chancen für eine weitere Kooperation und Netzwerkbildung noch recht groß sind und Alleinstellungsmerkmale für Bremerhaven und die Region herausgearbeitet werden können. Dies gilt es uneingeschränkt zu fördern.

Doch zurück zum Technologiepark und der Universität Bremen! In den letzten Monaten ist uns ja eine Reihe von harten und weichen Indikatoren um die Ohren geflogen. Drittmittelaufkommen ist so eine harte Komponente, über die man reden kann, die kann man in Zahlen gießen, das habe ich erwähnt. Positiv gelten auch die überregional und international anerkannten Forschungsleistungen der Hochschulen und Institute, da sind sich alle einig, egal ob Prognos an der Stelle oder ob es um Bertelsmann geht. Erfreulich war die gestern nachzulesende Einschätzung der Unternehmensberatung Ernst und Young beziehungsweise der von ihr befragten Unternehmen. Hier konnte Bremen punkten, ganz anders als vielleicht zuletzt in der „Wirtschaftswoche“ zu lesen.

Wir müssen auch offensiv herangehen, die Zahl der Patentanmeldungen wird in dieser Stadt oder überregional ja oft als Indikator für erfolgreiche oder weniger erfolgreiche Wissenschaftspolitik herangezogen. Hier zeigt sich, dass unsere mittelständische Struktur in Bremen noch viel zu wenig ausgeprägt wird. Manche Erfindungen wurden an den Hochschulen gemacht, aber sind woanders verwertet worden. Darüber muss man auch reden. Es ist nicht nur entscheidend, wo Patente angemeldet werden, sondern wo sie herkommen und wo sie genutzt werden. Da soll Bremen sein Licht nicht unter den Scheffel stellen, und darauf müssen wir auch immer wieder hinweisen. Im Übrigen hat der Wirtschaftssenator ja auch in Absprache mit dem Wissenschaftsressort die InnoWi GmbH gegründet, die sich dieses Themas gezielt annehmen soll.

Meine Damen und Herren, wir müssen angesichts der Umfragen vor allem zwei Dinge tun. Erstens, und da kommt gerade aufgrund der Unterstützung der Kammer und der Uni-Freunde Bewegung hinein, wir müssen selbstbewusster diese guten Kennzahlen, egal ob harte oder weiche Indikatoren, herausarbei-

(C)

(D)

(A) ten. Es gibt in Bremen Wissenschaftler, wir haben das in der Rede eben auch schon gehört, die über eine exzellente Qualität verfügen, die selbst in der Stadt oder Region manchmal nicht so bekannt sind und mit Bremen vielleicht gar nicht identifiziert werden und doch einen nationalen und internationalen hohen Ruf haben. Diese Personen gilt es, verstärkt auch im Sinne des bremischen Standortmarketings, in den Fokus und in das Licht weiterer Marketingstrategien zu holen. Da muss insgesamt noch mehr passieren. Insofern danke ich der Handelskammer, die dieses Forum in einem ersten Schritt jetzt herbeigerufen hat, wo die bremischen Akteure noch einmal besser vernetzt werden und gemeinsam Strategien entwickeln können.

Aber Marketing allein hilft nicht weiter, wenn man nicht fest entschlossen ist, das Negativeimage, das es an einzelnen Punkten gibt, loszuwerden und dort zumindest aktiv gegenzusteuern. Wir werden es als CDU nicht zulassen, dass gerade die Universität Bremen immer wieder bei der Ermittlung der Studierendauer Negativschlagzeilen verursacht. Hier haben wir ein Maßnahmenbündel vorgeschlagen und auch hier schon diskutiert, die Wissenschaftsbehörde und die Universität sind hier gefordert. Tun wir mehr, um diesen Makel loszuwerden! Selten liegen Ursachen, Maßnahmen und Wirkung so dicht beieinander wie bei diesem beherrschbaren Phänomen. Auch das hat etwas mit dem Ruf und der Reputation eines Hochschulstandortes zu tun.

(B)

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . K u h n
[Bündnis 90/Die Grünen]: So einen Unsinn
habe ich ja lange nicht gehört!)

Meine Damen und Herren, was müssen wir in Zukunft noch tun, um national und international als Wissenschaftsstandort auf der Landkarte wahrgenommen zu werden? Das ist doch die entscheidende Frage. Es ist schön zu wissen, was ist und wie wir das bewerten, und man kann das würdigen, das steht heute in der Großen Anfrage und haben wir in der Rede gehört, wir müssen aber auch mehr dazu sagen, was sein soll! Wir müssen eine Antwort darauf finden, wie wir den Wissenschaftsstandort erstens inhaltlich und zweitens räumlich weiterentwickeln. Der Inhalt wird im Wesentlichen mit dem Papier InnoVision 2010, das das Wirtschafts- und Wissenschaftsressort vorgelegt haben, vorgegeben. In diesem Konzept wird ausführlich dargelegt, wie in Bremen und Bremerhaven das Innovationsklima verbessert werden soll und die damit bisher erzielten Erfolge nachhaltig abgesichert, profiliert und ausgebaut werden können.

Die Diskussion über den vom Wissenschaftsressort noch vorzulegenden Wissenschaftsplan möchte ich hier nicht vorwegnehmen, aber eines ist klar, wir müssen durch die Herausbildung von Centers of Excellence unsere Markierungen auf der internationalen Wissenschaftslandkarte setzen. Wer künftig wahr-

genommen werden will, muss internationale und europäische Vernetzungsstrategien haben. Einen Teil haben wir in der Debatte über das europäische Forschungsprogramm schon in der letzten Parlaments-sitzung diskutiert, ich verzichte darauf, das zu wiederholen.

(C)

Die Einsetzung eines Technologiebeauftragten geht im Übrigen auf eine CDU-Initiative zurück. Ich bin froh, dass der Senat mit dem ehemaligen Universitätsrektor, Professor Timm, jemanden mit Sachverstand und Weitblick für diese Aufgabe gefunden hat. Er wird dafür sorgen, vor allem die inhaltliche Dimension in Sachen Technologiestrategie maßgeblich zu bestimmen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage dies auch im Hinblick auf die zahlreichen Kompetenzfelder und Cluster, die derzeit überall definiert werden. Ich habe derzeit, das ist eine persönliche Anmerkung, ein wenig die Befürchtung, dass wir jedes Thema, jeden Schwerpunkt jetzt in der Stadt aufgreifen, hochziehen und für Bremen einfangen wollen, frei nach dem Motto: Nur nicht jemandem wehtun und ihn ja nicht übergehen! Für diese Strategiediskussion müssen wir noch eine Menge Gehirnschmalz verwenden, auch angesichts begrenzter Ressourcen, die wir haben. Die Leuchtturmpolitik bei der Berufung von Professoren kann man wirklich nicht über jedes Kompetenzfeld ausdehnen, das wir im Moment definieren, aber dazu werden wir sicherlich noch in den nächsten Monaten vom Senat etwas hören.

(D)

Meine Damen und Herren, zur inhaltlichen Ausrichtung möchte ich noch eines sagen und insofern schon den Punkt einmal doch noch zum Wissenschaftsplan einläuten, ich warne da auch vor einer Entwicklung! Bei den künftigen Herausforderungen für die Weiterentwicklung des Science- und Technologieparks wird immer mehr die Bereitschaft zum Unternehmertum verlangt und gefördert. Immer wieder wird die Entrepreneurial University gefordert, unternehmerisches Denken in die Hochschulen von Anfang an integriert. Wie anachronistisch mutet da die Entscheidung des Akademischen Senats an, die dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bremen die Daumenschrauben anlegt, anstatt dabei mitzuhelfen, dass verstärkt interdisziplinäre Ausbildungsinhalte mit wirtschaftswissenschaftlichen Anteilen alle Fachbereiche an der Universität durchdringen können!

Dies, das sage ich vorab auch in Sachen Wissenschaftsplan, wird die CDU so nicht mittragen. Gerade der Fachbereich, der sich von einem Negativeimage aus eigener Kraft konsolidiert hat, soll nun dafür noch bestraft werden. Das kann es nicht sein! Ich erwarte, dass die Eigenanstrengungen in dieser Stadt belohnt und nicht bestraft werden!

(Beifall bei der CDU)

(A) Zurück zur Herausbildung von Centers of Excellence und zur inhaltlichen Cluster- und Schwerpunktbildung! Dazu gehören natürlich auch angesichts der internationalen Konkurrenz um die besten Wissenschaftler unerhörte Anstrengungen, und nicht immer, Herr Böhrnsen, macht es uns die Politik der amtierenden Bundesregierung leicht. Wie ist es denn bestellt um den Braindrain in der Bundesrepublik? Was ist denn, wenn die führenden Wissenschaftsköpfe uns verloren gehen? Wie sollen wir uns denn in Bremen allein dahingehend wehren?

Ich verstehe es wirklich nicht, auch wenn man das noch einmal sagen kann, Sie haben uns Ihre Zahlen an den Kopf geworfen, was war denn mit den Versprechungen von Herrn Schröder? Sie haben gesagt, Sie wollen den Forschungs- und Wissenschaftsetat verdoppeln. Davon haben Sie einmal ein Fünftel erreicht, von diesem Versprechen.

(Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Immerhin!)

Vier Fünftel sind nicht umgesetzt worden!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Damit muss man auch einmal die SPD konfrontieren. Bei solchen Punkten kann ich eigentlich nur hoffen, dass nach dem Braindrain am 22. September 2002 der SPD-Drain folgt!

(B) (Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Die Handelskammer und der Senat haben ihr Ziel inzwischen formuliert. Wir müssen Hightech-City werden, wir wollen zu den Top Ten der Wissenschaftsstandorte in Deutschland werden. Dafür muss man etwas tun und, das heißt unter anderem, den Technologiepark erweitern! Diese Forderung stellt nicht nur die Handelskammer Bremen unmissverständlich in den Raum. Viele Technologie-, Internet- und Neue-Medien-Fans, ich bin ja auch so einer, haben lange gedacht, dass wir dank der vielseitigen Informationstechnologien standortunabhängig von jedem Ort zum anderen, von Stadtteil zu Stadtteil kommunizieren können und Entwicklungen induzieren können. Es zeigt sich leider international, das ist ein Irrtum! Die Erfolge im Bereich Kooperation Wissenschaft und Wirtschaft bedingen eine räumliche Nähe, und darauf möchte ich noch einmal hinweisen.

(Beifall bei der CDU)

Wer sich die Technologiezentren, die Technologieparks, neuerdings die Technologiestadtteile und ganze Städte anschaut, der wird feststellen, dass Kooperationen und Netzwerke immer in einer räumlichen Nähe stattfinden. Der persönliche Kontakt ist noch immer durch nichts zu ersetzen. Eine Zahl zum Vergleich im Übrigen: Die durchschnittliche Flächen-

größe internationaler Technologieparks liegt bei gut 200 Hektar. Zum Vergleich: Der heutige Bremer Technologiepark an der Universität umfasst 136 Hektar. Diese wiederum sind zu einem wesentlich geringeren Teil als andere Technologieparks an Unternehmen vergeben, nämlich nur zu rund einem Viertel, während der Anteil bei anderen internationalen Technologieparks bei über 60 Prozent liegt. Dies muss man sich auch vor Augen halten, und damit muss man sich auseinander setzen. (C)

Nicht zu verkennen ist auch der Trend vom Technologiepark zum Technologiestadtteil. Diese Stadtteile zeichnen sich vor allem durch eine Verknüpfung von Wissenschaft, Unternehmensansiedlung, Wohnen und urbanen Funktionen aus. Herr Böhrnsen, angesichts dieser weltweiten Trends verstehe ich nicht, warum wir in Bremen immer wieder im Klein-Klein des politischen Diskurses versinken, anstatt die Realitäten einmal ins Blickfeld zu nehmen. Die Realitäten sind eben weder in Peterswerder noch in Weyhe, Achim oder Osterholz-Scharmbeck, sondern was den Wissenschaftsbereich betrifft, da muss man schon die internationale Brille aufsetzen und nicht nur drei Jahre voraussetzen, sondern deutlich zehn, 20 Jahre und mehr!

(Beifall bei der CDU)

Wenn man weiß, dass alle Technologieparks, so hat es zumindest die Weltkonferenz, der Science-Park in Bilbao, im letzten Jahr deutlich gemacht, die räumliche Nähe von Wirtschaft und Wissenschaft als den kritischen Erfolgsfaktor sehen, dann muss die Politik einiges anders machen, als das die derzeitige Mehrheitsmeinung in der SPD-Fraktion ermöglicht. Mit der jetzigen Zwischenlösung der Erweiterung des Technologieparks ist es allein nicht getan. Ich hätte mir mehr Mut und Weitblick erwünscht. Es gibt heute um die 6000 Arbeitsplätze im Technologiepark, und es könnten auch 5000 Arbeitsplätze mehr sein, wenn es uns gelingt, die Vision hier eines Technologiestadtteils mit Leben zu erfüllen. (D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, aber wir wollen nicht nur Learning-Villages im Sinne eines Technologiestadtteils, wir wollen auch noch, dass die Parteien lernende Organisationen werden,

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Reden Sie von der CDU?)

insofern will ich da die Hoffnung nicht aufgeben. Es geht weit mehr um die Erweiterung im Sinne einer klassischen Gewerbeflächenpolitik, das ist klar. Unsere Vorstellungen sehen vor, hochqualifiziertes Personal durch eine intelligente Architektur mit hervorragenden Arbeitsbedingungen, mit einer hohen Le-

(A) bensqualität anzuziehen, wo zugleich Studierende im täglichen Kontakt den Puls mit wirtschaftlichem Handeln erleben können, anstatt eines Tages ganz urplötzlich aus dem Elfenbeinturm eines Campus entlassen zu werden, um Knall auf Fall mit unerwartet harten Realitäten konfrontiert zu werden. Die Chance einer lernenden Stadt, eines Hochtechnologiestadtteils, der Lehre, Forschung und unternehmerisches Handeln verknüpft, sollten wir nicht vertun. Ich bin gespannt, wie es mit dem Erkenntnisfortschritt der SPD weitergeht, aber ich habe an der Stelle noch immer tatsächlich Hoffnung.

Ich wollte das noch einmal sagen, der Senat hat den Technologiebeauftragten Professor Timm auch nicht verpflichtet, um Bauklötze zu staunen und zu stapeln, was wir hier im Parlament so diskutieren. Wenn wir keine langfristige Perspektive für den Technologiestadtteil aufzeigen, dann hätten wir auch statt Herrn Timm Alexander Morin verpflichten können. Wir hätten auch Herrn Kötgen und Herrn Färber eine Glaskugel hinstellen können, dann hätten sie in die Zukunft geschaut und gesehen, was passiert. Nein, meine Damen und Herren, es ist an der Stelle Zeit für Taten!

(Beifall bei der CDU)

(B) Wir müssen weiterhin darüber reden, das wird auf behördlicher Ebene schon getan, wie ein professionelles raum- und fachübergreifendes Management eines erfolgreichen Technologieparks aussieht. Ich erwarte, dass auch die SPD die Thesen der Interessengemeinschaft „Technologiepark Universität Bremen“ annimmt und sich mit ihnen auseinandersetzt.

Ich habe am Anfang etwas von der Autonomie der Hochschulen gesagt. Ich habe gesagt, dass man denjenigen, die etwas von ihrem Handwerk verstehen, den nötigen Spielraum geben muss. Etwas ganz Ähnliches findet sich jetzt wieder in den Thesen der IG Technologiepark. Dort heißt es, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Nur mit einem offensiven Handlungsrahmen kann der Technologiepark Bremen im internationalen Standortwettbewerb der Technologie- und Science-Parks mithalten.“ Das ist es, was wir brauchen. Einen Handlungsrahmen und eine Perspektive, das sehe ich im Moment noch nicht, und das werden wir als CDU einfordern.

(Beifall bei der CDU)

Es gilt natürlich in dieser Stadt, auch die Menschen mitzunehmen. Der Wissenschaftshaushalt ist noch einer im Vergleich zu anderen, der relativ komfortabel ausgestattet ist. Dafür bedarf es immer wieder eines Konsenses in der Stadt. Die Universität ist vor den Toren der Stadt gewachsen, sie ist nicht in der Stadt aufgewachsen. Wenn man jetzt die Entwicklungen, die auch vom Wirtschaftssenator vorangetrieben werden, sieht, Universum, Science-Cen-

ter, Visionarum, Menschen wie Professor Wefer und andere aus der Hochschule, die sich um die Vermittlung von Wissenschaft und deren Bedeutung verdient machen, sie bereiten den Boden, um eine breite Akzeptanz in dieser Stadt für Zukunftsfragen, für Bildung, Wissenschaft und Technologie zu schaffen. Dort entstehen die Arbeitsplätze der Gegenwart und Zukunft für die Bremerinnen und Bremer und alle, die es im Übrigen noch werden sollen.

Ich finde es, ganz ehrlich gesagt, noch einmal zur City of Science, etwas verengt, immer nur von City of Science zu sprechen. Natürlich ist das jetzt eine Dachmarke, unter der Firmen firmieren können, unter der man die Aktivitäten zusammenfasst, aber, meine Damen und Herren, es geht nicht nur um die grauen Zellen, die da in Schwingungen versetzt werden. Ich denke, es geht viel mehr statt um eine City of Science um eine City of Innovation. Es geht um Technologie und Gründerzentren, es geht um den Technologiepark. Innovation, das erahnen Sie vielleicht, ist damit mehr eine Geisteshaltung, eine Einstellungssache, mehr als nur Wissen, mehr als nur Verstehen. Innovation ist ein Stück weit IQ und EQ zusammen. Innovation ist auch handeln, handeln und nicht nur reden. Insofern halte ich es für ganz wichtig, dass wir den Begriff der City of Science deutlich erweitern und Technologiegründerzentren, unternehmerisches Handeln und so weiter mit in den Fokus zusätzlich zur City of Science hineinziehen zu dem, was vom Wissenschaftsressort derzeit betrieben wird.

Meine Damen und Herren, wir dürfen uns nicht auf den Lorbeeren von gestern oder heute ausruhen. Wer das tut, hat schon seinen Gestaltungswillen und Gestaltungsauftrag für die Zukunft verwirkt. Die Große Anfrage der SPD und die Beantwortung des Senats sind vielleicht ein schönes Nachschlagewerk. Es ist eine Bestandsaufnahme, aber die entscheidenden Antworten auf Fragen zur Zukunft des Technologiestandortes Bremen und Bremerhaven werden nicht gegeben. Diese Diskussion meidet die SPD wie der Teufel das Weihwasser, und da hilft es auch nicht, hier drei Tage vor der Bundestagswahl eine bundespolitische Debatte zu entfachen, dem gehen wir nicht auf dem Leim.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich empfehle allen, die eine vernünftige Lektüre zu dem Thema suchen, aber nicht nur die Antwort des Senats, hier als Einstieg die Fakten, Trends und Positionen und Empfehlungen der Handelskammer zu dem Thema Technologiestandort Bremen sich durchzulesen und sich damit Stück für Stück auseinander zu setzen. Beschäftigen wir uns nicht nur mit der Gegenwart, gehen wir endlich in Richtung Zukunft! Die Zukunft heißt nicht Klein-Klein, auch längst nicht mehr Technologiepark, Zukunft heißt: Technologiestadtteil für Bre-

(C)

(D)

(A) men! Dafür stehen wir, damit gewinnt Bremen ein Stück Zukunftsfähigkeit, und damit bleibt die Wissenschaft der Motor für den Strukturwandel, um mit dem Titel der Anfrage der SPD auch noch einmal zu schließen.

Meine Damen und Herren, Sie können dieser Diskussion nicht ausweichen, und ich erwarte dazu eigentlich noch mehr in dieser Debatte.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte erst einmal hervorheben, dass ich es gut finde, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD die Debatte heute zu einer Generaldebatte über die Wissenschaftspolitik in Bremen in den letzten Jahrzehnten genutzt hat. Er hat noch einmal den Horizont deutlich gemacht und auch hervorgehoben, dass mit der Entscheidung für die Ansiedlung der Universität Bremen Anfang der siebziger Jahre so etwas wie eine grundlegende Entscheidung getroffen worden ist, damals auch gegen viele Widerstände, mit komplizierten Finanzierungen zusammen mit anderen Bundesländern. Wenn man jetzt sieht, wie die Bremer Universität sich über diesen Zeitraum entwickelt hat, muss man von einer Erfolgsgeschichte sprechen. Man sieht an diesem Punkt, dass es wirklich eine nachhaltige Entwicklung gewesen ist, auf die Ressource Wissenschaft in Bremen zu setzen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Außerdem möchte ich hervorheben und Herrn Böhrnsen da noch einmal unterstützen, gerade weil wir in diesem Hause so viele Auseinandersetzungen um das Thema Sparen und Investieren hatten, was die rotgrüne Bundesregierung in den letzten Jahren gemacht hat, ist ein überzeugendes Beispiel dafür, auch wenn man die Politik vom Bundesfinanzminister Herrn Eichel anschaut, dass man auf der einen Seite sehr verantwortlich versucht, die Staatsschulden zurückzuführen, und trotzdem politisch den Mut hat, ganz gezielt in die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung zu investieren. Das ist eine richtige Entscheidung von Rotgrün in den letzten Jahren gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie haben eben kurz das negative Image, mit dem die Universität Bremen sich lange herumgeschlagen

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

hat, die rote Kaderschmiede, erwähnt. Es hat in der Universität, ich will das nur kurz erwähnen – sie hat auch viele Grüne hervorgebracht, das lässt sich nicht leugnen,

(C)

(Abg. J ä g e r [CDU]: Und Christdemokraten!)

ja, Herr Focke, deswegen freuen Sie sich ganz besonders –, es hat damals, als die Umsteuerung der Universität Bremen begann, ich möchte das noch einmal kurz erwähnen, das ist damals zum großen Teil unter der Ägide von Professor Hoffmann passiert, der jetzt Chef der Senatskanzlei ist, es hat inneruniversitär immer viele Debatten gegeben, ob das nun eher ein erfolgreicher Weg oder ein Weg des Rückschritts ist. Wir haben hier vor vielen Jahren mit Senator Franke über diesen Streit innerhalb der Universität, ob das nun eher eine Aszendenztheorie oder Deszendenztheorie ist, gestritten. Ich möchte noch einmal hervorheben, dass dieser Ansatz, damals den Mut gehabt zu haben, eine solch große Investition zu leisten, richtig war.

Vieles, was wir heute betreiben und weiterentwickeln, da finde ich gar nicht, dass Herr Böhrnsen nichts zur Zukunft gesagt hat, wäre ohne diese Entscheidung damals nicht möglich gewesen. Ich bin sehr froh, bei aller Umsteuerung der Universität, darüber werden wir gleich noch weiter reden, dass diese Universität auch mit den internen Auseinandersetzungen immer Wert darauf gelegt hat, dass sie ein Ort der Selbstreflexion der Wissenschaften ist und auch der Risikoforschung. Ich möchte noch einmal hervorheben, bei aller großen Anstrengung, auf Innovation zu setzen, auf City of Science oder City of Innovation, dass bei der Frage der Risikofolgenabschätzung in den modernen Wissenschaften, bei denen es um den Eingriff in den Zellkern geht oder um Atomtechnologie, Bremen auch da immer einen ganz besonderen Namen gehabt hat, das aus einer modernen Wissenschaftsentwicklung nicht herauszuhalten, sondern dass das ein integraler Bestandteil von Modernisierungspolitik ist. Ich bin sehr stolz darauf, dass die Universität Bremen in dem Sinne einen Namen hat. Ich möchte auch in Zukunft eine Politik machen, die sie auf diesem Weg unterstützt.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Anfrage der großen Koalition zielt darauf, deutlich zu machen, dass Wissenschaft der Motor des wirtschaftlichen Strukturwandels ist. Deswegen begrüße ich auch, dass jetzt Frau Winther für das Wirtschaftsressort gekommen ist. Ich hatte es schon bedauert, dass bei einer solchen zentralen Auseinandersetzung über das Zusammenwirken von Wissenschaft und ökonomischer Entwicklung der Wirtschaftssenator nicht da ist. Man sollte doch vermuten,

(A) dass er ein außerordentlich großes Interesse an dieser Debatte hier und heute haben muss.

Für die Grünen möchte ich noch einmal betonen, dass wir mit dem grundlegenden Ansatz, in Forschung und Entwicklung zu investieren, übereinstimmen. Das ist auch keine Sache, die man von heute auf morgen machen kann, sondern wir wissen, dass es im Grunde eine Entwicklung ist, die in Bremen seit 30 Jahren läuft. In den letzten Jahren sind hier zusätzliche Anstrengungen geleistet worden. Das hat Herr Böhrnsen schon deutlich gemacht.

In dem Papier sprechen Sie davon, dass man das Humankapital fördern muss. Ich würde immer lieber sagen, dass die Ressourcen der Zukunft Jugend und Intelligenz sind. Bei der letzten Debatte über die Zukunft der Technologiepolitik haben wir hervorgehoben, dass es drei Faktoren sind. Gerade das Zusammenwirken dieser Faktoren, die den Erfolg ermöglichen, nämlich Hightech, gerade ganz gezielt und offensiv junge Talente, aber auch den Aspekt der gesellschaftlichen Toleranz zu fördern. Gerade wenn man eine internationale Stadt sein will, dann muss man offen sein für Migration, und man muss internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler willkommen heißen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Darum glaube ich, dass man die Frage des wirtschaftlichen Strukturwandels und der Bedeutung der Wissenschaft bei aller zentralen Bedeutung der Entwicklung von modernsten Technologien nicht auf eine zu eng verstandene Technologiepolitik beschränken darf, sondern dass zu der Frage des gesellschaftlichen Umfeldes, des Klimas in der Stadt, des geistigen Reizklimas, der kulturellen Offenheit, der Beweglichkeit, dass anregende Milieus zusammenfinden können, dass die Stadt sich so entwickelt, dass es Spaß macht, da zu sein, dass es Orte gibt, wo man zusammenkommt, zu all dem im weitesten Sinne eine geistige Grundhaltung gehört.

Dazu gleich noch einmal zu Ihnen, Herr Jäger! Wenn Sie für sich in Anspruch nehmen nicht nur mit der Handelskammer eine City of Science, um da zu den zehn Besten in den nächsten Jahren gehören zu wollen, um Sie noch einmal zu zitieren, sondern dass es um eine City of Innovation geht, dann selbst die Frage der Mentalität der Geisteshaltung betont haben, glaube ich, wird um so klarer, dass eine solche Frage nicht nur ortsgebunden sein kann. Ein solches Klima in einer Stadt kann sich nicht nur im Hollerland konzentrieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade wenn man betont, dass man viele von solchen innovativen Kernen braucht, ich sage nur, wenn jetzt die Hochschule für Künste in den alten Hafengebieten sitzt, man da über eine Entwicklung im Sin-

ne eines Clusters nachdenkt, dann muss sich da im Sinne einer City of Innovation eine ganz anregende Mischung von jungen Menschen, von Wirtschaftsunternehmen, von Hochschulentwicklungen der Hochschule für Künste anbahnen, wenn es erfolgreich sein soll.

Genauso, was in den letzten Jahren um den Flughafen herum passiert ist, passiert jetzt auch mit dem Gründerzentrum der Hochschule Bremen, die sich ja zum Glück in den letzten Jahren sehr bewegt hat, auch das ist von Ihnen eben schon erwähnt worden, auch die Politik von Herrn Mönch in den letzten Jahren, auch jetzt der neue Rektor wird das fortführen, das sind ungeheuer wichtige Ansätze. Aber auch das darf man doch nicht durch eine falsche Konzentration! Das mutet bei Ihnen wirklich wie eine zwanghafte Handlung an, dass Sie in jeder dieser Debatten Ihren größten Anteil an Redezeit auf das Hollerland verwenden. Das kann doch nicht wirklich bei den anderen Faktoren, die Sie bemühen, zukunfts-gewandt sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Dr. Schuster [SPD]: Das ist die weltweite Sicht!)

Ich bin vielmehr der Meinung, wenn wir an Bremen-Nord denken, an die Ansiedlung der Internationalen Universität, an die Entwicklung eines Science-Parks dort, wenn man an Bremerhaven denkt, auch das haben Sie eben hervorgehoben, das Alfred-Wegener-Institut, das Technologie-Transfer-Zentrum, das Biotechnologiezentrum, und dann ist es gelungen, das Institut für Fischereiökologie anzusiedeln, wenn wir auf unser Bundesland und beide Städte Bremen und Bremerhaven einen Blick werfen, auf die gesamte Stadt mit ihren Potenzialen und allen Akteuren, die für Kommunikation sorgen, wird man den Zukunftspotenzialen Bremens gerecht. Ich bitte Sie sehr, also, diese ewige Debatte wieder und uns damit auch zu langweilen, als ob es nur vom Hollerland abhängen würde, das ist ein falscher Ansatz!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben vieles schon gehört von den Vorrednern, darum möchte ich die Punkte, die sie noch einmal insgesamt betont haben, die Erfolge, die es in den letzten Jahren in Bremen gegeben hat, nicht noch einmal wiederholen, aber ich möchte mich trotzdem auf ein paar Punkte noch einmal beziehen, die ich doch interessant finde, auch was die kleine Panne angeht, mit der Herr Kötgen heute die Debatte eröffnet hat. Herr Böhrnsen hat für sich in Anspruch genommen bei der Frage der Kooperation unserer Wissenschaftseinrichtungen und insbesondere der Universität Bremen mit großen Unternehmen, und traditionell stark war natürlich die Zusammenarbeit mit Airbus oder Astrium und jetzt EADS und auf der anderen Seite mit Daimler-Chrysler, was die klei-

(C)

(D)

(A) nen und mittleren Unternehmen angeht, da ist zwar einiges auf den Weg gebracht worden, aber da sind wir noch nicht so gut, wie wir sein könnten, und ich möchte auch einmal kurz erwähnen, ich habe den Eindruck, dass bei den vielen Transfereinrichtungen, gegen diese will ich nicht polemisieren, noch ein Stück strategische und konzeptionelle Steuerung fehlt, wie das eigentlich in den nächsten Jahren weitergehen soll, dass wir nicht so etwas wie einen Wildwuchs haben, wo viele kleine Einrichtungen nebeneinander sind, sondern ich denke, darauf muss man doch einmal einen ordnenden Blick werfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber was ich gern noch einmal sagen möchte, ich habe nämlich nicht nur mit Herrn Köttgen, sondern auch mit Herrn Färber gesprochen, und das finde ich doch schon interessant, und dieser Punkt ist mir wichtig, bei der Frage der Kooperation mit Airbus sagt Herr Färber, und daraus kann ich entnehmen, auch wenn die Antwort des Senats, die neueste Fassung, die uns jetzt vorliegt, sprachlich geglättet ist, es gibt einen politischen Dissens offensichtlich in der Frage, wie diese Kooperation mit Airbus weitergehen soll. Das Wissenschaftsressort hat offensichtlich die Haltung, dass es eine sehr enge Kooperation geben soll, das finde ich richtig. Man soll die jungen Wissenschaftler und die seit Jahren erfolgreichen

(B) Topkräfte, die in diesem Bereich Produktionstechnik und neue Materialforschung arbeiten, unterstützen. Sie sollen sehr eng mit Airbus zusammenarbeiten und auch bei den Versuchen, zu leichteren Flügeln und weniger Kerosinverbrauch zu kommen. Dass aber in der ursprünglichen Fassung der Senatsantwort, die uns zugegangen ist, steht, dass Airbus dann seine Forschungseinrichtungen verkleinern oder sogar ganz abbauen kann, diesen Ansatz teilen wir nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Enge Kooperation ja, aber nicht die Forschungseinrichtung von Airbus in der Universität Bremen! Das kann kein richtiger Weg sein.

Das Wissenschaftsressort will das offensichtlich so auch nicht, aber das Wirtschaftsressort. Ich hoffe, dass es hier, auch wenn wir eine sprachlich geglättete Fassung haben, wo man das alles nicht mehr genau erkennen kann, wie der Dissens wirklich ist, zu einem Konsens kommt. Was ich hier erkenne, und das hatten wir auch bei der Debatte um das integrierte Flächenprogramm, die SPD versucht oder in dem Fall das Wissenschaftsressort, Einfluss zu nehmen auf die Art, wie man die Kooperation gestaltet, das Wirtschaftsressort will offensichtlich etwas anderes. Es kann nicht sein, dass die Konflikte, um die es hier geht, in der Senatsantwort nicht mehr auftauchen und das Wirtschaftsressort trotz dieser sprachlichen

Regelung, wie sie darin steht, tut, was es will. So kann es nicht gehen!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der letzte Punkt, den ich noch abschließend erwähnen möchte: In diesem Papier des Senats wird hervorgehoben, dass die Frage der Kommunikation, nämlich die Akteure, die wirklich diesen Prozess in der Stadt leisten zwischen Wissenschaft und den Unternehmen, extrem wichtig ist. Es geht darum, die richtigen Rahmenprogramme zu fassen, aber es geht vor allem darum, einen Blick darauf zu haben, dass es natürlich Menschen sind, die diesen Prozess von der Wissenschaft gerade an die kleineren Unternehmen befördern müssen.

Es hat Ansätze gegeben auch über die Bio, das mit Innovationsassistenten zu leisten, trotzdem finde ich interessant, wenn man mit kleinen Unternehmen spricht, dass diese sagen, sie brauchen in ihren Firmen Leute, die die Möglichkeit haben, den Kontakt direkt zur Wissenschaft aufzunehmen. Sie begrüßen es, wenn es auch aus den Forschungseinrichtungen Menschen gibt, die genau für diese Aufgabe freigestellt sind, diese Art der Kommunikation zwischen kleinen Unternehmen und der Wissenschaft zu leisten, und – es ist zwar jetzt irgendwie gestrichen worden wegen der Straffung, aber es steht explizit in der alten Fassung – der Mittelbau in den Forschungseinrichtungen, der diese Aufgabe leistet, ist aus Sicht der Forschungsinstitute ein ganz wesentlicher Punkt.

(D)

Das ist letztendlich immer eine Ressourcenfrage: Kann man diese Menschen finanzieren? Ich möchte es, das hat Herr Jäger ja auch noch einmal ange mahnt: Es wird in den nächsten Jahren auch in Fortführung des Investitionssonderprogramms, aus dem ein großer Teil dieser Entwicklung für F und E geleistet worden ist, wenn es das Anschlussprogramm gibt, natürlich auch darum gehen, diese Menschen weiterhin zu finanzieren, damit sie in der Lage sind, den Dialog auch wirklich zu leisten. Wir werden dafür eintreten, und ich glaube, im Sinne einer guten Kooperation zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und der regionalen Ökonomie ist das ein erfolversprechender Ansatz. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Staatsrat Köttgen.

Staatsrat Köttgen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur ganz wenige Anmerkungen zu dem machen, was hier gesagt worden ist. Ich glaube, Sie haben alle eine bestimmte Erfolgsgeschichte beschrieben, und mir ist wichtig, hier zu betonen, dass das nicht nur die Erfolgsgeschichte des Senats oder des Wissenschaftsressorts und des Wirtschaftsressorts etwa ist, sondern dass im Wesent-

(A) lichen dies die Menschen in den Wissenschaftseinrichtungen sind und dass wir insbesondere, beide Namen sind auch erwähnt worden, großes Glück in Bremen gehabt haben, zwei Rektoren zu haben, die über 20 Jahre in sehr enger Kooperation mit dem Senat sich um die Geschicke und die Entwicklungen dieses Wissenschaftsbereichs in Bremen gekümmert haben und diese vorangebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig sind natürlich, Frau Trüpel hat das noch einmal betont, die wissenschaftlichen Mitarbeiter in den wissenschaftlichen Einrichtungen, die die Produktion dieses Wissenschaftsbetriebs und dieser Wissenschaftsproduktion einfach betreiben. Die wichtigste Aussage, die am Schluss Herr Böhrnsen für mich gemacht hat, ist, nicht ausruhen auf dem Erreichten. Ich glaube, das ist immer für uns die Frage gewesen, wenn wir einen Hochschulgesamtplan beispielsweise verabschiedet haben, dass wir am nächsten Tag gesagt haben, jetzt müssen wir darüber nachdenken, wie es weitergeht.

(B) Herr Böhrnsen hat zu Recht betont, dass hier noch eine ganze Reihe an Verbesserungen notwendig ist, und ich kann Ihnen versichern, dass wir daran arbeiten werden. Insbesondere die Zusammenarbeit mit den kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere die Verbesserung des Marketings, aber insbesondere stehen wir vor einem riesigen Problem, das ist der Umbruch, der in den nächsten zehn Jahren stattfinden wird.

In der Vorlage ist dargestellt, dass bis zu 160 Neuberufungen stattfinden müssen in den nächsten Jahren, und der Ruf der Universität und unserer Hochschulen ist inzwischen so gut, dass sich auch sehr exzellente Wissenschaftler, die sich früher in Bremen nicht beworben haben, in Bremen bewerben. Das heißt immer, wenn sich solche exzellenten Wissenschaftler bewerben, dass wir sie nur im Wettbewerb gewinnen können. Dieser Wettbewerb ist eben auch ein Wettbewerb um Ausstattung. Darum müssen wir uns bemühen, aber wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass Sie uns alle dabei auch immer unterstützt haben.

Mir liegt auch daran, Herr Jäger, doch zu sagen, dass der Paradigmenwechsel nicht erst mit der großen Koalition begonnen hat.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich Sie daran erinnern darf, dass wir Anfang der achtziger Jahre, Frau Trüpel hat einen Teil des Paradigmenwechsels beschrieben, einen Paradigmenwechsel innerhalb der Universität hatten, der auch nicht etwa nur von Herrn Hoffmann und Herrn Franke kam, sondern aus der Universität mit zehn Thesen, die einige Hochschullehrer der Universität

(C) damals aufgeschrieben haben, umgesetzt worden ist und der aus der Universität entstanden ist.

Aber der Paradigmenwechsel, den Sie meinen, ist im Grunde genommen Anfang der achtziger Jahre entstanden. Wenn Sie sich das erste WAP ansehen, das Herr Haller als Abteilungsleiter und als Direktor des BAW geschrieben hat, dann gibt es darin einen großen Wissenschaftsteil. Dieser ist natürlich nicht nur bei Herrn Haller entstanden, sondern da haben wir sehr intensiv zusammengessen, und ich will nur sagen, es war damals ein sozialdemokratischer Wirtschaftssenator.

Damals hat es diesen Paradigmenwechsel gegeben, und diesen hat es auch gegeben gemeinsam mit der Handelskammer. Als ich nach Bremen gekommen bin, war es so, dass die Handelskammer mit dieser Universität wirklich nicht reden wollte. Sie hat gesagt, wir werden unsere Probleme woanders lösen. Dies haben wir in vielen Jahren betrieben, und deswegen möchte ich auch Sie, Frau Trüpel, darauf hinweisen, dass wir eine sehr enge Zusammenarbeit seitdem genauso in der großen Koalition mit dem Wirtschaftsressort betrieben haben wie auch mit anderen Ressorts.

(D) Im Übrigen, Frau Trüpel, schauen Sie sich das Zentrum für Sozialpolitik, mit einem internationalen Renommee, an! Ich könnte Ihnen das in der Handschrift von Herrn Färber vorführen, dass Herr Färber diese Änderung so selbst persönlich geschrieben hat, was die Zusammenarbeit mit Airbus betrifft. Ich möchte nur betonen, dass es hier bisher keine – –

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/
Die Grünen]: Die Frage ist ja, was wirklich
stattfindet!)

Was wirklich stattfindet, das können Sie sich am besten anschauen. Ich glaube wirklich, wenn Sie sich die Forschungsabteilungen anschauen, ob das Astrium, ob das Airbus ist, dass dies eben nicht passiert ist. Wenn Sie mit leitenden Mitarbeitern dieser Firmen reden, dann werden Sie sehen, dass sie betonen, wie wichtig diese Zusammenarbeit gerade für ihre eigenen Forschungsabteilungen und für den Bestand auch dieser Forschungsabteilungen ist. Wir sind also sicher, dass wir diese Zusammenarbeit in einer vernünftigen Form betreiben, wie es geht.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass es wichtig ist, dass wir für die Zukunft, von der Herr Jäger gesprochen hat, jetzt das Programm Innovation vorgelegt haben und den Wissenschaftsplan, in dem wir Ihnen die Grundzüge schon erläutert haben und den wir auch mit Ihnen erörtert haben, demnächst vorlegen werden und dass Sie uns auch dabei wieder unterstützen, weil ich glaube, dass die Langfristigkeit Voraussetzung ist für eine erfolgreiche Wissenschaftspolitik. Nichts bedarf so

(A) sehr der Langfristigkeit und der Überlegung der Planungssicherheit wie der Wissenschaftsbereich.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf den Beitrag des Kollegen Jäger eingehen. Gesagt worden ist schon, dass das zentrale Dokument zur Entwicklung der Wissenschaft in den letzten zehn Jahren der Beschluss der Ampelkoalition zum ISP gewesen ist. Da haben wir die Weichen gestellt, da sind die Mittel bewilligt worden von einer ganzen Milliarde DM, von der wir bis heute zehren. Das muss man erst einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich kann mich, Herr Jäger, von der CDU in den Jahren, in denen ich jetzt Wissenschaftspolitik mache, nur eigentlich an drei Initiativen erinnern. Die eine ist die Geschichte mit dem Hollerland. Das ist keine wissenschaftspolitische Initiative, sondern eine fixe Idee. Die zweite ist die Sache von Ihnen und von anderen mit der so genannten Notebook-Universität. Das war eine sehr gute, ernsthafte Initiative, die auch realitätsnah war, die auch die Diskussion an der Hochschule traf, dies kann ich nur unterstützen. Die dritte Geschichte ist das, was Sie seit ein, zwei Jahren immer wollen zur Studienzeitverkürzung, wozu Ihnen, soweit ich das gehört habe, außer Allgemeinplätzen nichts anderes eingefallen ist als disziplinarische gesetzliche Regelungen, um irgendwie der Chimäre nachzuhängen, dass man die Leute durch Androhung von Zwangsmaßnahmen, sei es Geld oder Exmatrikulation, dazu bringen könnte.

(B)

(Abg. Dr. Schulte [CDU]: Das stimmt doch einfach nicht!)

Ja, ich sehe keinen anderen Kern! Wissen Sie, die Forderung nach besserer Studienberatung und so weiter! Das ist hier so lange diskutiert worden, wie ich hier im Haus bin. Dazu haben Sie nichts Neues beigetragen. Das Einzige, was Sie neu dazu hereingebracht haben, ist der immerwährende Verweis darauf, dass man die Leute mit Zwangsmaßnahmen dazu bringen müsste.

Das ist so unsinnig wie Ihre Behauptung, dass der Zusammenhang zwischen Studienerfolg und den von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen so einfach wäre. Der Rektor der Universität hat uns das noch einmal klar gemacht, wie komplex diese Frage von Studiendauer ist. Einmal sind es Warteschleifen bei Arbeitslosigkeit. Das wissen wir alle. Solange keine

Lehrer eingestellt wurden, war die Studienzeit bei Lehrern unendlich groß. Das baut sich jetzt Stück für Stück ab. Das ist bei anderen Berufen ähnlich.

(C)

Das Zweite ist die Frage der Arbeit im Studium, aus materiellen Gründen, auch aus kulturellen Gründen, dass immer mehr Leute neben dem Studium arbeiten! Drittens gibt es die unklare Studienstruktur, das ist ein komplexes Thema. Gerade zur Studienstruktur haben wir vor zwei Jahren hier Anträge vorgelegt, die haben Sie abgelehnt. Wo bleiben denn eigentlich die wissenschaftlichen und hochschulpolitischen Initiativen Ihrer Fraktion? Diese drei Sachen waren es dann auch: eine gute Idee, eine fixe Idee und eine, die in die völlig falsche Richtung geht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dann sagen Sie, Sie würden uns nicht auf den Leim gehen, hier eine Bundesdebatte zu führen. Das kann ich mir gut vorstellen, dass Sie das so sagen, denn da haben Sie in der Tat ganz schlechte Karten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Jäger, die Unverfrorenheit von einem Vertreter einer Regierungspartei, die in den letzten Jahren ihrer Regierung den Wissenschaftshaushalt, den Forschungshaushalt heruntergefahren hat, uns dann zu kritisieren, dass wir den nur um ein Fünftel in den letzten vier Jahren gesteigert hätten, das ist schon eine ziemliche Unverschämtheit, das muss ich Ihnen schon sagen!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Böhrnsen hat das bereits gesagt, er hat Ihnen die Gesamtsumme genannt. Ich will Ihnen auch sagen, was da im Einzelnen gemacht worden ist. Das sind nämlich immer ganz fein justierte und fein ausgerichtete Dinge gewesen, die uns gerade bei der Innovationsfähigkeit sehr helfen. Als die Diskussion um die Informationstechnologie begann, hat die Bundesregierung kurzfristig 25 Millionen Euro auf Antrag zur Verfügung gestellt. Bremen hat davon sehr profitiert, weil wir da gute Anträge gestellt haben. In der Bioregio-Ausschreibung wurde der Bereich der Biotechnologie auch jenseits von Gentechnologien gefördert. Bremerhaven hat zwar nicht den Zuschlag bekommen, aber die Auseinandersetzungen, die Vorbereitungen haben die Biotechnologie in Bremerhaven entscheidend vorangebracht, und es ist auch davon profitiert worden.

Die Bundesregierung hat insgesamt 236 Millionen Euro für regionale Innovationskonzepte im Rahmen von Innoregio ausgegeben. Wunderbare Kompetenz, wunderbare Konkurrenz, von der auch Bremen pro-

(A) fitiert hat! Die Bundesregierung hat die Forschungsmittel für erneuerbare Energien um 30 Millionen Euro erhöht. Da muss ich allerdings sagen, davon hat Bremen nichts gehabt, weil leider die große Koalition das Bremer Energieinstitut bis an den Rand der Bedeutungslosigkeit heruntergefahren hat. Davon hätte man auch viel mehr profitieren können.

Die Bundesregierung ist dabei, das Luftfahrtforschungsprogramm auf Nachhaltigkeitsforschung umzustellen, alles Dinge, bei denen die Bremer Forschung sehr gute Karten hat, wenn dieses Forschungsprogramm in Richtung Nachhaltigkeit verändert oder aufgestockt wird. Die Bundesregierung hat die Mittel für Nachhaltigkeitsforschung insgesamt um 30 Prozent erhöht für Klimaforschung, für Biosphärenforschung und Ozeanforschung. Ich meine, das sind genau die Stichworte, bei denen Bremen Spitze ist. Wir haben davon unmittelbar profitiert. Das ist der Beitrag der Bundesregierung dafür, dass die Wissenschaftseinrichtungen hier innovativ sind, denn ohne Geld geht das offensichtlich ja nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Ein weiterer kleiner Punkt, aber auch nicht unwichtig, ich sage nur: Internationale Universität! Die Bundesregierung hat es geschafft, die Mittel für eine Hochschulbauförderung wieder auf die alte Stufe von zwei Milliarden Euro zu heben. Das war weggebrochen, und es ist wieder angehoben worden. Wäre es möglich gewesen, unsere Neubauten zu finanzieren, mitfinanziert zu bekommen ohne diese Aufstockung? Nein! Also!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Was hat die rotgrüne Bundesregierung für die internationale Öffnung als Motor der Innovation getan? Da unterscheiden wir uns vielleicht, in Worten geben Sie das ja immer zu, aber wenn ich mir die Taten ansehe, da gibt es doch große Unterschiede. Die rotgrüne Bundesregierung hat durchgesetzt, dass das Bafög erstmalig mit ins Ausland genommen werden kann. Die Öffnung für deutsche Studierende, ins Ausland zu gehen, auch wenn man Bafög-Empfänger ist, ist damit ermöglicht worden. Ein ganz wichtiger Schritt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die rotgrüne Bundesregierung hat mit der Reform der Personalstruktur den Juniorprofessor eingeführt, um jungen Wissenschaftlern, die sich sonst weltweit nach einer Stelle umschauchen, in Deutschland frühzeitig eine Chance zu geben, selbstständig zu for-

schen und arbeiten zu können. Das ist nämlich das, was sie sagen. Warum gehen sie in die USA oder nach Kanada? Weil sie dort die Chance haben, frühzeitig selbstständig nach eigenen Maßstäben zu arbeiten! Das konnten sie in Deutschland wegen dieses Habilitationshemmnisses nicht, jetzt können sie das. Die Bundesregierung unterstützt auch die Einführung der Juniorprofessuren mit erheblichen Mitteln des Bundes.

Wir haben außerdem die arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Bedingungen für ausländische Studierende verbessert. Wir wissen sehr wohl, dass da noch mehr gemacht werden muss, aber wir haben immerhin damit begonnen. Wer glaubt, meine Damen und Herren, dass ein hohes Tempo von Innovation gefunden und vorgelegt werden kann, ohne dass man sich auch die besten Köpfe aus dem Ausland hierher holt, der irrt einfach. Das gilt für die Hochschullehrer, das gilt für die Doktoranten, für die wissenschaftlichen Mitarbeiter, aber auch für Studierende. Da ist nicht Abschottung gefragt, wie Sie das jetzt in der vom Zaun gebrochenen politischen Diskussion um das Zuwanderungsgesetz machen, sondern da ist Öffnung gefragt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Herderhorst [CDU]: Dummes Zeug! Absolut dummes Zeug!)

(D) Wer redet denn davon, dass wir hier zu viel Zuwanderung hätten? Wer redet denn davon, dass wir zu machen müssen? Das ist doch nicht die rotgrüne Bundesregierung, das sind doch Sie in Ihrer Verzweiflung, verehrte Kollegen von der CDU!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Wir haben in der letzten Wissenschaftsdeputationsitzung, von der Herr Böhrnsen auch gesprochen hat, auch die Kontrakte mit den wissenschaftlichen Instituten diskutiert. Jedes naturwissenschaftliche, ingenieurwissenschaftliche Institut an der Universität oder im Land Bremen hat vermerkt, wir haben so große Probleme mit wissenschaftlichem Nachwuchs, dass unsere Projekte gefährdet sind. In jedem Kontrakt stand das. Ich sage Ihnen, wer nicht gewillt ist, offen zu sein, Leute auch aus dem osteuropäischen und sonstigen Ausland einzuladen, hierher zu kommen, entsprechende Studier- und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, nicht nur auf dem Papier, sondern auch in seiner Politik, zu zeigen, dass sie gewünscht sind, dass sie gewollt sind, der wird diese Aufgabe nicht schultern. Das kann ich Ihnen nur sagen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(A) Wie kann der Transfer unterstützt werden? Da ist eine Sache, die nicht so sehr beachtet worden ist, die aber für den Transfer von Hochschulen in die Wirtschaft ganz wichtig ist. Die Bundesregierung hat, auch das ist ein längst überfälliges Reformprojekt, das so genannte Professorenprivileg beseitigt. Bisher hatten nur die Professoren das Recht, ihre Erfindung zu vermarkten und Patente anzumelden. Sie hatten das Recht, aber sie haben es nicht wahrgenommen, weil sie es nicht konnten. Sie hatten weder die finanziellen noch die organisatorischen Mittel. Sie wussten nicht, wie man es macht, sie haben es schlicht gelassen, weil es nicht ihr Job, nicht ihre Aufgabe war.

Jetzt ist es anders. Jetzt hat die Universität das Recht, das zu vermarkten, aber auch die Verpflichtung, es zu tun, und die Professoren werden zu einem Drittel beteiligt. Das ist eine gute Lösung, denn jetzt gibt es Fachleute, die das machen, die das können, und die Professoren werden beteiligt. Es gibt für beide Seiten einen Anreiz, das zu machen. Das ist ein ganz wesentlicher Schritt dafür, dass wissenschaftliche Erkenntnisse in marktfähige Produkte umgesetzt werden können. Auch dies hat diese Bundesregierung neu geregelt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Schließlich die Frage, das ist ja eine generelle Frage: Woher kommen denn eigentlich die Absolventen, die so notwendig sind, diese wissenschaftlichen Erkenntnisse überhaupt in die Gesellschaft zu tragen? Transferstellen allein sind es ja nicht, Innovationsassistenten sind es auch nicht. Es sind hauptsächlich gute, in ausreichender Zahl gut ausgebildete Absolventen. Die Bundesregierung hat den Kurs verfolgt, die Zahl der Absolventen zu erhöhen. In den vier Jahren, das ist nun wirklich nicht allein ein Werk der Bundesregierung, das will ich überhaupt nicht behaupten, ist aber immerhin die Zahl der Studierenden, die ein Studium beginnen, von 27 Prozent auf 32 Prozent eines Jahrgangs gesteigert worden.

Von Ihrer Seite ist immer gekommen: Wir haben viel zu viele Abiturienten, wir haben zu viele Leute, die studieren. Wir müssen irgendwo anders die Qualifikation haben. Das ist Unsinn! Wir brauchen an Hochschulen mehr ausgebildete Leute, und die Bundesregierung hat in diesem Sinn gehandelt. Wir haben das Bafög reformiert, wir haben die Zahlungen erhöht, wir haben Vorausbedingungen verbessert, man sieht das an den schnell gestiegenen Zahlen der Bafög-Empfänger.

Bafög war hier immer eine Spardose des Wissenschaftsressorts über lange Jahre, solange Herr Kohl regiert hat. Das hat sich geändert, die Spardose ist leer. Wir müssen jetzt noch mehr Geld hineintun, um

die Bafög-Empfänger zu bezahlen. Das ist nicht schade, das ist eine gute Entwicklung!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das sind nämlich Leute, die, wenn sie hier in Bremen studiert haben, dann in die Stadt und die Betriebe gehen, übrigens nicht nur in die Betriebe, sondern auch in die Gesellschaft.

Sie haben Ihre Frage „Motor der wirtschaftlichen Entwicklung“ formuliert. Das kann man so machen. Eigentlich geht es um die Frage „Wissenschaft als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung“. Ich sage noch einmal, die Konzentration oder das Starren auf die Naturwissenschaft und die Ingenieurwissenschaften ist wirklich so unmodern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man die Frage untersucht, woran es liegt, dass die Innovation nicht von einem Ort zum anderen kommt, von der Wissenschaft in die Wirtschaft, zu den kleinen Unternehmen, so ist das keine Frage der Naturwissenschaft oder der Ingenieurwissenschaft, das ist eine Frage der Kommunikation. Das ist eine Frage der sozialen Beziehungen: Wie stellt man in den Betrieben eine Kommunikationsstruktur her? Wie lehrt man die Unternehmer, dass heute andere Bedingungen notwendig sind, um erfolgreich zu sein? Das sind sozialwissenschaftliche Fragestellungen.

Ich will von der Erziehungswissenschaft, von Pisa und von den Schulen überhaupt nicht reden. Ich meine, so einen wirtschaftlichen Erfolg, den wir hätten haben können, wenn wir eine gute Qualitätskontrolle und Bildungs- und Erziehungsforschung in Bremen gehabt hätten, so dass wir bestimmte Dinge eher gesehen hätten, hätten wir mit einem rein wirtschaftlichen Erfolg überhaupt nicht haben können. Wir hätten unglaublich viel Geld sparen können.

(Abg. Frau S t r i e z e l [CDU]: Wer hat das denn verhindert?)

Ich sage, man kann unheimlich viel Geld sparen und Geld verdienen, wenn man eine gute Gesellschaftswissenschaft, in diesem Fall eine Erziehungswissenschaft, hat. Das wollte ich Ihnen damit sagen. Bitte hören Sie auf, uns zu erzählen, dass nur dieser eine Teil der Universität gut ist, Geld bringt, und der andere ist irgendwie notwendig! Nein, das Ganze gibt einen Sinn. Allein an dieser bewährten Position, die während der Ampelzeit festgelegt worden ist, seitdem unter wechselnden Senatoren, aber im relativ großen Konsens dieses Hauses – mit wenigen Initiativen von Ihrer Seite – eingehalten worden ist, wollen wir festhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte ursprünglich nicht vor, mich zu Wort zu melden, um doch noch die eine oder andere Bemerkung zu machen, aber nachdem nun der Kollege Böhrnsen und dann der Kollege Dr. Kuhn in ihren letzten Beiträgen deutlich gemacht haben, dass es weder der SPD noch den Grünen in dieser Debatte um das Thema „Wissenschaft – Motor des wirtschaftlichen Handelns“ geht, sondern dass es ihnen ausschließlich darum geht, sich über den 22. September zu retten, nun doch!

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Lieber Herr Kuhn, das ist der Ansatz Ihrer Debatte! Ich möchte es ganz deutlich machen, das war der Punkt, an dem ich mich gemeldet habe. Ich habe lange überlegt, ob man überhaupt manche Punkte hier kommentieren sollte. Nur gegen eines verwahre ich mich ganz deutlich: Lieber Herr Kollege Kuhn, wenn Sie hier mit dem Thema Zuwanderungsgesetz anfangen, uns eine Feindlichkeit gegenüber ausländischen Studierenden zu unterstellen, dann ist das Fass übergelaufen, Herr Kollege Kuhn!

(B) (Beifall bei der CDU)

Wir begrüßen ausdrücklich die Studenten aus anderen Ländern hier an den Hochschulen, an der Universität, insbesondere natürlich auch an der Internationalen Universität. Die ausländischen Studierenden hier, lieber Herr Kollege Dr. Kuhn, sind eine Bereicherung dieser Wissenschaftseinrichtungen des Bundeslandes, um das ganz deutlich zu sagen!

(Beifall bei der CDU)

Ihre Verknüpfung mit der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz hat leider völlig das Thema verfehlt, Herr Kollege Dr. Kuhn!

(Abg. **Dr. Kuhn** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer macht das denn?)

Wir machen es überhaupt nicht, um das einmal ganz deutlich zu sagen!

(Widerspruch bei der SPD)

Wissen Sie, um das ganz deutlich zu sagen, wo der Unterschied besteht? Wenn wir davon reden, dass Leute, die in der Bundesrepublik Deutschland Verbrechen begangen haben und nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, abgeschoben werden

müssen, dann schützt es die ausländischen Studierenden an den Universitäten!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Kollege Kuhn, ich verfüge über genug Bekannte und Freunde ausländischer Herkunft. Was meinen Sie, wie häufig die mich fragen und sagen, lieber Jens, was macht ihr eigentlich? Ich werde auf der Straße angepöbelt, weil ich eine andere Hautfarbe habe. Ich studiere hier, ich arbeite hier, ich zahle meine Steuern et cetera, und das passiert mir nur, weil Staat und Gesellschaft nicht in der Lage sind, sich gegen die Verbrecher entsprechend zu wehren! Das ist doch die Realität in unserem Land, Herr Kollege Kuhn, also erzählen Sie hier keinen Blödsinn in diesem Hause!

(Beifall bei der CDU)

Um das auch ganz deutlich zu sagen: Dazu, und das ist der zweite Teil unserer Diskussion zum Thema Zuwanderungsgesetz, müssen wir alle Integrationsmöglichkeiten doch frühzeitig nutzen. Wir müssen doch die jungen Leute hier möglichst früh in unsere Gesellschaft auch integrieren, wenn sie nicht in unserem Land geboren sind. Darüber haben wir doch in der Stadtbürgerschaft gestern diskutiert, als es um die Kindergärten ging. Darüber haben wir bei den aktuellen bildungspolitischen Debatten entsprechend gesprochen. Das wollen wir stärken.

(D)

(Zuruf der Abg. **Frau Linert** [Bündnis 90/Die Grünen])

Dazu hilft es überhaupt nicht, Frau Kollegin Linert, wenn wir dann die jungen Leute mit 16 oder 17 Jahren aus der Türkei hier wieder herbekommen, nachdem sie dort entsprechende Schulen besucht haben, häufig kein Wort Deutsch sprechen. Das ist kein Beitrag zur Integration. Deshalb haben wir uns zum Beispiel dafür eingesetzt, das Zuzugsalter entsprechend zu senken.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lieber Kollege Böhrnsen, und auch was Herr Kuhn da gerade noch gesagt hat, es geht doch überhaupt nicht darum, auch anzuerkennen oder Ursprünge entsprechend zu reklamieren für Veränderung. Natürlich sind Beschlüsse gefasst worden in der Ampelzeit. Natürlich gab es auch schon vorher entsprechende Beschlüsse. Natürlich hat man jetzt auch Drittmittel eingeworben für Wissenschaft in dem Bereich Bund und EU. Das erkennen wir doch auch vollkommen an, das hat doch auch der Kollege Jäger in seinem Beitrag entsprechend gesagt. Nur, das möchte ich auch an dieser Stelle deutlich sagen, ei-

(A) nes ist doch ein ganz wichtiger Bestandteil von Drittmitteln, Herr Böhrnsen – Sie haben das so abgefeiert, was der Bundeskanzler Schröder gemacht hat –, ein wichtiger Bestandteil von Drittmitteln sind auch die industriellen Drittmittel.

(Abg. Frau W a n g e n h e i m [SPD]: Das hat er doch auch gesagt! – Abg. Frau L e m - k e - S c h u l t e [SPD]: Das ist auch okay!)

Ja, das ist vollkommen okay. Was wir dafür brauchen, ist nur eine Wirtschaft, die auch noch diese Drittmittel zahlen kann, liebe Frau Kollegin Lemke-Schulte. Das ist doch die Realität!

(Beifall bei der CDU)

Da hat vorhin jemand einen Zwischenruf gemacht, wo der Nemax steht, wo der Dax steht. Natürlich hat das etwas miteinander zu tun. Wenn die Börsenwerte der Firmen das nicht mehr hergeben, dass sie sich diese entsprechenden Forschungs- und Entwicklungsaufgaben leisten können, dann stimmt etwas nicht in unserem Land, Herr Kollege Böhrnsen!

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD)

Ich möchte – –.

(B) (Zuruf des Abg. D r . K ä s e [SPD])

Lieber Herr Kollege Käse, Sie haben da gerade einen Zwischenruf gemacht. Mir ist natürlich klar, dass nicht jedes Unternehmen in Deutschland an der Börse notiert ist. Aber der Mittelstand kann sich aufgrund Ihrer Steuerpolitik diese Ausgaben schon lange nicht mehr leisten!

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte auf zwei Themen doch noch zu sprechen kommen. Wo liegt denn die Leistung, Herr Kollege Böhrnsen, den Forschungsetat um eine oder 1,5 Milliarden, um 20 Prozent, entsprechend zu erhöhen? Wir hätten uns gewünscht, dass man nicht nur die 100 Milliarden von UMTS abkassiert hätte, sondern sie in den wirtschaftlichen Wandel unserer Republik investiert hätte!

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen])

Zweite Bemerkung: Wir haben Gott sei Dank, und wenn ich zu solchen Bemerkungen provoziert werde, dann sage ich das auch ganz deutlich, ein Bundesland, das es wirklich verstanden hat, in den letzten 20, 25, 30 Jahren den Strukturwandel zu schaffen, das sich Gott sei Dank aufgrund der Vorleistun-

gen der Vorgängerregierungen in den letzten 30 Jahren auch erlauben kann, Privatisierungsmittel, die man bekommt, (C)

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Argumentieren Sie in Bremen auch so?)

nicht, die Mittel, die man dort bekommt, tatsächlich in den Strukturwandel zu investieren. Was wäre das für ein Traumzustand in Bremen, lieber Herr Kollege Sieling, wenn wir nicht die Verfehlungen Ihrer Baupolitik in den siebziger Jahren jetzt mit Privatisierungsmitteln lösen müssten, sondern das in die wirtschaftliche Infrastruktur stecken könnten!

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. D r . S c h u s t e r [SPD])

Was wäre das für ein Traumzustand! Davon sind wir leider weit entfernt.

Aber ein Thema – und jetzt, weiß ich, bricht Rotgrün wieder komplett zusammen – würde mich zumindest interessieren, und die Frage geht an den Staatsrat: Es gibt einen Auftrag des Senats, ein Gutachten für das Thema Hochtechnologiestadtteil zu erstellen. Das war jetzt meine Frage. Ich hätte die Frage gestellt, man konnte etwas in einem Sonn- tagsblättchen lesen.

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Blättchen ist gut!) (D)

Dies würde mich einmal interessieren, welche entsprechenden Untersuchungen es da gibt und wie denn mögliche Ergebnisse dort aussehen. Ich kenne dort bisher keine Untersuchungen, um das so deutlich zu sagen, aber es muss offensichtlich einen Kreis geben, der diese Untersuchung kennt, sonst wäre es wahrscheinlich nicht in die Zeitung gekommen.

Das ist auch die Antwort, Herr Kollege Böhrnsen. Wie wollen wir die Wissenschaftspolitik weiterentwickeln? Das ist für uns schon eine der entscheidenden Fragen. Was wollen wir in den nächsten 20 Jahren mit dem Thema Wissenschaftspolitik machen?

Das ist doch überhaupt keine Frage, dass wir, Frau Trüpel, weitere Standorte auch entwickeln müssen. Aber im Moment ist die Situation: Wir haben hier ein Vorzeigeprojekt, nämlich den Technologiepark. Dieser Technologiepark wird über die Grenzen Bremens hinaus überhaupt bis heute nicht professionell vermarktet, das muss man sagen.

(Zuruf der Abg. Frau B u s c h [SPD])

Normalerweise ist es doch so im Marketing, wenn man ein gutes Produkt hat, dann wirbt man auch dafür, Frau Kollegin Busch. Insofern wollen wir das auch dort machen. Dazu brauchen wir natürlich Flächen.

(A) Deshalb werden wir die Sozialdemokraten auch vor der Wahl nicht aus einer deutlichen Aussage zum Thema Technologiestadtteil entlassen. Wir haben die Antwort mehrfach gegeben, wir haben unser eigenes Konzept vorgelegt, Herr Kollege Jäger hat das entsprechend erwähnt.

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Wir auch!)

Nun gibt es ein Gutachten. Wenn die Ergebnisse des Gutachtens so sind, wie sie in der Zeitung stehen, dann ist es offensichtlich so, dass das Hollerland nördlich der Autobahn die Priorität Nummer eins für einen solchen Stadtteil hat.

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/
Die Grünen])

Ich sage nur, wenn! Ich habe den Staatsrat gehört. Wenn es so ist, Herr Kollege Böhrnsen, überwinden Sie endlich die Ängste der SPD-Fraktion, und folgen Sie Ihrem Präsidenten des Senats, Herrn Scherf, der schon lange dafür ist, das Hollerland zu bebauen!

(Beifall bei der CDU)

(B) Wir werden auch hier Politik machen, die über den Tellerrand hinausschaut. Wir können verschiedene Beispiele vorweisen, wo entsprechend ein erfolgreicher Technologiepark sich entwickelt hat. Darüber können wir jederzeit gern diskutieren. Überall gibt es einen direkten Zusammenhang zur Universität, und wir werden auch eine Politik machen, die über die Legislaturperiode hinausgeht. Deshalb sagen wir jetzt schon deutlich, was wir im Bereich der Technologiepolitik, im Bereich der Wissenschaftspolitik wollen. Ich hoffe, die Sozialdemokraten werden uns weiter so folgen wie auch in den letzten Jahren. – Vielen Dank!

(Starker Beifall bei der CDU – Heiterkeit
bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Berk.

Abg. Frau **Berk** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich gibt es nach der hervorragenden Rede meines Fraktionsvorsitzenden nicht mehr so viel Raum, etwas zu sagen, und zum anderen hat Hermann Kuhn eigentlich eine Rede gehalten,

(Abg. T e i s e r [CDU]: Okay! Danke schön!)

die ich zwar nicht so gut hätte halten können, weil er sehr gut formuliert, aber vom Inhalt wäre sie fast identisch gewesen.

(Beifall bei der SPD)

(C) Es fällt mir jetzt so ein bisschen schwer. Herr Eckhoff, Sie neigen ja immer dazu, so laut zu werden. Dass Sie ein schlechtes Gewissen bei dem Thema Zuwanderung haben, weil Sie da in einer Ecke stehen, die so weit rechts ist, dass man sich da eigentlich schon nicht mehr begegnen kann – –.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der
CDU – Abg. E c k h o f f [CDU]: Wer? Ich?
Das hat mir noch nie einer vorgeworfen!)

Wenn Sie dieses Programm, dieses Thema, was Sie als Partei veröffentlichen, hier unterstützen, dann stehen Sie in der rechten Ecke, und ich sage Ihnen ganz ehrlich, wenn Sie dann hier so laut werden und anfangen zu schreien,

(Abg. H e r d e r h o r s t [CDU]: Hören
Sie auf! Es hat keinen Sinn!)

sage ich Ihnen ganz einfach, es gibt ein gutes Sprichwort: Wenn du im Recht bist, kannst du dir leisten, die Ruhe zu bewahren, wenn du im Unrecht bist, kannst du es dir nicht leisten, sie zu verlieren. Das Letztere trifft für Sie zu!

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU
– Zuruf des Abg. H e r d e r h o r s t [CDU])

(D) Ich will auch gar nicht bestreiten, dass ich in den acht Jahren großer Koalition mit Herrn Jäger und vorher mit Frau Motschmann vernünftig zusammengearbeitet habe. Aber Herr Kuhn hat es auf den Punkt gebracht: Wo waren die Initiativen der CDU? Es gab nämlich keine! Der hervorragenden sozialdemokratischen Politik im Wissenschaftsbereich hatten Sie nichts entgegensetzen. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb haben Sie auch wenig zu Wissenschaft gesagt außer Ihren Drohgebärden, die dann immer im Bezug auf die künftige Entwicklungsplanung kommen, sondern Sie haben immer Ihren Schwerpunkt in Richtung Wirtschaft gelegt. Ich sage Ihnen noch einmal: Ohne diese gute Wissenschaftspolitik wären wir auch mit der Wirtschaft nicht so weit gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Nur noch einmal zur Erinnerung: Dass wir überhaupt das Investitionssonderprogramm für den Wissenschaftsbereich auflegen konnten, Anlass war doch der Gang nach Karlsruhe, den der damalige Bürgermeister Klaus Wedemeier gegangen ist, gegen den Willen der CDU!

(Beifall bei der SPD)

(A) Wir haben Erfolg gehabt, wir haben einen Finanzausgleich gehabt, und wir konnten eine Milliarde in den Wissenschaftsbereich investieren. Herr Kuhn hat es gesagt, mein Fraktionsvorsitzender hat darüber gesprochen, all diese Erfolge sind in der Ampel angeschoben worden. Das war keine leichte Zeit damals, aber ich muss sagen, wir haben da gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU
– Abg. F o c k e [CDU]: Deswegen ist sie auch abgewählt worden!)

Man kann nicht immer sagen, das war schlecht. Im Wissenschaftsbereich zumindest war es gemeinsam mit der FDP und den Grünen eine produktive und konstruktive Zusammenarbeit. Wir wollen hier die Kirche im Dorf lassen, wo sie hingehört. Sie haben sicherlich Ihre Erfolge auch in Ihren Bereichen. Aber das, was im Wissenschaftsbereich an hochkarätigen Wissenschaftlern hier ist, die auch die Erfolge ermöglichen, das ist nämlich kein Erfolg der Politik, das ist ein Erfolg derjenigen, die diese hochkarätigen Menschen hierher geholt haben, dass sie gemeinsam mit anderen erfolgreich arbeiten konnten. Das ist etwas, wofür man sich bedanken kann nicht nur bei denjenigen, die jetzt die letzten großen Erfolge erzielt haben, sondern auch bei denjenigen, die das in all den Jahren, und seit elf Jahren begleite ich das, kontinuierlich, step by step, aufgebaut haben.

(B) Daran hat dieses Haus sicherlich auch einen Anteil. Es wird ja auch bald wieder gefordert sein. Der Entwicklungsplan, wie es weitergeht, Herr Jäger, lag heute in der Post. Ich habe ein Postfach, deshalb bin ich vielleicht ein bisschen schneller gewesen. Darin steht, wie es weitergeht, und da sind die Entwicklungspläne der Hochschulen und die Ideen des Wissenschaftsressorts zusammengefloßen. Wir werden das bewerten, aber nicht, indem wir gleich Drohgebärden machen, was alles nicht zu machen ist. Lassen Sie uns vernünftig zusammensitzen in der Deputation und darüber reden, und dann werden wir schon sehen, dass der erfolgreiche Weg der SPD-Wissenschaftspolitik auch weitergehen kann!

Noch etwas einmal zur Bundesregierung: Diese gefällt Ihnen nicht, ich weiß, Sie möchten so gern den Wechsel am 22. September. Ich sage Ihnen jetzt schon, Träume sind Schäume. Träumen Sie noch ein bisschen, am 22. September ist es vorbei!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/1237, auf die Gro-

ße Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis. (C)

Gesetz zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes und anderer Gesetze

Mitteilung des Senats vom 13. August 2002
(Drucksache 15/1208)
1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes und anderer Gesetze, Drucksache 15/1208, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

(D) Meine Damen und Herren, es ist Einigung darüber erzielt worden, den Gesetzesantrag nach der ersten Lesung zur Beratung und Berichterstattung an den Datenschutzausschuss zu überweisen.

Wer der Überweisung des Gesetzes an den Datenschutzausschuss zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechtes für das Jahr 2001

Mitteilung des Senats vom 13. August 2002
(Drucksache 15/1214)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats mit der Drucksachen-Nummer 15/1214 Kenntnis.

(A) **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses**

Mitteilung des Senats vom 27. August 2002
(Drucksache 15/1221)

1. Lesung
2. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, Drucksache 15/1221, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

(B) Meine Damen und Herren, da der Senat um Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat und die Fraktionen der SPD und der CDU dies als Antrag übernommen haben, lasse ich darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Meine Damen und Herren, wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen nun zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

(C) **Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen**

Mitteilung des Senats vom 27. August 2002
(Drucksache 15/1222)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen mit der Drucksachen-Nummer 15/1222 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt entsprechend zu.

(Einstimmig)

(D) **Stellungnahme des Senats zum 24. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz**

Mitteilung des Senats vom 27. August 2002
(Drucksache 15/1224)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist die Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Datenschutzausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung der Stellungnahme des Senats zum 24. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz mit der Drucksachen-Nummer 15/1224 zur Beratung und Berichterstattung an den Datenschutzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Gesundheits-, umweltschutz- und stadtplanungsverträgliches Vorgehen beim Ausbau des Mobilfunknetzes

Mitteilung des Senats vom 3. September 2002
(Drucksache 15/1230)

Wir verbinden hiermit:

(A) Gesundheits- und Umweltschutz beim Ausbau des Mobilfunks wirklich praktizieren

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. September 2002
(Drucksache 15/1240)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Mitteilung des Senats suggeriert, dass hier im Land Bremen ein gesundheits-, umwelt- und stadtplanungsverträglicher Ausbau des Mobilfunknetzes stattfinden würde. Dem ist nicht so! Die Worte und die Taten stimmen nicht überein. Unser grüner Antrag besteht darin, dies in Deckung zu bringen. Ich nenne hier ein Beispiel, das das verdeutlicht: Die Sendeanlagen auf dem Bunker in der Scharnhorststraße sind so angebracht, dass sie unmittelbar in geringer Entfernung in Daueraufenthaltsbereiche hineinstrahlen, und das Straßenbild mehrerer dort betroffener Straßen kann man deutlich dominiert von diesen Anlagen wahrnehmen. Was das mit Gesundheitsverträglichkeit und Stadtplanungsverträglichkeit zu tun hat, muss mir in diesem Haus bitte schön jemand erklären!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme jetzt aber zum Vorgehen in der Stadt insgesamt! Es ist so, dass es allein in der Stadt Bremen mit dem UMTS-Mobilfunkausbau eine Zunahme von Antennenanlagen in der Größenordnung von 600 geben wird, und das an 400 verschiedenen Standorten. Nun hat die große Koalition in der Deputation beschlossen, 26 UMTS-Antennen auch an solchen Standorten zu errichten, an denen sich die Beiräte jeweils einstimmig dagegen ausgesprochen hatten, diese Standorte für solche Anlagen zu nutzen. Die Beiräte haben die kritischen Standorte herausgefiltert, das war ihre Aufgabe. Was macht die Deputation? Sie sagt trotzdem: Wir werden diese Anlagen dort errichten. Zusätzlich bekommen die Mobilfunkbetreiber auch noch ein Bonbon: Die Sendeanlagen werden auch noch baugenehmigungsfrei gestellt. Das ist ein Entgegenkommen ohne Berücksichtigung des Bürgerwillens und ohne Berücksichtigung des vorsorgenden Gesundheitsschutzes.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte hier nur kurz auch die Problematik der Baugenehmigungsfreistellung einschieben. Es gibt gerade neuere Urteile, die es verdichten, dass es

überhaupt nicht zulässig ist, dieses Instrument der staatlichen Kontrolle aus der Hand zu geben.

(C)

Solange aber auch eine Vielzahl von Studien vorliegt, und zwar Studien von namhaften Instituten, die eben sagen, dass eine Gesundheitsbeeinträchtigung durch die Mobilfunksendeanlagen nicht ausgeschlossen werden kann, muss einem vorsorgenden Gesundheitsschutz erheblich mehr Aufmerksamkeit gezollt werden. Das ist unser Ansatz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das wurde im Übrigen auch von der Bundesregierung anerkannt. Hier wird ein erheblicher Forschungsbedarf insbesondere hinsichtlich der gesundheitlichen Auswirkungen festgestellt, und die Bundesregierung hat gehandelt: Sie hat bis zum Jahr 2005 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um eine entsprechende Forschung zu finanzieren, und sie hat es erreicht, dass auch die Mobilfunkbetreiber noch einmal 8,5 Millionen Euro dazutun.

Soweit dazu an der Stelle! Es ist also klar, dass noch ein erheblicher Bedarf besteht, im Sinne eines vorsorgenden Gesundheitsschutzes beim Ausbau des Mobilfunknetzes im Land Bremen vorzugehen. Das, wie gesagt, was zu tun ist, ist unser grüner Antrag, der aus drei Punkten besteht.

Ich komme zum ersten Punkt! Bei diesen bereits erwähnten kritischen Standorten, die von den Beiräten abgelehnt wurden, fordern wir den Senat auf, alternative Sendetechniken zu prüfen. Es gibt die Möglichkeit – und es gibt auch Städte, die das mittlerweile zumindest als Pilotprojekte betreiben –, bei kritischen Standorten so genannte Mikrozellen einzusetzen, das sind Miniantennen, die auf Ampeln oder Lichtmasten installiert werden können. Damit wird erstens das Stadtbild geschont und möglicherweise auch die Gesundheit, weil nämlich diese Miniantennen bedeutend geringere Strahlungsleistungen haben.

(D)

Wir Grünen wollen, dass bei diesen kritischen Standorten diese neue Technologie geprüft wird, und zwar nicht nur hinsichtlich der Funktionsfähigkeit des Erreichens des Ziels der entsprechenden Sendeleistung oder Übertragungsleistung, sondern auch hinsichtlich der Frage der gesundheitlichen Auswirkungen. Meine Damen und Herren von der großen Koalition, ich glaube, einem solchen Prüfauftrag können Sie sich doch nicht verstellen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Ergebnis ist dabei, und das muss ich auch erwähnen, offen, aber es kann eben auch eine sinnvolle Alternative sein. Es kann aber auch herauskommen, dass es nicht zu einer Verbesserung beiträgt. Dann muss als Möglichkeit auch geprüft werden, die Strahlungsleistung entsprechend herunterzufahren.

(A) Ich möchte hier eine Frage formulieren, die als Frage kein Tabu sein darf, nämlich: Müssen wir denn wirklich im hintersten Hobbykeller die UMTS-Technologie anwenden können, oder kann es durchaus sein, dass man im Sinne eines vorsorgenden Gesundheitsschutzes die Strahlung auch herunterfährt, so dass nicht jeder Punkt in dieser Stadt zu jeder Zeit erreicht wird?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Um diese Forderungen noch einmal zusammenzufassen und an der Stelle nicht missverstanden zu werden: Es handelt sich also um einen Prüfauftrag, neue innovative Technologie zu prüfen und zu untersuchen, inwieweit sie sowohl aus städtebaulichen als auch aus gesundheitsvorsorglichen Aspekten geeigneter ist.

Die zweite Forderung unseres Antrags zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes besteht darin, durch die Ausrichtung der Antennen die Strahlenbelastung in Daueraufenthaltsbereichen und in Bereichen sensibler Nutzungen zu minimieren. Hierzu sind alle für die Berechnung der Belastungssituation erforderlichen Daten öffentlich zugänglich zu machen. Wie das aussehen könnte, haben wir Grünen bereits durch ein Gutachten initiiert. Wir wollen, dass dieser innovative Ansatz, nämlich mittels der Berechnung der Belastungssituation beziehungsweise auf dieser Basis zur Optimierung der Ausrichtung der Sendeanlagen zu kommen und damit den Gesundheitsschutz zu verbessern und dies auch hier in Bremen an allen kritischen Standorten zu praktizieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir stehen übrigens mit dieser Forderung nicht allein, wir erheben sie seit mehreren Monaten. Aktuell können Sie feststellen, dass der SPD-geführte Senat in Berlin genau das beschlossen hat. Wenn Sie in das Internet gehen und auf berlinonline.de schauen, dann finden Sie da, ich gebe das jetzt wieder: Der Senat hat dort deutlich gemacht, dass der notwendige Abstand zwischen Gebäuden und Sendeanlagen im Einzelfall zu berechnen ist, da dies von der Strahlungsstärke und von der Strahlungsrichtung der jeweiligen Mobilfunkanlage abhängig ist. Außerdem müssen die Betreiber der Anlage ein so genanntes Antennendiagramm vorlegen. Aus diesen, sagt der Senat, ist klar zu erkennen, wie hoch die Belastung durch die Strahlen ausfallen wird.

Das ist genau der Ansatz, den wir hier seit Monaten bei der Einführung des Mobilfunknetzes zu integrieren versuchen, und wir erwarten und können in der Tat dann auch nicht begreifen, wenn das selbst der SPD-geführte Senat in Berlin beschließt, warum sich hier die SPD dem nicht anschließt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der dritte und letzte Punkt unseres Antrags besteht darin, dass wir bei der Einführung des UMTS-Mobilfunknetzes eine begleitende medizinische Forschung für Bremen und Bremerhaven fordern. Solche epidemiologische Forschung ist insbesondere bei der Einführung einer flächendeckenden neuen Technologie dringend erforderlich, um negative Gesundheitswirkungen überhaupt rechtzeitig entdecken zu können, und da haben wir hinreichend Erfahrung bei der Einführung anderer Technologien.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte das noch einmal durch ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Kassenverbände in Bremen untermauern, das sie kürzlich an die Bürgerinitiative gegen den Funkturm Hammersbeck gerichtet hat. Es heißt dort, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Wir möchten Ihnen daher empfehlen, Ihre dahin gehenden Sorgen der zuständigen senatorischen Dienststelle für Gesundheit aufzuzeigen, damit von dort gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen wie Vorsorgeuntersuchungen und Untersuchungen über mögliche Langzeitwirkungen veranlasst werden.“ Soweit dieses Zitat!

Es wird aber deutlich, dass es originäre Aufgabe,

(Glocke)

ich komme gleich zum Schluss, des Senats ist, so ein entsprechendes Forschungsprogramm zu initiieren, und hier – wir haben vorhin über das Partizipieren an Bundesforschungsgeldern gesprochen – müsste Bremen das gar nicht selbst bezahlen, sondern könnte an den eben erwähnten bereitgestellten Forschungsgeldern auch partizipieren.

In der Summe: Was wir Grünen wollen, ist, dass Sie diese Vorschläge aufgreifen, den Bürgerwillen respektieren und dass Sie sich nicht nur mit der Einführung der Technik profilieren, sondern dadurch, dass Sie wirklich innovativ sind, und das heißt, sich dadurch profilieren, dass man eine Technik parallel mit moderner Technikfolgenabschätzung einführt. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir debattieren hier heute über die Mitteilung des Senats und den Antrag der Grünen, der sich mit dem Ausbau des Mobilfunknetzes beschäftigt. Zunächst möchte ich erst einmal auf das von uns gewählte Verfahren zum Ausbau des Mobilfunknetzes eingehen, denn dieses ist zwischen Öffentlichkeit und Politik so transparent abgestimmt worden, dass es seinesgleichen in Deutschland sucht.

(C)

(D)

(A) Die ressortübergreifende Arbeitsgruppe unter der Führung der Senatskanzlei hat mit den Mobilfunkbetreibern auch nach anfänglichen Schwierigkeiten eine gute Arbeit abgeliefert, denn die Suchbereiche wurden von 900 auf 600 Anlagen reduziert. Diese werden auf 400 Standorte, wie Frau Dr. Mathes bereits sagte, verteilt sein. Bei den 400 Standorten sind die jetzt bereits in Nutzung befindlichen Anlagen einbezogen. Das heißt also, dass es auf ein Minimum reduzierte Standorte geben wird. Dies sehen wir schon einmal als Erfolg an.

Um weiterhin eine möglichst große Einbeziehung der Bevölkerung zu gewährleisten, sind alle Standorte und Suchräume in den verschiedenen Beiräten vorgestellt und diskutiert worden. Dabei hat sich erst einmal herausgestellt, dass ungefähr die Hälfte der Anlagen unstrittig ist. Diese stellen den Grundstock von Anlagen dar, um einen Netzstart durchführen zu können, wobei wir in der Baudeputation 26 Anlagen zugestimmt haben, die wir im Gegensatz zu den Beiräten aber für vertretbar hielten.

(B) Der Netzstart soll im Frühjahr nächsten Jahres durchgeführt werden. Wir denken, dass dies gut funktionieren wird. Die von den Mobilfunkbetreibern geäußerten großen Bedenken, dass es durch das transparente Verfahren zu Verzögerungen kommen könnte, sind zum Glück nicht eingetreten. Bei den jetzt noch ausstehenden strittigen Standpunkten wird versucht, sich durch Verschiebung, Zusammenlegung oder andere Maßnahmen zu einigen. Ich denke, dies wird zur Zufriedenheit von allen führen.

Auch wir als Parlamentarier haben und werden uns in den Deputationen mit diesem Thema weiterhin befassen, so dass wir dadurch immer auf der Höhe der Zeit sind. Auch wenn die Fraktion der Grünen bei der Einleitung ihres Antrags wieder einmal versucht hat, diesen negativen Touch und diese Angstschürerei hineinzubringen, finden wir, dass das Verfahren, welches wir hier in Bremen haben, sehr vorbildlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, kommen wir noch einmal zu dem Gesundheitsaspekt! Es gibt viele Studien über Gesundheitsrisiken, die mit „wenn“, „vielleicht“ und „es ist nicht auszuschließen“ aufhören, das ist richtig. Gesundheitsrisiken kann keiner wie bei so vielen Dingen des Lebens ausschließen. Auch die CDU kann das nicht! Fakt ist aber, dass es keine wissenschaftliche Untersuchung gibt, die uns sagt, dass die Strahlungen, die von dem UMTS-Netz ausgehen, gesundheitsschädlich sind. Fakt ist auch, dass wir uns nach der sechszwanzigsten Verordnung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes richten und die vorgegebenen Werte nicht überschreiten. Fakt ist, dass wir Aufklärung in der Bevölkerung betreiben, ob es im Internet, in der Internetpräsentation

ist, wo man unter www.umts-bremen.org viele Informationen zu den Standorten bis hin zu Auskünften vom Gesundheitsamt bekommt, oder zum Beispiel in der Broschüre über Risiken bei Mobilfunkanlagen. Frau Dr. Mathes, wenn Sie das vielleicht schon gesehen haben, ansonsten kann ich Ihnen das einmal zur Verfügung stellen!

(Abg. Frau D r . M a t h e s [Bündnis 90/
Die Grünen]: Das habe ich schon lange gesehen!)

Das ist ja schön!

Ich denke, wir hier in Bremen treiben einen großen Aufwand, um die Menschen mit einzubeziehen. Das ist auch gut so, denn viele wissen gar nicht, dass zum Beispiel der Fernsehturm oder Handtelefone für den Hausgebrauch eine höhere Strahlung abgeben als das kommende UMTS-Netz. Wenn die Grünen hier immer fordern, dass die Grenzwerte, um die es geht, abgesenkt werden müssen, dann frage ich mich: Was haben die Grünen eigentlich vier Jahre in der Bundesregierung getan? Sie hätten schon lange die Grenzwerte absenken können, aber das haben sie auch nicht getan.

(Beifall bei der CDU)

(D) Meine Damen und Herren, was wird uns also die dritte Generation von Mobilfunkanlagen bringen? Für die Benutzer kann man das heute noch nicht genau definieren, genauso wenig wie man es für die ersten Personalcomputer genau sagen konnte. Aber den Erfolg kennen wir ja! Doch an Ideen wird bereits weiter gearbeitet. Dabei sehe ich es als wichtig an, dass die Anwendung nicht nur für die Geschäftswelt, sondern auch für den Privatgebrauch zu erschwinglichen Preisen entwickelt wird. Davon wird auch wesentlich der Erfolg des UMTS-Netzes abhängen.

Was hat Bremen jetzt davon? Nach den Kooperationsverträgen mit Microsoft und der Telekom, die in den Bremer Standort investieren, erwarten wir weitere Sogwirkungen. Heute haben wir in Bremen bereits zirka 40 bis 50 Unternehmen, die Anwendung für Mobilfunk, Mobilkommunikation herstellen. Auch wenn dies noch ausbaufähig ist, kann man sagen, dass wir hier schon ein Kompetenzzentrum im nordwestdeutschen Raum sind. Dazu trug auch gestern Abend die erste bundesweite Ausschreibung im UMTS-Bereich bei. Das war auf einer Vorstellung bei der Geomatics, die momentan in der Stadthalle stattfindet. Diese wendet sich vor allem an mittelständische Unternehmen, die wir auch gern nach Bremen holen wollen.

Meine Damen und Herren, da wir UMTS-Testgebiet sind, haben wir auch eine reelle Chance, in Deutschland der Standort für Mobilkommunikation und -anwendung zu werden. Deshalb ist es auch zu

(A) begrüßen, dass momentan ein neuartiges Gründer- und Entwicklungszentrum für Anwendung im UMTS-Bereich in Planung ist.

Der Standort im Technologiepark ist schon ausgesehen. Die Planungen werden im Frühjahr nächsten Jahres vorgestellt. Wir hoffen, dass alles zügig geht, damit sich schnell wieder neue Firmen in Bremen ansiedeln können. Doch damit das alles geschehen kann, muss für den Standort Bremen noch ordentlich geworben werden. Der Anfang ist im Februar mit der Mobile Europe gemacht worden, die am Rande der CeBIT lief. Mit über 250 Experten aus 20 verschiedenen Ländern hat man praktisch gesehen, dass die Nachfrage dort groß ist.

Zurzeit läuft gerade die Geomatics, auch als Fachausstellung in Halle sieben. Ich bin aber der Meinung, wenn wir hier ein Kompetenzzentrum für Mobilfunkanwendung werden wollen, dann muss noch eine Vielzahl von Aktionen mit überregionaler Wirkung durchgeführt werden. Ziel muss es sein, möglichst viele mittelständische Unternehmen nach Bremen zu holen, und am besten wäre es noch, wenn große Anbieter Bremen als Unternehmensstandort wählen würden.

Fazit: Die Mitteilung des Senats zeigt uns, dass wir im Ausbau des Testgebietes einen sehr guten Weg gewählt haben und dass wir uns um sensible Bereiche des Gesundheitsschutzes nach den momentanen Erkenntnissen mehr als bemühen.

(B) Zu Ihrem Antrag, Frau Dr. Mathes: Sie sagten, das mit den Antennen und Mikrozellen wollten Sie geprüft haben, aber ich meine, letzten Endes hatte Ihre Bundesregierung auch die Lizenz zum Verkauf, und ich meine, es war doch jedem klar, dass Antennen kommen. Jetzt machen Sie aber wieder einen Rückschritt und sagen, jetzt müssen wir aber wieder neue Antennen prüfen, und so wollen Sie das immer weiter verhindern. Ich stelle mir das gerade vor: Zum Schluss bauen wir noch Ampeln in der Stadt auf, damit wir wieder neue Antennen darauf bekommen. Also, das kann nicht der Sinn und Zweck von so etwas sein!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sagen, dass die Strahlungen öffentlich zugänglich gemacht werden müssen, dann muss man aber auch sagen – –.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Strahlung muss öffentlich zugänglich werden?)

Nein, die Messwerte müssen öffentlich zugänglich gemacht werden! Dann muss man aber auch alle Messwerte haben, dann bitte auch alle Strahlungen einfangen und auch sehen, was strahlen andere Geräte, andere Sendeanlagen aus. Dann kann man Vergleiche ziehen, und dann kann man auch Höchst-

werte nehmen, aber so, wie das in Ihrem Antrag steht, so können wir das nicht sehen. (C)

Zu diesem medizinischen Forschungsprogramm: Sie haben eben gerühmt, dass die Bundesregierung Geld zur Verfügung gestellt hat, um weitere Forschung zu betreiben, aber dann ist es auch letzten Endes die Bundesregierung gewesen, die die Lizenzen versteigert hat, und dann sollte man von dort aus bitte auch weiterhin die Untersuchungen dazu machen.

Eines wollte ich noch zum Schluss sagen: Sie reden hier immer vom Bürgerwillen, der nicht beachtet wird. Wenn Sie auf der Beiratssitzung in Borgfeld gewesen wären, wo die überschwemmten Wiesen sind, da ist auch der Beiratswille von Ihrer Seite nicht beachtet worden. Ich denke, wir müssen alle daran arbeiten, dass wir einen vernünftigen Zusammenhang finden und dass wir dann auch vernünftige Lösungen finden, aber das können wir leider nicht mit Ihrem Antrag machen. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Also, Herr Kollege Imhoff, von Mobilfunkmasten auf Überschwemmungsgebiete zu kommen, das ist eine Kunst! (D)

(Beifall bei der SPD – Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Das schafft sonst nur Herr Eckhoff! – Zuruf von der CDU:
Zum Bürgerwillen!)

Aber wir bleiben einmal lieber bei UMTS! Bürgerwille, die Bürger wollen auch alle mit dem Handy telefonieren, ich glaube, da treffen wir wieder zusammen!

Wir debattieren heute einen Bericht des Senats zum Ausbau des Mobilfunknetzes, den wir auch hier in der Bürgerschaft vor einem guten Jahr angefordert hatten. Wir hatten damals mehrheitlich begrüßt, dass Bremen Pilotregion bei der Einführung von UMTS geworden ist, und den Senat gebeten, ein einvernehmliches Verfahren zur Standortfindung, das den Belangen von Umweltschutz, Gesundheit und Stadtplanung Rechnung trägt, zu entwickeln und durchzuführen. Das ist nun zum Teil geschehen.

Wir haben das von der Arbeitsgruppe des Senats vorgeschlagene Verfahren in der Bau- und in der Umweltdeputation eng begleitet, und ich kann sagen – der Bericht des Senats führt das auch aus –, dass Bremen nicht nur bei der Einführung von UMTS Vorreiter ist, sondern auch bei dem gefundenen Verfahren zur Standortsuche. Frau Dr. Mathes, wir profilieren uns eben nicht nur bei der Einführung der

(A) Technologie, sondern auch bei dem Verfahren zur Standortsuche. Vielleicht haben Sie es nicht gelesen, ich lese Ihnen das noch einmal aus der Mitteilung des Senats vor: „Das Bremer Verfahren mit breiter Öffentlichkeitsinformation und einem verwaltungsintern angewandten Prüfraster geht über das Verfahren von vielen Kommunen, die nur baurechtliche Prüfungen vornehmen, oder Ländern, die ganz auf Baugenehmigungen verzichten, hinaus.“ Ich zitiere noch einmal: „Trotz des zeit- und arbeitsintensiven Abstimmungsprozesses, welcher in der Praxis über die gemeinsamen Rahmenvereinbarungen zwischen Kommunen und Mobilfunkbetreibern hinausgeht, halten mittlerweile auch die Betreiber das in Bremen ausgewählte Verfahren für vorbildlich. Im Ergebnis besteht in Bremen ein höherer Grad an Akzeptanz.“

An dieser Stelle möchte ich hier ausdrücklich das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Planungsamt und in der Gesundheitsbehörde hervorheben, die diesen schwierigen Prozess durchgeführt und begleitet haben. Wir haben 22 Beiräte in Bremen. Teilweise waren die Leute mehrheitlich da, um vor Ort zu diskutieren und zu verhandeln. Man kann es nur noch einmal begrüßen, dass sie das in dieser Art und Weise gemacht haben. Deswegen ärgert es mich doch ein bisschen, Frau Dr. Mathes, wenn Sie hier in dem Antrag der Grünen von einem leichtfertigen Vorgehen sprechen und Sie der Regierungskoalition vorwerfen, den vorsorglichen Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu ignorieren. Das kann ich so nicht stehen lassen, und das möchte ich für die SPD-Fraktion auch zurückweisen!

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich nehmen wir die berechtigten Ängste der Bürger und Bürgerinnen ernst, Frau Senatorin Wischer hat das in der letzten Debatte auch unterstrichen. Deswegen machen wir doch so ein arbeitsintensives Verfahren, und deswegen gehen wir in die Beiräte, und wir machen es uns doch auch nicht einfach so leicht, wie es hier im Vortext Ihres Antrags suggeriert werden soll. Nicht zuletzt hat der Bund für die Lizenzen 100 Milliarden DM eingenommen. Die Mobilfunkbetreiber sind nun in der Pflicht, das Netz auch zu installieren, und wir unsererseits haben auch unseren Teil dazu beizutragen, indem wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen.

In der Baudeputation haben wir Anfang Juni, so, wie es im Verfahren auch vorgesehen war, die erste Tranche Standorte beschlossen, darunter 26 Standorte, die mit den Beiräten strittig sind. Damit können die Betreiber mit dem Aufbau des UMTS-Netzes beginnen. 26 strittige Anlagen von 600 Anlagen insgesamt, das sind knapp fünf Prozent. Wenn ich als Ingenieurin am Ende meiner Rechnung fünf Prozent von meiner Annahme abweiche, dann bin ich

äußerst zufrieden, dann war der Weg offensichtlich richtig. (C)

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion unterstützt den Senat und die federführenden Ressorts Bau und Gesundheit weiterhin bei der Fortführung dieses transparenten Verfahrens zur Standortsuche.

Nun zu dem Antrag der Grünen! Frau Dr. Mathes, irgendwie haben wir ihn ja auch erwartet, und es wird Sie auch nicht wundern, wenn wir ihn ablehnen. Herr Imhoff hat es schon ausgeführt. Zu dem Duktus des Antrags habe ich mich eben schon geäußert. Ich weiß auch nicht, was Sie sich immer vorstellen, was Baugenehmigungen nun bewirken bei der Standortsuche! Mir ist es doch allemal lieber, dass wir bei unserer geringen Personaldecke so ein kompliziertes Verfahren anwenden, so ein kommunikatives Verfahren, als wenn wir da 600 einzelne Verwaltungsakte erlassen würden.

Sie fordern für die strittigen 26 Anlagen alternative Sendetechniken. Wir haben diese 26 Anlagen nun schon beschlossen, also, dazu sind wir ja die Legislative, dass wir am Ende auch einmal etwas entscheiden, nachdem wir einen Abwägungsprozess durchgeführt haben! Wie das im Einzelnen aussehen mag, also, ich kann das jetzt gar nicht beurteilen mit diesen Mikrozellen. Das, denke ich einmal, können wir zum einen der Exekutive überlassen, zum anderen bin ich auch gern bereit, das mit Ihnen in der Fachdeputation zu diskutieren. Darüber können wir uns gern noch einmal unterhalten, aber im Landtag spare ich mir das. Ähnliches gilt für die genaue Ausrichtung der Antennen. Dass das im Übrigen in Einzelfällen auch gemacht wird, ebenso wie die Veröffentlichung der Daten im Internet, können Sie in der Mitteilung des Senats auch nachlesen. Diese Forderung läuft für mich völlig ins Leere. (D)

(Beifall bei der SPD)

Auch dürfte Ihnen nicht verborgen bleiben, dass es von Seiten der Bundesregierung auch neue Forschungsprogramme gibt, Sie haben das selbst ausgeführt, nicht zuletzt auch durch Unterstützung der Umweltsenatorin und der Gesundheitssenatorin. In Bremen ist es auch gelungen, mit der Regulierungsbehörde eine Wiederholung des EMVU-Messprogramms zu verhandeln, um eventuelle Veränderungen der Strahlungsbelastung feststellen zu können. Wie Sie epidemiologisch in zwei einzelnen Großstädten forschen wollen, das müssen Sie mir vielleicht noch einmal erklären, das habe ich nicht ganz verstanden.

Kurz: Wir lehnen Ihren Antrag ab, weil wir ihn zum einen in der Sache für überflüssig halten und weil wir ihn in der Zielrichtung, wie Ihre Einleitung formuliert ist, für eher kontraproduktiv halten bei

- (A) dem Verfahren, das wir gefunden haben. Im Gegenteil, wir unterstützen die Verwaltung weiterhin bei dem derzeitigen Verfahren, weil wir meinen, dass dieses Verfahren unseren Anforderungen an ein gesundheits-, umweltschutz- und stadtplanerisches Vorgehen erfüllt. – Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es bleibt sicher so, wie ich es bereits in der vergangenen Debatte ausführte, die ja auch diesen Bericht dann gewünscht hatte, dass UMTS in der Tat sicher ein schwieriges Thema ist, das auf der einen Seite sehr viele Sorgen und Ängste auslöst und auf der anderen Seite in der Tat aber eben auch – und diese Seite unterschlagen Sie, Frau Dr. Mathes – mit großen Erwartungen und Hoffnungen für den Technologiestandort Bremen verbunden ist. Diesen Teil sollten wir nicht gering schätzen.

Ich muss wirklich sagen, dass es mich einigermassen verärgert, wenn Sie in Ihren einleitenden Worten hier davon sprechen, dass wir mit dem Verfahren, das wir in Bremen gewählt hätten, und mit dem Bericht, den wir Ihnen vorgelegt haben, etwas suggerierten, was wir nicht getan hätten. Davon kann nun überhaupt keine Rede sein,

(B)

(Beifall bei der SPD)

sondern wir haben, meine ich, Ihnen sehr transparent auch in der Deputation dargestellt, wie das Verfahren ist, nach welchen Kriterien wir die Bewertung machen und wie wir hier dann im engen Zusammenhalt auch mit den Kolleginnen und Kollegen vom Gesundheitsressort dieses Verfahren begleiten werden.

Ich stelle noch einmal fest, Bremen ist Pilotstandort für die UMTS-Einführung, und das bedeutet, dass wir in einem relativ kurzen Zeitraum ein betriebsfähiges UMTS-Netz in der Stadt aufbauen müssen. Damit war eine ja sehr hohe Erwartungshaltung an unser Haus aufgebaut, und ich freue mich eigentlich und bin dankbar, dass das von den übrigen Rednern auch festgehalten worden ist, dass es gelungen ist – und ich unterstreiche, dass es gelungen ist! –, diesen Spagat hinzubekommen zwischen einerseits der Erwartungshaltung, nun diese Standorte zu benennen, und auf der anderen Seite unter sensibler Beachtung gerade der Bürgersorgen dies dann auch so auf den Punkt zu bringen, wie wir es dann endlich in der Deputation auch getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Man muss doch auch schlicht und einfach feststellen, dass es natürlich immer wieder, wenn man einen Standort auswählt, Ängste und Sorgen in der Diskussion mit der Bevölkerung gibt, aber dass es gleichzeitig doch gelungen ist, eigentlich die Bürgerproteste vergleichbar zu anderen Städten und Kommunen hier auf eine relativ geringe Anzahl zu reduzieren, weil wir in allen anderen Beiräten überzeugend darstellen konnten, wie wir uns das eigentlich vorstellen.

(C)

Wir haben eine intensive Öffentlichkeitsarbeit gemacht, und wir haben im Vorfeld der Standortwahl, finde ich, ein Verfahren betrieben, das doch sehr objektiv darstellt, wie sich die Bilanzen der Einzelstandorte darstellen. Wenn man sich das anschaut, dann kann man sagen, das Prüfraster, das wir uns auferlegt hatten zur Bewertung von Standorten, ist weitgehend eingehalten worden. Auch das, was wir uns als Maßstab gesetzt haben, ist weitgehend eingehalten worden. Dass in der Tat einige Standorte strittig geblieben sind bezogen auf die Bürgerinitiativen, will ich gar nicht leugnen, das ist aber wahrscheinlich auch nicht zu vermeiden. Zum Teil hat es sich dabei im Übrigen, das haben Sie vergessen zu sagen, auch um Standorte gehandelt, die gar keine neuen Standorte sind, sondern das waren schon bestehende, die dann diskutiert worden sind.

Meine Bilanz ist anders als Ihre. Ich denke, es lässt sich feststellen, dass das in Bremen gewählte Verfahren tatsächlich erfolgreich ist und sich so, wie wir es Ihnen auch in der Mitteilung des Senats dargestellt haben, in der Sache bewährt. Auch die Betreiber, das muss im Übrigen auch noch einmal gesagt werden, die anfänglich mit einer derart hohen Bürgerbeteiligung und weit über die gesetzlichen Maßnahmen der sechszwanzigsten Bundes-Immissionsschutzverordnung hinausgehenden, also weitergehenden Suchkriterien, die wir aufgestellt haben, keineswegs einverstanden und überhaupt nicht erfreut waren, sagen jetzt selbst, wir sind eigentlich damit zufrieden, dass wir dieses Verfahren haben, zumal derzeit eben weit über 50 Prozent der Standortwünsche aller Betreiber auch realisiert werden können.

(D)

Die Betreiber haben uns versichert, dass ein derartig breites Verfahren, wie sie es in Bremen erlebt haben, im Vorfeld von Standortaushandlungen bisher in keiner anderen Kommune – jedenfalls soweit mir bekannt ist – im norddeutschen Raum überhaupt je stattgefunden hat wie hier in Bremen. In der Regel wird nämlich, nachdem der Standortplan mit der Behörde abgestimmt ist, einmal eine große Öffentlichkeitsveranstaltung gemacht und die Öffentlichkeit dann vor vollendete Tatsachen gestellt. Das ist in Bremen völlig anders gelaufen, und ich denke, darauf können wir auch mit Zufriedenheit verweisen.

(Beifall bei der SPD)

- (A) Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass wir für den Netzstart fast alle Standorte realisiert haben. Ein Testbetrieb soll von den einzelnen Betreibern ab 1. Oktober 2002 durchgeführt werden. Noch lässt sich nicht genau absehen, wie viele Standorte für diese erste Betriebsphase benötigt werden, da einzelne Unternehmen, wie Sie auch aus der Presse entnehmen konnten, ihre Bemühungen im Bereich UMTS derzeit etwas zurückgestellt haben. Obwohl wir jetzt im Augenblick, wenn man so will, Bergfest feiern könnten, da mehr als die Hälfte aller Standorte genehmigt ist und ein Netzstart laut Angaben der Betreiber, wie gesagt, zumindest für die Testphasen möglich ist, muss in der Tat noch eine Reihe von Standorten gefunden werden. Es ist natürlich so, dass wir in der Vergangenheit zunächst, jedenfalls im überwiegenden Maße, über einfachere Standorte geredet haben und es jetzt um kompliziertere Standorte gehen wird oder um Standorte in Stadtteilen, wo möglicherweise Probleme dadurch entstehen.
- Ich gehe davon aus, dass wir hier für die weiteren Beratungen genauso fortfahren, wie wir es begonnen haben, nämlich dass wir in intensive Beratungen mit den Beiräten gehen, die im Herbst stattfinden, und hier Möglichkeiten und Wege suchen, dass auch möglichst viele derjenigen Bürgerinnen und Bürger, die geeignete Häuser haben, sich dann bereit finden, solche Standorte auch anzubieten, damit man nach unserem Prinzip der Suchkriterien auch tatsächlich ideale Standorte finden kann.
- (B) Zu den Öffentlichkeitsarbeitsthemen möchte ich im Übrigen noch einmal sagen: Um überhaupt diesen transparenten Prozess auch weiterhin unterstützen zu können, es ist schon angesprochen worden, haben wir eine aktualisierte Karte aller genehmigten Standorte und der Standortwünsche erarbeitet, die Sie auch einsehen können. Diese Karte wird auch den Beiräten zugehen und besprochen werden können. Sie wird weiterhin im Internet dargestellt werden, wobei auch hier zusätzliche Sachinformationen zur Verfügung gestellt werden sollen. Um diese Prozesse in der Öffentlichkeit weiter zu unterstützen, hat sich der Wirtschaftssenator bereit erklärt, weitere Modellrechnungen und Ausbreitungsberechnungen von Länderanlagen zu finanzieren.
- Insgesamt darf ich mich für die hier gute Zusammenarbeit im gesamten Verfahren, insbesondere auch mit dem Gesundheitsressort, bedanken. Nur so war es tatsächlich möglich, ein so umfangreiches Messprogramm durchzuführen, wie es kommen soll, das eine Reihe von exemplarischen Standorten untersucht. Des Weiteren ist es möglich, für sehr geringe Tarife Einzelmessungen für das Gewerbeaufsichtsamt durchführen zu lassen, und darüber hinaus ist mit der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post ein dichtes Netz von Dauermesspunkten vereinbart worden. Ich gehe davon aus, dass wir auch in diesem Bereich, was die Messungen angeht, das für Bremen Mögliche tun und initiiert haben.
- Selbstverständlich nutzen wir dann auch diese Messergebnisse, die uns neue Erkenntnisse bringen, und die oben angesprochenen Ausbreitungsberechnungen auch, um dann die noch unterzubringenden Standorte in diesem Rahmen bewerten zu können. Ich erwähnte es bereits, es handelt sich hier eher um eine schwierig unterzubringende Restmenge, die wir dann natürlich möglichst optimal in den Stadtteilen darstellen wollen.
- Ich bin sehr sicher, meine Damen und Herren, dass dies auch unter weitergehender Berücksichtigung der Bürgerinteressen gelingen kann, von denen Sie gesprochen haben, wenn wir weiterhin eine so gute Zusammenarbeit zwischen Beiräten und Behörden gewährleisten können, wie wir sie gehabt haben, und davon gehe ich aus. – Vielen Dank!
- (Beifall bei der SPD und bei der CDU)
- Vizepräsident Ravens:** Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.
- Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte erst einmal klarstellen, dass sich vor allen Dingen die Punkte eins und zwei unseres Antrags auf die strittigen Anlagen bezogen und beziehen und dass sich hier weiterhin verweigert wird, entsprechende Optimierungen vorzunehmen. Das finden wir an dieser Stelle auch falsch.
- (D) Der zweite Punkt ist, Frau Kummer, es ist definitiv nicht so, dass die Daten, die benötigt werden, um mit der Ausrichtung der Antennen eine Optimierung hinsichtlich der Strahlenbelastung in Daueraufenthaltsbereichen zu realisieren, im Internet stehen. Es ist sogar so, dass man an die gar nicht herankommt, und es ist so, dass einzelne Beiräte mittlerweile versuchen, sogar mit ihren Globalmitteln solche Gutachten in Auftrag zu geben, die durch Ausrichtung der Antennen dann eine Verbesserung der Situation herbeiführen. Dies gelingt nicht, weil die Daten nicht verfügbar sind.
- Das ist übrigens eine Forderung, die von vielen Kommunen erhoben wird. Ich bin da also gut im Boot, parteiübergreifend mit Kommunen unterschiedlicher Regierungscouleur, die genau das fordern, nämlich zu sagen: Bitte schön, es geht hier um Umweltinformationen, es geht um Informationen, die wichtig sind im Sinne eines Gesundheitsschutzes, und die müssen bitte schön auch zur Verfügung stehen, so dass man sie dann, ohne überhaupt das Ziel der Einführung der Technologie zu beeinträchtigen, anwenden kann, um eine Verbesserung zu erreichen.
- Ein weiterer Punkt: Herr Imhoff, Sie haben wunderschön dargelegt, warum es eigentlich wichtig ist, auch die dritte Forderung unseres Antrags zu realisieren, ein epidemiologisches Forschungsprogramm zu machen: weil wir uns nämlich hier im Bereich der

(A) Ungewissheit befinden! Wir kennen definitiv die gesundheitlichen Auswirkungen nicht. Wir werden sie aber zu spät erfahren, wenn es sie gibt, was ich auch gar nicht hoffe, wenn sich die Studien dann bestätigen. Wir können aber doch nicht nach der Vogel-Strauß-Methode den Kopf in den Sand stecken und sagen, es wird schon alles gut gehen, sondern wir müssen alles tun, wenn es sich wirklich bestätigen sollte, dass die Hinweise sich manifestieren, dass wir das dann auch erkennen und als Gesellschaft entsprechend korrigierend eingreifen können. Das ist doch die originäre Verantwortung dieses Hauses.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein letzter Punkt: Epidemiologische Forschung ist sehr wohl möglich. Ich habe in diesem Zusammenhang mit mehreren Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen gesprochen, die Epidemiologen sind, und ich glaube, dass man denen vertrauen kann, wenn sie sagen, wir könnten und würden das gern machen. Warum man so etwas nicht aufgreift, ist für uns Grüne nicht verständlich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

(B) Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1240 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmhaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/1230, Kenntnis.

Meine Damen und Herren, wir haben noch zwei Tagesordnungspunkte. Wir haben interfraktionell vereinbart, diese beiden Punkte ab 14.30 Uhr aufzuzuführen. Damit können wir in die Mittagspause gehen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.47 Uhr)

*

Vizepräsident Dr. Kuhn eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr. (C)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich darf zunächst auf der Besuchertribüne recht herzlich eine Gruppe vom Bürgerverein Findorff begrüßen. – Herzlich willkommen!

(Beifall)

Gesundheitspolitik des Bundes und die Auswirkungen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 15. August 2002
(Drucksache 15/1218)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Röpke, ihr beigeordnet Staatsrat Dr. Knigge.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung kann die Mehrheit der Fragesteller eine Aussprache über die Große Anfrage verlangen, wenn der Senat innerhalb der Frist nicht antwortet. Die Fraktionen der CDU und der SPD als Fragesteller haben um eine Aussprache gebeten.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dreyer. (D)

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute die Große Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema „Gesundheitspolitik des Bundes und die Auswirkungen im Land Bremen“ ohne eine Antwort des Senats. Das ist nach der Pisa-Debatte nicht mehr so ungewöhnlich, wie es vielleicht auf den ersten Blick erscheinen mag,

(Abg. Frau **H a m m e r s t r ö m** [SPD]: Also, das ist ja eine Frechheit, was Sie da sagen! Sie haben die Antwort doch abgelehnt!)

denn richtig ist, meine Damen und Herren, dass die Koalitionspartner – Sie können sich ja gleich melden, Frau Hammerström! – zum Thema Gesundheitspolitik in Bremen und Bremerhaven noch in einigen Punkten sehr unterschiedliche Vorstellungen haben, die wir aber, genau wie in der Bildungspolitik geschehen, einigen werden.

(Unruhe)

Wir werden uns, meine Damen und Herren, als Koalition nicht nur verständigen, weil Verständigung in allen wichtigen Punkten diese Koalition auszeich-

(A) net, sondern wir werden uns verständigen, weil die Menschen in Bremen und Bremerhaven das wichtige Thema Gesundheit kompetent und zukunftsorientiert gelöst wissen wollen.

(Beifall bei der CDU – Unruhe – Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Ich wollte um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit und Ruhe bitten. – Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Danke, Herr Präsident!

Für die CDU-Fraktion ist klar, das Gesundheitsthema wird im Sinne der Versicherten und der Patienten in unseren beiden Städten gelöst, denn die Patienten und die Versicherten stehen im Mittelpunkt der Debatte, und dies ist in der letzten Zeit auf der Bundesebene leider völlig in den Hintergrund getreten.

(Beifall bei der CDU)

Dort ist die Debatte ausschließlich auf der Ebene Internet-Apotheke, aut-idem, Fallpauschalengesetz, Risikostrukturausgleich und Disease-Management angelangt und wird von dem Bürger in keinem Punkt mehr verstanden. Darum brechen wir heute diese Begriffe auf unsere beiden Städte herunter und gehen der Frage nach: Was heißt das konkret für die Menschen in unseren beiden Städten? Dabei ist der Kurs für die CDU-Fraktion klar, und ich skizziere diesen gern als Einstieg in die Debatte.

(B)

Erstens: Die CDU-Fraktion wird sich im weiteren Verlauf der anstehenden Entscheidungen zur Gesundheitspolitik in unseren beiden Städten darauf konzentrieren, dass die hohe medizinische Qualität in allen Häusern erhalten und ausgebaut wird.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Die CDU-Fraktion wird nicht tatenlos zusehen, wie Arbeitsplätze im medizinischen und pflegerischen Bereich in den Häusern alternativlos abgebaut werden.

(Beifall bei der CDU)

Drittens, meine Damen und Herren, die CDU wird kein lineares Fortschreiten der Krankenhauspolitik der Gesundheitsbehörde mittragen, weil durch das neue Abrechnungssystem in den Kliniken ein Quantensprung zu leisten ist. Dieser neue Quantensprung braucht eine neue Vision, und diese Vision hat keinen Raum mehr für die Mangelverwaltung, die durch die Gesundheitsbehörde mit dem Entwurf des Landeskrankenhausplans dokumentiert worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Mit dieser Einführung, meine Damen und Herren, sind wir bereits mitten im Thema. Neue Abrechnung nach Fallpauschalen oder auch DRG hat die Bundesregierung beschlossen, und dies hat direkte Auswirkungen auf die Kliniken in Bremen sowie in Bremerhaven. Zwei Krankenhäuser haben an den szenarischen Fallpauschalenberechnungen mitgewirkt und sind zu den erwarteten Ergebnissen gekommen, die bereits in einer Fülle von vorliegenden Studien und Befragungen prognostiziert worden sind. Während ein Krankenhaus mit einem kardiologischen Schwerpunkt mit den Fallpauschalen wirtschaftlich dem bisherigen System gleichgestellt bleiben wird, wird ein anderes Krankenhaus mit einer großen Chirurgie und einer sehr gut ausgebauten Inneren Medizin es wirtschaftlich schwer bis dramatisch haben. Die bislang errechneten Szenarien machen erschreckend deutlich, wie stark der Finanzrahmen eingeschränkt werden wird. Wenn diese Klinik dann auch noch den Nachteil eines Krankenhauses in Pavillonbauweise zu kompensieren hat und über keine nennenswerten Rücklagen verfügt, wird deutlich, wie existenzbedrohend das neue Fallpauschalensystem sein wird.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, am Patienten wollen und können die Kliniken nicht sparen, denn sparen an der medizinischen Leistung heißt beim heute gut informierten, kritischen und gottlob selbstbewussten Patienten, da gehe ich nicht mehr hin, und das heißt neue Verluste. Was also bleibt, ist der Personalabbau, der sich rapide fortsetzen wird. So kündigt die Deutsche Krankenhausgesellschaft in ihrer Presseerklärung vom Montag dieser Woche den Ausstieg aus dem Bundesangestelltentarif an und fordert einen entsprechenden Spartentarifvertrag, in dem Kindergeldzuschläge, Ortszuschläge und Weihnachtsgeld nicht mehr vorkommen. Was dies für das Gehalt der Krankenschwester bedeutet, kann sich jeder in diesem Hause mühelos ausrechnen.

(D)

Meine Damen und Herren, diese Gesundheitspolitik des Bundes und diese Auswirkungen auf das Land werden von der CDU nicht unterstützt, und zwar in keinem Punkt!

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern die Bundesregierung auf, Fallpauschalen nicht ohne Differenzierung einzuführen, sondern die spezifischen Probleme der einzelnen Kliniken zu berücksichtigen und vor allen Dingen, und das ist wichtig, meine Damen und Herren, Übergangszeiten einzuräumen, die es dann ermöglichen, Schritt für Schritt zu neuen und für die Zukunft tragfähigen Lösungen zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Hier muss das Land Bremen, vertreten durch Frau Senatorin Röpke, auf der Gesundheitsministerkon-

- (A) ferenz aktiv werden, und zwar sofort, und dazu fordert die CDU heute auf.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen aber nicht die Probleme ausschließlich auf die Bundesebene zurückverlagern, meine Damen und Herren, sondern die CDU-Fraktion erwartet gleichzeitig, dass die Gesundheitssenatorin endlich das immer wieder eingeforderte Konzept vorlegt, das dem Gesundheitsstandort Bremen und Bremerhaven eine tragfähige Zukunft eröffnet. Dafür fordern wir Visionen und keine Mangelverwaltung als lineare Fortschreibung im Krankenhausplan.

(Beifall bei der CDU)

Das ist bekannt, das haben wir immer wieder gefordert, und darauf werden wir auch drängen.

- (B) Die Einführung der Fallpauschalen im stationären Bereich hat aber noch ein weiteres völlig ungeklärtes Problem, meine Damen und Herren. Durch die von der Bundesregierung gewünschte Verkürzung der Aufenthaltszeiten der Patienten in den Kliniken werden die Patienten leider nicht schneller gesund. Sie werden einfach nur schneller entlassen und benötigen dann im ambulanten Bereich durch den niedergelassenen Arzt und durch die Pflegedienste die entsprechende weitere Behandlung. Doch hier hat die Bundesregierung leider überhaupt keine Regelung getroffen, wie diese Behandlung denn abgesichert werden soll. Die Fallpauschalen gelten nur für die Kliniken, meine Damen und Herren, beim niedergelassenen Arzt regiert weiter das gedeckelte Budget, und wenn dies aufgebraucht ist, gibt es keine Möglichkeiten für dringend nötige ärztliche Behandlung mehr.

Den Bereich der häuslichen Krankenpflege haben wir hier im Hause ausführlich diskutiert, meine Damen und Herren, und der Senat hat auf die damalige Anfrage der CDU die Mängel und die bestehenden Versorgungslücken deutlich dokumentiert. Diese Versorgungslücken bestehen fort, denn eine angekündigte Verhandlung des Gesundheitsressorts mit den Kassen hat bis zum heutigen Tage diese Versorgungslücke nicht geschlossen.

Meine Damen und Herren, der Patient wird also zukünftig aus der stationären Behandlung früher als bislang entlassen, findet aber im ambulanten Bereich kein Versorgungsnetz, das ihm eine adäquate Weiterbehandlung garantiert. Hier setzt die Bundesregierung sowie auch die Bremer Gesundheitssenatorin darauf, dass der steigende Bedarf an häuslicher Pflege sich aus der Pflegeversicherung finanziert, wohlwissend, meine Damen und Herren, dass die Pflegeversicherung dafür nicht zuständig ist und dass sich die Pflegeversicherung bereits jetzt in finanzieller Bedrängnis befindet.

Die Bundesregierung hat leider schon jetzt Kosten in die Pflegeversicherung verlagert, die im System nicht eingestellt worden sind. Das heißt kurzfristig, die Beiträge für die Pflegeversicherung werden steigen, oder der Mangel wird weiterhin hingenommen. Beide Möglichkeiten wird die CDU nicht akzeptieren. Auch darauf haben wir in mehreren Debatten hingewiesen, in der Deputation sowie hier im Hause. Eine Reaktion des Gesundheitsressorts ist bislang nicht erfolgt, und die Bundesregierung hat es bislang weiter versäumt, entweder die Fallpauschalen auf den ambulanten Bereich zu übertragen oder das gedeckelte System im niedergelassenen Bereich aufzuheben. Beides geht deutlich zu Lasten der Patienten, und beides findet nicht die Zustimmung der CDU.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, eine weitere Fragestellung kommt auf die Krankenhäuser zu, die von den Häusern nicht bewältigt werden kann und zu der die Gesundheitsbehörde noch keine Strategie entwickelt hat: das EuGH-Urteil und die damit verbundenen Bereitschaftsdienste, die in reguläre Arbeitszeiten umgewandelt werden sollen! Inzwischen haben deutsche Gerichte das Urteil des Europäischen Gerichtshofes bestätigt, das Landesarbeitsgericht Kiel hat bereits vor einigen Monaten erneut das EuGH angerufen mit der Fragestellung, ob das Urteil auch in Deutschland Rechtskraft besitzen soll. Alle Signale weisen darauf hin, dass es so sein wird. Das Urteil wird in Kürze vorliegen.

Meine Damen und Herren, die Frage, was das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Bremen bedeutet, wurde im Krankenhausausschuss durch die CDU mehrfach gestellt und blieb genauso häufig ohne Antwort. Eine der großen Kliniken in Bremen hat bereits gerechnet und kam zu folgendem vorläufigen Ergebnis: Beim Wegfall der Bereitschaftsdienste und der damit verbundenen Einführung eines Dreischichtensystems müssten in diesem Haus rund 70 neue Ärzte eingestellt werden. Das bedeutet ein Kostenvolumen von pro Jahr rund zwei Millionen Euro, ein Volumen, meine Damen und Herren, das außerhalb jeder wirtschaftlichen Möglichkeit der Kliniken steht und über das mit den Kostenträgern längst das Gespräch gesucht werden müsste.

Übrigens, meine Damen und Herren, bundesweit müssten 15 000 neue Ärzte eingestellt werden, die es aber völlig unabhängig von den Kosten gar nicht gibt. Es fehlen zurzeit 1800 Fachärzte und Fachärztinnen, und auch in Bremen und Bremerhaven ist das bereits deutlich zu spüren. In der kardiologischen Fachklinik sind über mehrere Monate freie Arztstellen unbesetzt geblieben, weil trotz intensiver Suche keine Bewerber am Markt zu finden waren. Der Mangel konnte in diesem Haus jetzt aktuell, Gott sei Dank, behoben werden, doch weitere Stellen in den unterschiedlichen Disziplinen sind ausgeschrie-

(C)

(D)

- (A) ben und warten auf geeignete Bewerberinnen oder Bewerber, die es zurzeit am Markt nicht gibt.

Die Bundesregierung hält allerdings auch vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, an den Zugangsbeschränkungen im Studienbereich Medizin fest, weil sich ja rein rechnerisch keine Lücke ergibt. Das ist allerdings nur rechnerisch der Fall, weil faktisch jeder zweite ausgebildete Mediziner den Arztkittel an den Nagel hängt. Sie gehen in den medizinischen Dienst der Krankenkassen, in die Pharmaindustrie und in die medizintechnischen und -technologischen Bereiche, nicht nur, meine Damen und Herren, weil sie da gut verdienen, sondern vor allem deshalb, weil der Arzt und die Ärztin immer weniger das tun können, wofür sie sich eigentlich haben ausbilden lassen: für die Patienten eine gesicherte Diagnostik betreiben, eine entsprechende Therapie verordnen und diese verantwortungsbewusst begleiten.

- (B) Auch hier ist der Patient in den Hintergrund geschoben worden, und an die Stelle der bewährten Arzt-Patienten-Beziehung rückt jetzt die überbordende Bürokratie aus Leitlinien, ICD-Verschlüsselung, DRG-Kurzbehandlungsprogramm mit unvorhersehbaren Kostenfallen in den Häusern und den vorhersehbaren Versorgungslücken im ambulanten Bereich. Die Flucht der Ärzte aus ihrem Wunschberuf, für die lange Ausbildungszeiten eingebracht worden sind, ist eine deutliche Reaktion auf diese Bürokratisierung. Der Arzt im Praktikum ist der Leidtragende, meine Damen und Herren. Bei schlechter Bezahlung werden dort neben den Bereitschaftsdiensten noch jede Menge weiterer Überstunden geleistet, die ausschließlich in Bürokratie investiert werden.

Weil dies bekannt ist, sind auch die Gewerbeaufsichtsämter als staatliche Durchsetzungsmacht für die Einhaltung von gesetzlichen Arbeitszeiten in den Kliniken bislang noch nicht gesichtet worden. Was sollen sie dort auch ausrichten, meine Damen und Herren? Wenn es keine Mittel zur Änderung einer lange bekannten Situation gibt, dann kann auch das Gewerbeaufsichtsamt nicht wirklich etwas bewirken.

Die Marschrichtung für Kliniken hat der Staatsrat für Gesundheit auf der Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen im März 2002 deutlich vorgegeben. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten Herrn Dr. Knigge: „Weder Arbeitgeber noch Gewerkschaften haben für weitere Beitragserhöhungen Verständnis. Wenn mehr Geld zur Finanzierung der ärztlichen Leistung im Krankenhaus eingefordert wird, muss dies im System an anderer Stelle eingespart werden.“

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Genau!)

Wo im System, das lässt Dr. Knigge leider offen, Lösungsvorschläge werden den Häusern nicht unterbreitet.

(C)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung beschäftigt sich leider auch nicht mit dem Thema der europäischen Angleichung der Ausbildungszeiten für den Facharzt für Allgemeinmedizin. Die Verkürzung der Ausbildungs- und Weiterbildungszeiten wird hingenommen, um ein zugegeben schwieriges Verfahren auf EU-Ebene zu verhindern. Dass mit dieser Verkürzung auch die Qualitätsminderung in der ärztlichen Ausbildung hingenommen wird, wird leider nicht diskutiert und auf EU-Ebene auch nicht problematisiert.

Das ist besonders widersprüchlich deshalb, weil immer wieder die politische Forderung an die Ärzte gestellt wird, die Qualität zu verbessern, und zwar durch die Bundesregierung, aktuell hier die Leitliniendebatte, sowie in die Aus- und Fortbildung zu investieren. Das ist ja gerade gestern kraftvoll zum Thema ADHS in der Debatte von Frau Hoch von den Grünen gefordert worden. Auch dass extern kontrollierte Qualitätsstandards zu garantieren sind, wird am Beispiel Brustkrebsscreening von allen Parteien gefordert. Wenn man dann allerdings gleichzeitig die Ausbildungszeiten verkürzt, tun sich Fragen auf, die bis heute nicht beantwortet worden sind!

(Beifall bei der CDU)

(D)

Hier, meine Damen und Herren, ist also ein dringender Handlungsbedarf der Bundesregierung auf der EU-Ebene gefordert, der leider bislang nicht erkennbar ist. Stattdessen wird eine gigantische Geldverteilungsmaschinerie mit dem schönen Namen Risikostrukturausgleich angeworfen. Das ist der Finanzausgleich zwischen den gesetzlichen Krankenkassen, in dem inzwischen mehr Geld umverteilt wird als im gesamten Länderfinanzausgleich zwischen allen Bundesländern.

Damit sich diese Umverteilungsmaschinerie auch begründen lässt, denn bei den Versicherungsbeiträgen ist es ja nicht mehr der Fall, die sind ja gestiegen und werden weiter steigen, wird jetzt das Disease-Management erfunden. Das ist die Behandlung von chronisch Erkrankten nach festgelegten Leitlinien, meine Damen und Herren. Diese Leitlinien sind inzwischen von der Bundeskassenärztlichen Vereinigung abgelehnt worden, weil erneut viele Dinge handwerklich unscharf und missverständlich von der Bundesregierung auf den Weg gebracht worden sind.

Ich will mich nicht mit dem Eingriff in die garantierte Therapiefreiheit des Mediziners und der Medizinerin aufhalten, meine Damen und Herren, doch die Frage, was denn mit den persönlichen Daten der Patienten passiert, muss doch wohl vorher zweifelsfrei geklärt sein, ein Datenschutzkonzept fehlt aller-

(A) dings. Auch die Frage, was denn mit dem Patienten geschieht, der die vereinbarten Therapieziele nicht erreicht, ist an dieser Stelle mehr als angebracht. Auch hier ist eine notwendige Klarstellung bislang immer noch nicht erfolgt. Bei Teilnahme am Disease-Management gibt sich der Versicherte mit seinen gesamten persönlichen Daten und durch die festgelegten Therapieziele in vollem Umfang in die Hand seiner Krankenkasse.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Und jetzt seines Arztes!)

Ob dies richtig ist, mit dieser Frage wird der Versicherte allerdings allein gelassen. Beurteilen wird er das allerdings nicht können, meine Damen und Herren, dafür sorgt schon die Bezeichnung Disease-Management.

Meine Damen und Herren, für die erste Runde ziehe ich folgendes Fazit: Sämtliche Baustellen der Bundesregierung im Gesundheitssystem, die unter Schlagworten wie Positivlisten, aut-idem, Fallpauschalen, Disease-Management oder Internet-Apotheke laufen, sind heftig umstritten, und viele dieser Vorschläge werden sich als nicht haltbar erweisen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Das ständige Vor und Zurück in der Gesundheitspolitik hat inzwischen alle Leute zur Abwehr getrieben, und zwar fast alle Teilnehmer im System, die da sind Ärzte, Apotheken, Krankenhäuser, private und gesetzliche Kassen, die Pharmaindustrie, vor allen Dingen die Beitragszahler und die Patienten. Mit dem von der Bundesregierung geschaffenen Sparschweinpatienten, meine Damen und Herren, ist in diesem System nichts zu holen.

(Beifall bei der CDU)

Noch ein letzter Satz zu den Kolleginnen und Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen, die in ihrem Redebeitrag wahrscheinlich gleich darauf hinweisen werden, die CDU hat eine Oppositionsrede gehalten. Dies bestätige ich schon einmal gern und vorab, und zwar deswegen, meine Damen und Herren, weil Sie als Opposition Bündnis 90/Die Grünen nicht nur bei der Gesundheitspolitik in diesem Parlament völlig ausfallen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb übernehmen wir an dieser Stelle gern Ihren Part.

(Lachen bei der SPD – Glocke)

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident!

Ich denke, wir werden uns weiterhin kritisch mit der Gesundheitspolitik beschäftigen in der Deputation sowie hier auch im Hause, meine Damen und Herren. Ich bin mir aber sicher, dass auch unser Koalitionspartner vernünftige, tragfähige Lösungen mit uns gemeinsam im Sinne der Menschen unserer beiden Städte erarbeiten wird.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Nun nicht mehr!)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Nächster Redner ist der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich war doch sehr überrascht, was ich so von Frau Dreyer hörte, denn vor vier Wochen hatten wir dieses Thema diskutiert. Ich weiß nicht, hat sie vielleicht die Rede heute verwechselt?

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Aber vor vier Wochen hatten wir schon das Gleiche besprochen, und sie sagte, wir hatten keine Antwort vom Senat. Soweit ich weiß, gab es eine Antwort vom Senat, aber mit dieser war sie anscheinend nicht zufrieden, deswegen können wir heute über das Thema nicht genau an den Punkten entlang diskutieren. Ich meine, wir sollten im Krankenhausausschuss und in der Deputation zu diesen Themen diskutieren, denn dort sind wir ja mittendrin. Wir haben die Krankenhausplanung dort schon besprochen, wir haben auch Themen vertieft und Verbesserungen hingetragen. Ich denke, der Diskussionsprozess läuft. Ich weiß deshalb nicht, was die Diskussion heute soll!

(Beifall bei der SPD)

Aber nun zur Sache, zur Bundespolitik! Welches Erbe haben wir nach 1998 vorgefunden? Die gesetzliche Krankenversicherung war unter Seehofer in einer schlechten Verfassung.

(Abg. F o c k e [CDU]: Na, na!)

Die Patienten waren durch Zuzahlungen höher belastet. Leistungen wurden ausgegrenzt, ich denke nur an den Zahnersatz für junge Leute, oder eingeschränkt, zum Beispiel Kuren und Reha-Maßnahmen. Wir kennen ja noch den Spruch, der klingt uns ja heute noch in den Ohren, vom staatlich finanzierten Bauchtanzkurs auf Ibiza, da hat sich Seehofer lustig gemacht.

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Scharping ist dort immer hingefahren!)

(C)

(D)

(A) Seehofer war auch der Erfinder des Krankenhausnotopfers, das haben viele von uns heute schon vergessen. Da wurden die Versicherten ebenfalls zur Kasse gebeten. Auch die Beiträge stiegen von 1995 bis 1998 in der gesetzlichen Krankenversicherung um 0,47 Prozent, dagegen von 1998 bis heute um 0,36 Prozent, da gibt es doch Unterschiede in der ganzen Gesundheitspolitik. Trotz Leistungsverbesserung unter Rotgrün, also die Prävention, Zahnersatz und so weiter, Zuzahlungsabsenkungen, verbesserte Härtefallregelungen gibt es heute für chronisch Kranke, gab es geringere Steigerungsraten. Das muss man einmal festhalten!

(Beifall bei der SPD)

Die Zuzahlungen betragen von 1998 bis 2000 3,5 Milliarden Euro, im Gegensatz zu Seehofers Zeit von 5,4 Milliarden Euro. Die Zuzahlungen waren auf jeden Fall sehr viel höher. Dieser Herr Seehofer will nun unser Gesundheitssystem retten, obwohl er von 1992 bis 1998 gescheitert ist und damals selbst gesagt hat: „Der Gesundheitsbereich ist ein Wasserballett im Haifischbecken.“

Meine Damen und Herren, bei dieser Wahl geht es um eine dramatische Richtungsentscheidung im Gesundheitsbereich. Wir als Sozialdemokraten sind die Partei, die am solidarischen Prinzip der Gesundheitsversorgung festhalten will.

(B) (Beifall bei der SPD – Abg. Frau Hammerström [SPD]: Recht hat er!)

Die FDP, der Partner der CDU, will die totale Privatisierung, sie will die Arbeitgeberanteile auszahlen, keine Qualitätsüberprüfung und Möllemann als Gesundheitsminister. Das hört sich vielleicht gut an für einige junge Leute, die gesund sind, aber auf Dauer wird eine derartige Politik dramatische – –.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Möllemann ist doch nur Koalitionspartner! – Zurufe von der SPD)

Klären Sie erst einmal, ob Herr Späth überhaupt im nächsten Kabinett ist!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Herr Späth macht ja auch schon die ersten Rückzieher. Klären Sie erst einmal Ihre Sachen! Sie waren sich viel zu sicher, Sie haben schon die Posten verteilt, ohne überhaupt gewonnen zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Wie gesagt, das hört sich vielleicht gut an für junge gesunde Leute, aber auf Dauer wird eine derartige

(C) Politik dramatische Auswirkungen auf alte Kranke, auf den Sozialhilfeetat und die Steuerbelastungen haben.

Bei der CDU ist dieser Prozess schleichend. Sie will zunächst nur die Aufteilung in Grund- und Wahlleistungen, Selbstbeteiligung, Kostenerstattung und Beitragsrückgewähr. Mir hat allerdings noch niemand, auch auf den verschiedenen Podiumsdiskussionen nicht, erklären können, was eigentlich diese Grund- und Wahlleistungen sind.

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: Da waren Sie auch nie!)

Frau Dreyer, Sie sind immer eher gegangen, das ist das Problem!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Diese Wahlleistungen sollen über eine Zusatzversicherung laufen. Ich frage mich, das ist ganz problematisch, sollen Leute mit versicherten Grundleistungen bei Bewerbungen um einen Job eventuell eher genommen werden, weil sie vielleicht weniger Krankenversicherungsbeiträge zahlen und eventuell zu diesem Zeitpunkt gesünder sind? Weiter frage ich mich, ob diese Aufteilung zum 40-40-40-Konzept der Union passt, Sozialversicherungsbeiträge höchstens 40 Prozent, Staatsquote höchstens 40 Prozent und Spitzensteuersatz höchstens 40 Prozent.

Das passt doch irgendwie nicht zusammen! Eine Absenkung würde dem Gesundheitssystem Milliarden von Euro entziehen, das heißt, Gesundheit kann sich nur derjenige leisten, der Geld hat, und gleichzeitig würde aber die Staatsquote wegen Unterversicherung noch mehr steigen. Was ist nun der Unterschied zwischen SPD/Grünen und CDU/FDP?

Wir setzen auf mehr Effizienz und Qualität bei den Gesundheitsanbietern, während der Kandidat der CDU und die FDP schlicht auf eine stärkere Belastung der Patienten setzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir gehen ein Bündnis mit den Millionen gesetzlich Versicherten in der Krankenversicherung ein.

(Abg. Frau Tuzek [CDU]: Die armen Patienten! Junge, Junge!)

Wir haben vierzig Millionen, das ist das Bündnis. Sie gehen eher das Bündnis mit den Anbietern ein. Das ist der Unterschied!

(Beifall bei der SPD)

(A) Wie gesagt, wir orientieren uns an Qualität, fairem Wettbewerb, Prävention und Solidarität. Wir werden die Qualität in das Zentrum der Gesundheitspolitik stellen. Gemeinsam mit der Bundesregierung wurde eine neue Approbationsordnung verabschiedet. Das heißt, die Ärzte werden heute mit mehr Praxis im Studium konfrontiert. Die Ausbildung und Weiterbildung müssen noch auf EU-Ebene abgestimmt werden, was auch in dem Antrag nachgefragt wurde, aber daran wird bekanntlich schon gearbeitet.

Wir arbeiten an Leitlinien für chronisch Kranke. Ich kann nur sagen, diese Programme waren in Großbritannien und in der Schweiz erfolgreich. Diese Programme sind Begleitprogramme für chronisch Kranke, beispielsweise wurden in Großbritannien Brustkrebskrankheiten zu 30 Prozent abgesenkt, Amputationen in der Schweiz bei Diabetikern konnten um 87 Prozent gesenkt werden.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Das lehnt die KV jetzt ab!)

(B) Ja! In den Krankenhäusern wollen wir Fallpauschalen. Das gibt es heute schon in 25 Prozent der Fälle. Damit soll die Verweildauer verkürzt werden. Laut Schätzungen der Gesundheitsbehörde wird sie um 17 Prozent auf 6,5 Tage in Bremen sinken. In Deutschland beläuft sie sich gegenwärtig auf zirka neun Tage. Über die konkreten Auswirkungen kann in Bremen natürlich noch nichts gesagt werden, darüber haben wir auch im Krankenhausausschuss gesprochen.

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Sie nicht!
Ich!)

Das muss also noch geklärt werden.

Ein weiterer Punkt ist: Wir werden Gesundheitszentren bilden, wir haben ein derartiges schon im Krankenhaus Links der Weser, also eine zukunftsorientierte Einrichtung mit Hotel und Weiterbildungseinrichtung, Reha-Einrichtung und so weiter.

Auf jeden Fall müssen wir darauf achten, dass auch die Mindestfallzahlen bei Operationen eingehalten werden, denn erhöhte Fallzahlen ergeben schließlich auch eine bessere Qualität. Der Auslastungskorridor muss möglichst flexibel ausgerichtet werden und muss zwischen 75 und 90 Prozent liegen, damit wir eben nicht Verhältnisse wie in Großbritannien bekommen. Dort lag er bei Frau Thatchers neoliberaler Politik bei 100 Prozent, wodurch extreme Wartelisten verursacht und die Patienten heute zum Exportgut nach Deutschland, Frankreich und Tunesien deklariert werden. Da müssen wir also gewaltig anpassen, aber es wurde auch schon in dem Bericht dargestellt, dass das geändert wurde.

Ein Problem sind natürlich die Arzneimittelpreise. Hier versprach die Kassenärztliche Vereinigung eine Preissenkung von 4,7 Prozent. Dies wurde allerdings nicht erreicht. Wahrscheinlich war es ein Fehler, die Budgetierung aufzuheben, ohne eine Positivliste nachzuschieben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg.
Frau D r e y e r [CDU]: Können Sie sich
bei Frau Schmidt bedanken!)

Ja, gebe ich ja zu, es war nicht alles rund, aber wir arbeiten daran.

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Ja, bis zum 22.!)

Die nächsten vier Jahre, Frau Dreyer!

Ein weiterer Punkt ist die Gesundheitsprävention und -fürsorge. Hier können wir auch in Bremen Beispiele aufzeigen, wie wir zum Beispiel im Schulbereich die Prävention durchführen wollen. Prävention und Arbeitsschutz bilden einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Finanzen in der Krankenversicherung.

Der Risikostrukturausgleich soll zielgerichteter ausgestaltet werden. Jetzt werden nur Gesunde aufgenommen, später sollen chronisch Kranke berücksichtigt werden. Das wurde zunächst einmal von der Kassenärztlichen Vereinigung abgelehnt. Ich denke aber, dass dies der einzige Weg ist, um chronisch Kranke besser zu versorgen.

Die Qualität der Ausbildung im Pflegebereich haben wir durch neue Ausbildungsverordnungen verbessert. Die Motivation und gesellschaftliche Anerkennung des Pflegepersonals sind ebenfalls über Weiterbildung und finanzielle Anerkennung zu stärken. Da ist es nur logisch, dass wir die Nachtarbeits- und Feiertagszuschläge nicht besteuern wollen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollen Ausnahmetatbestand im Steuerrecht bleiben. Die Konsequenzen, was Sie vorhin aus dem Gerichtsurteil des EuGH zu den Bereitschaftsdiensten angesprochen haben, werden bereits überprüft. In zwölf Krankenhäusern werden Arbeitszeitmodelle erprobt und ausgewertet!

Doch nun zur Solidarität im Gesundheitsbereich! Solidarität ist ein Grundprinzip der sozialstaatlichen Tradition in unserem Land. Sie fördert die ökonomische Dynamik, sie ist die Basis für Risikobereitschaft. Der Gesundheitsbereich beläuft sich auf zirka zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das sind 250 Milliarden Euro. Die gesetzlichen Krankenkassen sind mit 6,6 Prozent am Bruttoinlandsprodukt beteiligt. Dies hat sich in den letzten 20 Jahren kaum verändert. Die Kostenexplosion ist ein Mythos, ein Pro-

(C)

(D)

- (A) blem sind allerdings die gestiegenen Beitragssätze. 8,2 Prozent in 1970, heute sind wir bei rund 14 Prozent. Das ist kein – –.

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Das war Ihre Beitragserhöhung, die letzte! Nicht vergessen zu sagen!)

Ja, das ist ein Problem! Das ist allerdings nicht allein Resultat von der Kostenseite her, sondern wurde hauptsächlich durch die gesunkene Lohnquote hervorgerufen. Beispiele sind eben die 630-DM-Jobs

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Und durch die Arbeitslosigkeit von Herrn Schröder!)

von damals, die Abwanderung von jungen Leuten und eben auch die Arbeitslosigkeit. Aber die war bekanntlich in der Zeit der Regierung Kohl auch über vier Millionen.

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Aber Schröder hat gesagt, er senkt sie auf 3,5 Millionen! – Unruhe bei der SPD)

In der Spitzenzeit war sie unter Kohls Regierung 4,9 Millionen!

- (B) (Abg. E c k h o f f [CDU]: Wir haben aber auch noch keinen Winter, Herr Brumma! Der Winter kommt noch!)

Jetzt haben wir noch den Frühherbst.

Es ist deshalb eine faire und gerechte Finanzierung zur Beitragsstabilität notwendig. Zuzahlungen sind unsolidarisch, sie treffen vor allen Dingen die Kranken. Ich bin für eine Verbreiterung der Versicherungspflicht, auch für eine Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze, wie es in der Schweiz üblich ist. Hier zahlen alle ein. Wir bleiben dabei: Wir wollen keine Zwei-Klassen-Medizin, wir wollen auch weiterhin eine paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen keinen Selbstbehalt bis zu 500 Euro im Jahr, wir wollen die Risiken einer Unterversicherung nicht dem Steuerzahler aufbürden. Wir wollen die Solidarität zwischen Kranken und Gesunden erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich sollte hier heute in der Bremischen Bürgerschaft die Große Anfrage der CDU und der SPD mit dem Titel „Gesundheitspolitik des Bundes und die Auswirkungen im Land Bremen“ debattiert werden. Doch die zu debattierende Antwort ist noch nicht da, und warum nicht? Weil die CDU einmal wieder unzufrieden mit der Antwort war!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Genauso ist es!)

Dieses Vorgehen kennen wir bereits, ich sage nur: der elektronische Arztbrief!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Trotzdem und auch ohne Senatsantwort will die CDU hier debattieren. Nun gut, der Verdacht liegt natürlich nahe, dass es der CDU nicht allein um eine bremische Sache geht, sondern hier vielmehr der Versuch gemacht werden soll, diese Sache als Wahlkampfthema zu nutzen, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei der CDU)

Auf die Ausführungen meiner Kollegin Frau Dreyer werde ich nachher noch gezielt eingehen. Doch zuvor müssen wir uns einige Grundlagen schaffen, um Unterschiede und Deckungsgleichheiten offen zu legen. Leere Wahlkampflogans bringen uns hier nicht in die Zukunft, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Was sind also die Fakten? Die Gesundheitsreform 2000 ist in wesentlichen Teilen verhindert worden, nicht zu vergessen, dass es die unionsgeführten Länder waren, die ihre Zustimmung im Bundesrat verweigert haben, obwohl allen klar war, dass nur eine grundlegende Reform unser Gesundheitssystem zukunftsfähig macht und eine qualitativ hohe nötige Versorgung sicherstellt, meine Damen und Herren. Eine grundlegende Reform war und ist immer noch von höchster Priorität.

Ich finde es besonders keck, dass die CDU in ihrem Wahlprogramm behauptet, sie hätte der rotgrünen Regierung ein geordnetes Gesundheitssystem übergeben!

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Da habe ich mir natürlich überlegt: Wie soll ich das einordnen? Entweder leiden die Wahlprogramm-schreiber der CDU unter Gedächtnisschwund oder sie haben einen absurden Ordnungssinn. Zu der Erkenntnis bin ich gekommen.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der SPD)

Was haben wir nach 16 Jahren Kohl-Regierung vor-gefunden? Das Gesundheitssystem wurde vorrangig unter dem Aspekt Beitragsstabilität betrachtet, ein wichtiger Aspekt, aber nur unter diesem! Eine untergeordnete Rolle spielten die Versorgungsqualität, die Prävention, Gesundheitsziele und die Gesundheit der Bevölkerungsgruppen. Ein sehr einseitig geordnetes Gesundheitssystem!

Das wird besonders deutlich, meine Damen und Herren, im internationalen Vergleich. Nach einer Studie der OECD nimmt Deutschland hinter den USA und der Schweiz den dritten Platz für die Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben ein. Betrachtet man dagegen den Gesundheitszustand der Bevölkerung, dann schneidet Deutschland nur sehr unterdurchschnittlich ab.

(B) Verstärkt wird diese Feststellung durch das Gutachten des Sachverständigenrates. Hier wird deutlich, dass wir in einigen Bereichen eine Unter-, eine Über- und eine Fehlversorgung haben. Um diesen Missstand zu beseitigen, sind von der rotgrünen Regierung verschiedene Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht worden, zum Beispiel die integrierte Versorgung. Diese integrierte Versorgung macht es möglich, dass sich Ärzte, Physiotherapeuten, Krankenhäuser und andere Anbieter von Gesundheitsleistungen zusammenschließen, um mit den Krankenkassen gemeinschaftliche Verträge auszuhandeln. Ziel ist es, eine bessere Vernetzung und Kooperation zu erreichen. Auch könnte dadurch eine Reduzierung der Kosten für die Kassen realisiert werden. Dadurch wird eine Optimierung der Versorgung erreicht. Ebenso werden die unnötigen Doppeluntersuchungen verhindert, und der Übergang von stationärer Pflege in die ambulante Pflege wird verbessert.

Patientinnen und Patienten, die aus Krankenhäusern entlassen werden, erleben es häufig, dass der Übergang zur nachfolgenden Behandlung schlecht organisiert ist. Sie haben oft keinen Ansprechpartner, der sie darüber informiert, was als Nächstes nötig ist. Sie müssen oft viele vergebliche Wege gehen, bis sie schließlich alles herausgefunden haben, was für sie geregelt werden muss. Für sie ist diese integrierte Versorgung ein gutes Angebot.

Besonders wichtig ist die integrierte Versorgung auch vor dem Hintergrund der zukünftigen Fallpauschalen für die Krankenhäuser, denn noch immer gibt es eine unzureichende Zusammenarbeit zwi-

(C) schen dem ambulanten und dem stationären Sektor. Das liegt zum Teil daran, dass diese Bereiche dieser Versorgung sich leider immer noch als Konkurrenten sehen. Hier muss das System so umgestaltet werden, dass sich Kooperation für die Beteiligten mehr lohnt und dass gegenseitige Abschottung und missverstandene Konkurrenz nicht mehr entsteht. Hier müssen die Patienten im Mittelpunkt stehen und nicht die Leistungsanbieter! Das möchten wir.

Die rechtlichen Voraussetzungen für die integrierte Versorgung sind seit Jahren geschaffen. In der Realität sind nur wenige von diesen Kooperationsformen entstanden. Hier haben die Organe der Selbstverwaltung, wie die KV, wenig dazu beigetragen, diese Versorgungsform zu etablieren.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Klätlich versagt!)

Klätlich versagt, sagt meine Kollegin Hammerström, das kann ich nur unterstreichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

(D) Doch verlassen wir die integrative Versorgung und kommen wir zur Prävention! Rotgrün hat die Prävention als wichtigen Baustein in der Gesundheitsversorgung wieder zur Regelaufgabe der Krankenkassen gemacht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Hier wurde es schon gesagt: Als Horst Seehofer noch Gesundheitsminister war, hat er die Prävention als Leistung der Krankenkassen diffamiert und verboten. Rotgrün hat richtigerweise umgehend die Prävention wieder eingeführt, denn für uns sind die Förderung der Gesundheit und Prävention integrale Bestandteile einer ganzheitlichen Gesundheitspolitik, meine Damen und Herren.

Selbstverständlich müssen auch an die Gesundheitsförderung Qualitätsmaßstäbe angelegt werden. Nun hat plötzlich auch die CDU die Prävention erkannt und weiß, wie wichtig sie ist. Dazu kann ich nur sagen: Willkommen in der Gegenwart! Die CDU hat im Mai dieses Jahres einen Antrag in den Bundestag eingebracht mit dem Titel „Prävention umfassend stärken“. Das hört sich vordergründig erst einmal nicht schlecht an. Doch liest man den Antrag weiter, heißt es, es soll ein durchgängiges Anreizsystem in der gesetzlichen Krankenversicherung geschaffen werden. Dieses Anreizsystem soll gesundheitsbewusstes Verhalten finanziell belohnen, etwa durch Verminderung von Zuzahlungen oder Ermäßigung des Beitragssatzes oder Beitragsrückgewährung.

(A) Meine Damen und Herren, in der Pädagogik von vorgestern heißt so etwas Bonbonpädagogik. Hier wird die Prävention absolut verkürzt als individuelle Sache eines Einzelnen. Völlig ausgeblendet wird hier, dass es für eine vorausschauende Gesundheitspolitik wichtig ist, dass Prävention auch dazu beitragen muss, dass Anteile an den so genannten Volkskrankheiten vermindert werden müssen, dass auch spezielle Gruppen, wie Kinder, erreicht werden müssen, dass krank machende Faktoren verhindert und verringert werden müssen.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Das eine schließt das andere nicht aus!)

Mit individueller Bonbonpädagogik erreichen Sie keine Veränderungen bei Umweltbelastung, bei gesundheitlichen Risiken am Arbeitsplatz. Das werden Sie damit nicht schaffen! Krankheitsauslöser, die individuell nur schwer zu beeinflussen sind, kann man auch nicht vermeiden.

Die rotgrüne Bundesregierung hat deshalb das Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“ erarbeitet. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass diese Therapie umwelt- und schadstoffbedingter Krankheiten einen adäquaten Platz in der gesundheitlichen Versorgung bekommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Wir sehen Gesundheit und auch Krankheit nicht als individuelles Glück oder individuelles Risiko. Krankheit kann man nicht abwählen, deshalb muss für uns Grüne eine zukunftsorientierte Gesundheitspolitik eine qualitativ gute medizinische und gesundheitliche Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger bieten, ich betone: für alle!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unabhängig vom Einkommen, unabhängig von der sozialen Stellung, unabhängig vom Wohnort! Wir wollen, dass die Krankenversicherung weiterhin paritätisch finanziert wird, eine Aufteilung in Grundleistung und Wahlleistung lehnen wir ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die CDU will mit dem Kostenerstattungsprinzip und Wahlтарifen sowie mit Selbstbeteiligung den Menschen angeblich mehr Wahlfreiheit geben. Doch Sie verschweigen, meine Damen und Herren, dass Sie damit den Einstieg in den Ausstieg der solidarischen Krankenversicherung einleiten. Das hat schon Herr Seehofer 1996/97 in der dritten Stufe der Gesundheitsreform versucht. Die Verschleierungsrhetorik war damals ähnlich wie heute. Es ging damals angeblich um erweiterte Gestaltungsmöglichkeiten für die Krankenkassen.

(C) Die Möglichkeit, diese Leistungen gestalterisch ganz zu streichen, war ausdrücklich inbegriffen. Ganze Komplexe der gesetzlichen Regelleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung sollten zur Disposition gestellt werden. Das waren zum Beispiel häusliche Krankenpflege, Kuren und Teile der Rehabilitation, Heilmittel, Massagen, Krankengymnastik, Sprachtherapie, Fahrtkosten, Auslandsleistungen. Für viele Kassen wäre es ein Anreiz zur Risikoselektion gewesen. Durch die Streichung von häuslicher Krankenpflege, Krankengymnastik hätten die Kassen ihre Attraktivität für chronisch kranke Menschen drastisch verringern können.

Doch gerade die Versorgung von chronisch Kranken muss verbessert werden. Die von der Bundesregierung eingeführten Disease-Management-Programme sind dafür eine wichtige Grundlage. Hier geht es um strukturierte und nach Leitlinien ausgerichtete Behandlungsprogramme, die zum Beispiel für Diabetiker und Brustkrebspatienten die gute Behandlung sicherstellen sollen.

Auch hier im Lande steht es mit der Versorgung von Diabetikern nicht zum Besten. Ich denke an unsere Debatten darüber hier im Hause. Die Teilnahme an diesem Disease-Management-Programm ist freiwillig. Was will die CDU, meine Damen und Herren? Herr Seehofer hat schon nach einem eventuellen Wahlsieg der Union angekündigt, die gerade erst eingeführten Behandlungsprogramme für Diabetes und Brustkrebs zu stoppen, und der für die Überprüfung der Qualität zuständige Sachverständigenrat soll aufgelöst werden. Hier lässt die CDU den Patientinnen und den Patienten nicht einmal mehr die Wahl, an diesen Programmen teilzunehmen. Die viel zitierte Wahlfreiheit für die Patienten besteht für die CDU darin, für die optimale Behandlung das Portemonnaie zu öffnen oder nur die Grundversorgung zu erhalten, meine Damen und Herren. Kannst du dir das leisten oder nicht, das ist die Wahlfreiheit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(D) Lassen Sie uns noch einen Blick auf die Krankenhäuser werfen! Unbestritten ist, die Krankenhäuser müssen sich in der Zukunft einem stärkeren Wettbewerb stellen, und sie müssen Schwerpunkte für ihr Angebot entwickeln. Auch die Einführung der Fallpauschalen stellt die Krankenhäuser vor neue Aufgaben, die sie zu meistern haben. Deshalb ist es wichtig, dass die Krankenhäuser besonders in dieser Phase Planungssicherheit haben. Das gilt auch für die kommunalen Krankenhäuser der Stadt Bremen. Sie müssen endlich wissen, ob die Rechtsform für sie geändert werden soll oder nicht. Hierzu gibt es immer noch keine klare Aussage der CDU, jedenfalls nicht mit einer langen Halbwertszeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Für die Planungssicherheit der Krankenhäuser hier in Bremen ist es auch wichtig, dass es einen abgestimmten Landeskrankenhausplan gibt. Ich sage, einen abgestimmten Landeskrankenhausplan! Frau Dreyer hat allerdings schon angekündigt, dass sie diesen Landeskrankenhausplan ablehnen wird. Hier wird nicht einmal die Diskussion angestrebt, hier wird gleich abgelehnt. Dieses Verhalten gibt den Häusern nicht die nötige Planungssicherheit, die sie dringend benötigen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Das haben wir ausführlich in der Deputation diskutiert! Ohrchen aufmachen, nicht immer schlafen! Poft immer vor sich hin!)

So lässt sich eine sichere und zukunftstragende Krankenhausplanung nicht machen.

Lassen Sie mich zusammenfassen! Ich sage, Gesundheitsministerin Schmidt hätte mutig eingeleitete Reformen von Andrea Fischer fortsetzen müssen, dann wären wir weiter. Das ist die grüne Position. Doch wir sind in keiner Sackgasse, die Weichen sind richtig gestellt. Wenn wir allerdings in die alte Hausapotheke von Herrn Seehofer sehen, dann wird klar, dass die CDU wieder Gesundheitspolitik zu Lasten der Kranken machen will,

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

weil latent unterstellt wird, dass kranke Menschen das Gesundheitssystem ausnutzen. Herrn Seehofers alte Hausapotheke macht aus Opfern eines reformbedürftigen Systems die Angeklagten.

Frau Dreyer, jetzt noch einige Punkte zu Ihrer Rede! Mir ist aufgefallen, dass Sie keine konkreten Lösungen genannt haben, nur immer den Satz: Das ist mit der CDU nicht zu machen. Klare Lösungen habe ich hier nicht gehört!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das werden Sie wahrscheinlich gleich noch einmal probieren. Irgendwo beschleicht mich immer das Gefühl, Sie wollen Schnürsenkel an Leute verkaufen, die Klettverschlüsse an den Schuhen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Nächster Redner ist der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem Sie den DVU-Antrag für eine sozial gerechte Gesundheitspolitik in der August-Sitzung abgelehnt haben, ver-

wundert mich Ihre Große Anfrage, Drucksache 15/1218, Gesundheitspolitik des Bundes und die Auswirkungen im Land Bremen, doch schon sehr, zumal ich Ihnen die Auswirkungen einer gescheiterten und unsozialen Gesundheitspolitik namens der Deutschen Volksunion hier doch sehr deutlich aufgezeigt habe. Sie hätten nur genauer zuhören müssen, insofern hat sich damit Ihre Große Anfrage erledigt!

Ich möchte aber trotzdem noch einmal einen letzten Versuch – bei Ihnen vielleicht vergeblichen Versuch – starten, Ihnen noch einmal die schrecklichen Auswirkungen einer in allen Bereichen gescheiterten und unsozialen Gesundheitspolitik für Bremen zu erklären.

Die Gesundheitsreform, sprich Gesundheitspolitik, ist gerade für die Kassenpatienten im Lande Bremen, aber nicht nur in Bremen, katastrophal. Die betriebene Gesundheitspolitik der Bundesregierung hat eindeutig zu einer Zweiklassengesellschaft im Gesundheitswesen geführt. Meine Damen und Herren, das von der Solidargemeinschaft bezahlte Gesundheitswesen hat sich in vielen Bereichen schon lange kläglich vom Solidarprinzip verabschiedet. Wir haben im Land Bremen im medizinischen Bereich eine unverantwortliche Unterversorgung. Hinzu kommt, dass Asylanten und Asylbewerber eine bessere medizinische Vorsorge als Kassenpatienten erhalten.

(Zurufe von der SPD)

Frau Wangenheim, wenn Sie jetzt wieder wider besseren Wissens behaupten, das wäre Quatsch, kann ich nur dringend raten, Ihrem Kanzlerkandidaten Stoiber einmal richtig zuzuhören,

(Lachen bei der SPD)

der hat nämlich gesagt – das war allerdings nach meiner Rede, vielleicht ist er ja lernfähig –, es geht nicht an, dass ein Kassenpatient eine schlechtere medizinische Vorsorge erhält als ein Asylant oder Asylbewerber. Also, Frau Wangenheim, was wollen Sie, sagen Sie jetzt immer noch, das wäre Quatsch?

(Zurufe von der SPD)

Sie brauchen hier gar nicht so unqualifiziert herzumreden. Das ist nämlich genau der große Unterschied zwischen Ihnen und mir. Während Sie hier laufend unqualifiziert dazwischenlabern, wenn ich rede, sage ich das, was ich denke, und tue das, was ich sage, während Sie nicht einmal das sagen, was Sie wirklich denken, und Sie schon gar nicht das tun, was Sie sagen! Darum werden Sie mich hier auch nicht los und die Deutsche Volksunion erst recht nicht!

(Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Doch, doch! Aber hallo! Dann ist er weg! – Zurufe von der SPD)

(C)

(D)

(A) Da müssen Sie mich schon länger ertragen. Ich bin nicht weg, ich bin noch hier! Hören Sie mich nicht? Wir werden uns noch lange – –! Ich bin noch da, da sind Sie schon längst weg, darauf können Sie sich verlassen!

Meine Damen und Herren, allerdings glaubt das kein Mensch, was der Kanzlerkandidat Stoiber gesagt hat. Er wird nicht dazu in der Lage sein, hier wirklich seinen Worten große Taten folgen zu lassen.

Tatsache ist doch, dass wir hier in Bremen, aber nicht nur in Bremen, erhebliche Defizite in der Behandlung von chronisch Kranken und Schmerzpatienten haben. Leistungen werden rationalisiert, und sehr wichtige pflegerische und ärztliche Tätigkeiten werden rigoros eingespart. Darüber hinaus haben die gesetzlichen Krankenkassen schon im ersten Halbjahr mehr als zwei Milliarden Euro Defizit.

Der Skandal ist, dass dieses Desaster im Gesundheitswesen von der Bundesregierung auch noch schönegeredet beziehungsweise tabuisiert wird. Aber ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit, die Gesundheitsreform der rotgrünen Chaosregierung ist die größte Reformruine in der laufenden Legislaturperiode. Ich sage Ihnen jetzt schon für das Bundesland Bremen voraus, nach dem 22. September werden zwar wahrscheinlich die Minister wechseln, die Krise, das Desaster, die Zweiklassengesellschaft im Gesundheitswesen werden bleiben.

(B) Meine Damen und Herren, Wettbewerb, Transparenz, Kontrolle und Eigenverantwortung könnten viel stärker zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen beitragen. Eine staatliche Vorschrift ein Gesundheitswesen, das Krankheit, nicht die Gesundheit belohnt, kann nicht funktionieren! Ein Gesundheitssystem, in dem Asylbewerber besser gestellt sind als Kassenpatienten, kann nicht funktionieren! Damit wir uns hier aber gleich richtig verstehen, niemand, aber auch niemand, schon gar nicht die Deutsche Volksunion, will den Asylbewerbern, den Asylananten die notwendige ärztliche Versorgung verweigern. Sie sollten aber Kassenpatienten gleichgestellt sein.

Gesundheitspolitik, meine Damen und Herren, hat auch etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Es kann doch wohl nicht angehen, weiterer Punkt, dass zum Beispiel Kriminelle, Schwerkriminelle, Psychopathen meinetwegen, im Gefängnis sozusagen ein Recht auf ein Einzelzimmer haben, das natürlich auf Kosten der Steuerzahler, aber Kassenpatienten, die dafür ihre Leistungen erbringen, die haben es nicht, das kann ja wohl nicht sein! Darüber sollten Sie einmal nachdenken. Das hat auch etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun.

Ich sage in aller Deutlichkeit, und hören Sie jetzt genau zu, das Gesundheitswesen der Bundesregierung steht unter dem Motto „Früher sterben oder länger leiden“. Das macht die Deutsche Volksunion

nicht mit. Die Gesundheit ist für die Deutsche Volksunion das höchste menschliche Gut, hierfür wird sich die Deutsche Volksunion im Interesse der Bürger immer jederzeit rigoros einsetzen.

(C)

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Uningeschränkt!)

Die Deutsche Volksunion steht für eine soziale gerechte Politik, und das nicht nur im Bereich des Gesundheitswesens!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dreyer.

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist ja eine richtig lebhaftete Debatte. Ich bedanke mich bei allen, die daran mitgewirkt haben, das macht ja richtig Spaß. Frau Hoch, ich fange einmal von hinten an. Sie lieben ja immer die bildhafte Sprache bei den Grünen, und Sie reden ja auch von Schnürsenkeln und Klettverschlüssen an den Schuhen. Wissen Sie, Frau Hoch, Sie als Rotgrün haben den Patienten inzwischen ja schon die Schuhe ausgezogen und haben die barfuss im Regen stehen lassen!

(Beifall bei der CDU)

Nur damit Sie merken, dass wir das mit den Bildern und den Metaphern auch ganz gut können! Was mir sowohl bei Herrn Brumma als auch bei Frau Hoch aufgefallen ist, Sie haben ja nicht einmal die Worte Bremen und Bremerhaven und die Menschen in unseren beiden Städten erwähnt. Es stellt sich für mich wirklich die Frage, was Sie in diesem Parlament eigentlich wollen!

(D)

(Unruhe bei der SPD)

Dann noch einmal zu Herrn Brumma! Herr Brumma, Sie haben ja noch einmal sehr nett die Internetseite der SPD vorgelesen, und Sie persönlich können ja gar nichts dafür, dass Falsches auf dieser Internetseite zu finden ist. Ich würde Ihnen aber trotzdem empfehlen, das doch noch einmal genauestens zu recherchieren. Sie behaupten ja, wir hätten 1998 eine schlechte Bilanz hinterlassen. Dann sehen wir uns noch einmal die Bilanz von 1998 bis jetzt aktuell an, meine Damen und Herren. Bei den Krankenkassen hat es 1998 eine Rücklage in Höhe von 1,5 Milliarden Euro gegeben. Heute beträgt das Defizit per 30. Juli dieses Jahres 2,5 Millionen Euro.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Milliarden!)

2,5 Milliarden Euro! Sie haben also insgesamt fünf Milliarden verwirtschaftet. Die Frage ist: Wofür? Doch nicht dafür, die Gesundheitsversorgung zu ver-

(A) bessern, denn die ist nicht besser geworden, das haben Sie in Ihren Reden ja selbst zugegeben!

(Beifall bei der CDU)

Ein zweiter Punkt, meine Damen und Herren, hören Sie gut zu, Herr Brumma, damit Sie hinterher Ihre Internetseite in Ordnung bringen können! 1998 betrug der Beitrag in den gesetzlichen Krankenkassen 13,2 Prozent, heute beträgt er rund 14 Prozent, und am 1. Januar 2003 wird er auf 14,5 Prozent steigen. Soweit die Bilanz von Rotgrün!

(Beifall bei der CDU)

Dann noch einmal zu Ihrer Behauptung, Herr Brumma, nur die SPD hielte an dem paritätisch finanzierten System zur Krankenversicherung fest! Dies ist falsch, dies ist richtig falsch! Ich bitte auch dort, Ihre Internetseite zu korrigieren!

(Beifall bei der CDU)

Auch wir, die CDU, halten an der hälftigen Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer fest. Aber wir unterscheiden uns in vielen Punkten, in sehr vielen Punkten, Herr Brumma. Wir wollen, dass die freie Arztwahl bestehen bleibt.

(B) (Beifall bei der CDU)

Das wollen Sie abschaffen! Wir wollen, Herr Brumma, dass die Patienten am medizinischen Fortschritt teilnehmen, das wollen Sie nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen, Herr Brumma, dass Kostentransparenz eintritt und die Patienten endlich einmal wissen, was sie eigentlich für eine Leistung bezahlen müssen, und das wollen Sie auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben Sie, Herr Brumma, hier auch noch einmal, wie ich finde, sehr ungeschminkt und nett vorgestellt, Sie wollen hohe Steuern beibehalten, Sie wollen nicht, dass die Sozialabgaben sinken, und Sie wollen die hohe Staatsquote. Ihre Partei hat dafür ja den Satz geprägt „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten“. Vielen Dank, Frau Ziegert, für diese Hilfe aus Ihrem Wahlprogramm!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Aber wo ist die Kritik heute, nach vier Jahren?)

Meine Damen und Herren von der SPD und auch von den Grünen, wenn Ihre These richtig wäre, dann wäre es doch das allerbeste, wir alle würden 100

Prozent unseres Einkommens an den Staat überweisen, denn dann müsste es uns ja prima gehen.

(C)

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD)

Allerdings ist an dieser Form des Sozialismus 1989 die DDR untergegangen, und wir hoffen, dass am 22. September dann auch Rotgrün untergeht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Dann noch eine letzte Bemerkung zu Frau Hoch! Sie sagen ja, wir als CDU-Fraktion hätten nicht gesagt, was wir eigentlich wollen. Erst einmal, ich habe das in der Rede an vielen Punkten angesprochen, aber wir diskutieren das seit Monaten in der Deputation, Frau Hoch, und auch im Krankenhausausschuss. Ich halte Ihnen zugute, dass Sie daran nicht teilnehmen dürfen, weil sich das ja Frau Linnert vorbehält. Aber ich bin gern noch einmal bereit, Ihnen zwei, drei Punkte zu sagen, aber jetzt schreiben Sie mit, denn ich erzähle es Ihnen auch wirklich nicht noch einmal!

Wir wollen den Medizinstandort ausbauen, wir wollen nicht wie die Grünen und wie die SPD abbauen, Frau Hoch. Wir wollen, dass wir diesen Medizinstandort vermarkten, dass Menschen außerhalb unserer Landesgrenzen, auch aus der ganzen Welt zu uns nach Bremen und Bremerhaven kommen, weil wir eine hervorragende Medizin haben. Ich hoffe, viele Menschen werden kommen und hier in unsere Krankenhäuser gehen, damit sie wieder gesund werden.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Das wollen wir! Dafür, meine Damen und Herren von den Grünen und auch von der SPD, reisen wir nicht ein bisschen nach Finnland, nach Bahrain, die Antwort haben Sie ja gegeben in der Deputation, es ist dabei nichts herausgekommen, Holland, England, wo auch immer, sondern wir können uns gut vorstellen, dass wir eine Gesundheitsagentur in dieser Stadt eröffnen, die diesen hervorragenden Standort Bremen und Bremerhaven vermarktet und sagt, kommt hier nach Bremen, nach Bremerhaven, wir haben hier Angebote, die Sie nutzen können! Das meine ich nicht nur für die Versicherten der GKV, und ich hoffe, jetzt erschrecken Sie sich bei Rot und Grün, das meine ich auch für Privatzahler, weil auch die Hilfe brauchen, und die bringen auch Geld mit.

(Beifall bei der CDU)

Die weiteren Punkte, Frau Hoch, meine Redezeit geht zu Ende, erzähle ich Ihnen nächstes Mal in der Deputation noch einmal, aber auch – –

(Abg. Frau H o c h [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann sagen Sie wieder, es ist halb eins, und Sie haben Hunger! – Heiterkeit)

(A) Frau Hoch, jetzt noch einmal ziemlich ernsthaft! Sie können ja witzig sein, aber Sie wissen, dass das falsch ist. Ich habe es in der Deputation gesagt, ich musste in die Kieferchirurgie, weil ich im Moment eine unangenehme Behandlung hatte. Ich finde, jetzt reicht es langsam. Ich glaube, wir haben das soweit abgearbeitet, meine Damen und Herren, das mit dem Hunger klären wir beide noch einmal persönlich untereinander, und wir werden das natürlich in der Deputation weiter aufrufen. Ich erwarte nun das Konzept der Senatorin, aber sie wird uns das heute vielleicht dann auch einmal vorstellen, sonst werden wir es einfach weiter einfordern. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hammerström.

Abg. Frau **Hammerström** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dreyer, das mit der Kieferchirurgie war zwar der Krankenhausausschuss, und ich glaube wirklich, in der Deputation hatten Sie etwas Hunger, deshalb wurde das ja nachher so hektisch. Aber das nur nebenbei!

(Abg. Frau **Dreyer** [CDU]: Ach, wie billig, Frau Hammerström!)

(B) Wenn Sie sagen, den Standort vermarkten, finde ich, dann sollten wir alle auch ein bisschen für das Image der Krankenhausversorgung dieses Landes und dieser Stadt tun, auch in der Öffentlichkeit. Was Sie machen, ist alles kleinreden. Das ärgert mich zunehmend.

(Beifall bei der SPD)

Das ärgert mich jedes Mal. Wir haben eine hervorragende Krankenhausversorgung, wir haben gut funktionierende Krankenhäuser, freigemeinnützige – –.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Frau **Dreyer** [CDU]: Da folgen Ihnen sogar die Häuser nicht, Frau Hammerström! Sie kümmern sich ja überhaupt nicht! – Unruhe und Zurufe)

Machen wir es einmal ganz entspannt! Ich mache schon eine ganze Weile Krankenhauspolitik, und ich glaube, es ärgert Sie einfach, dass ich manche Hintergründe kenne, die Sie nicht kennen, und deshalb sind Sie manchmal in Ihrer Argumentation etwas schwach. Das überspielen Sie dann mit Ihrer Schnodderigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Das macht nichts, ich verstehe Sie eigentlich. Mich stört das auch überhaupt nicht. Aber wenn man kei-

ne Ahnung hat, dann sollte man sich schlau machen und erst dann etwas sagen. Zum Beispiel wie Sie eben sagten, nur Reiche können sich einen armen Staat leisten, das hat nicht Herr Schröder oder Frau Schmidt gesagt, das ist Ihre Gewerkschaft, die das gesagt hat, die Gewerkschaft, der Sie angehören. Das hat ver.di gesagt, der Spruch kommt von ver.di.

(Abg. Frau **Dreyer** [CDU]: Und von Herrn Beckmeyer!)

Nein, dann haben Sie Herrn Beckmeyer vielleicht einmal einen Satz von der Gewerkschaft sagen hören!

Ich will aber jetzt auf Inhalte eingehen. Der Kollege Brumma hat schon einiges gesagt. Was Sie zum Schluss erwähnt haben, dass die CDU uns ein vernünftiges GKV-Wesen hinterlassen hat, also, das finde ich kühn!

(Abg. Frau **Dreyer** [CDU]: Richtig!)

Sie haben das hier noch einmal gesagt. Ich darf darauf hinweisen, dass der Durchschnittsbeitragssatz von 1991 bis 1998, wenn Sie Zahlen haben wollen, von 12,3 auf 13,64 Prozent gestiegen war. Zur Jahresmitte 2002 liegt er bei 13,99 Prozent. 1995 bis 1998 belief sich die Summe der Defizite abzüglich der Überschüsse auf 6,1 Milliarden Euro. 1998 bis 2001 – –.

(Abg. **Eckhoff** [CDU]: Aber nun lesen Sie nicht noch einmal die Internetseite von Herrn Brumma vor, Frau Hammerström!)

Nun seien Sie bitte einmal still! Wer laut schreit, muss nicht unbedingt Recht haben!

(Beifall bei der SPD)

Frau Berk hatte bereits ein wunderschönes Zitat! Ich will Ihnen auch sagen, Ihre aktuellen Vorschläge führen zu Beitragssatzsteigerungen und belasten die Patientinnen und Patienten. Die Einführung von Selbsthalten kostet die GKV mehr als fünf Milliarden Euro, das müssen Sie dann doch auch der Fairness halber sagen. Sie können doch solche Zahlen nicht verschweigen. Insofern sind das alles Nebelkerzen, die Sie hier werfen. Sie haben beschlossen, sich aus dem solidarisch finanzierten GKV-System zu verabschieden. Das sagt ja auch selbst Herr Seehofer.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Herr Seehofer, wie Kai aus der Kiste kommt er ja im Moment wieder zurück, ist jetzt im so genannten Kompetenzteam. Ich sage Ihnen einmal etwas zu Kompetenz: Kostendämpfungsgesetz, Kostendämpf-

(C)

(D)

(A) fungserkennungsgesetz, Gesundheitsreformgesetz, Beitragsentlastungsgesetz, Gesundheitsstrukturgesetz, erstes Neuordnungsgesetz, zweites Neuordnungsgesetz! Beim dritten Neuordnungsgesetz hat Herr Seehofer gesagt, das wird ein Grund, weshalb die Kohl-Regierung abgewählt wird.

Diese Pläne, die Herr Seehofer im dritten Neuordnungsgesetz hatte, hat er jetzt in seiner Schublade. Ich gebe Ihnen Brief und Siegel darauf, dass er sie sofort wieder herausholen wird. Er ist nur diesmal etwas schlauer geworden, er wirft jetzt nur ein paar Nebelkerzen. Sie sollen sich nicht von diesem solidarischen System verabschieden, oder Sie müssen sagen, wie Sie das alles finanzieren wollen, was Sie in Ihrem Programm haben. Ich bin ganz gespannt darauf!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas zu den Disease-Management-Programmen, wie das ja so schön auf Neudeutsch heißt. Ich bin mehr für den Ausdruck Krankheitsmanagement, weil es genau das ist. DMP, das klingt immer alles ganz schön. Wir hatten die Frage ja auch gestern in der Fragestunde. Ich habe vorhin noch dafür gesorgt, dass diese Antwort auf die Frage vorgelegt wird, weil das gestern nicht geschehen ist. Die Antwort liegt vor, und wenn Sie hineinschauen, dann ist der Senat der Freien Hansestadt Bremen für die Einführung von Disease-Management-Programmen, das ist die beschlossene Antwort des Senats. Ich frage mich nur, Frau Dreyer, warum stellen Sie sich hier hin und sagen, Sie sind dagegen? Der Senat hat uns gestern geantwortet, er ist für die Einführung der strukturierten – –.

(B)

(Unruhe bei der CDU)

Natürlich, so etwas wollen Sie nicht hören! Das liegt bei Ihnen auf dem Tisch, das können Sie nachlesen! Damit ist nämlich ein wichtiger Schritt zur Beseitigung der durch Gutachten belegten Versorgungsmängel getan, insbesondere hinsichtlich der chronisch kranken Versicherten.

Wir hatten Ähnliches gestern schon einmal mit Herrn Böse. Herr Böse ist entgegen der CDU für die Einführung von 0,0 Promille für Führerscheinanfänger. Der Senat, Herr Böse, Herr Hattig, Herr Perschau sind für die Einführung von DMP, nur Frau Dreyer ist dagegen. Jetzt frage ich Sie, Herr Eckhoff, als Vorsitzender, sind Sie auch dagegen?

(Beifall bei der SPD – Abg. E c k h o f f
[CDU]: Wir sind alle dagegen! Sie kennen
doch unser Wahlprogramm, oder nicht?)

Das finde ich ja unheimlich spannend. Dann möchte ich Sie doch einmal bitten, innerhalb der CDU erst

einmal zu sortieren, wofür und wogegen Sie sind, und das dann hier dem Hause auch deutlich zu machen!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte aber noch ganz gern etwas zu den Inhalten der DMP sagen, weil es ja in der Öffentlichkeit gar nicht so bekannt ist. Die Krankenkassen können ihren Versicherten künftig spezielle Behandlungsprogramme für chronische Erkrankungen anbieten. Die Patienten werden anhand von Leitlinien behandelt, und die Krankenkassen werden ermuntert, die Versorgung von chronisch Kranken zu verbessern, indem Ärzte, Krankenhäuser, Therapeuten zusammenarbeiten und die Behandlungsmaßnahmen aufeinander abstimmen. Hier fängt es an, spannend zu werden. Diesen Topf gibt es nur einmal zu verteilen! Ich kenne ja nun auch die Kassenärztliche Vereinigung, die zwar momentan etwas andere Probleme hat, aber die Kassenärztliche Vereinigung will partout die Einführung dieser DMP nicht. Warum wohl? Es geht auch um die Verteilung von Geld. Der Patient bleibt dabei absolut wieder auf der Strecke, und das finde ich einen Skandal.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Frau
D r e y e r [CDU])

Frau Dreyer, natürlich ist es unser Programm, aber wir sitzen leider nicht in der Kassenärztlichen Vereinigung, und ich finde – –.

(D)

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Ja, dann
müssen Sie solche Gesetze nicht machen!)

Jetzt einmal ganz langsam! Die Kassenärztliche Bundesvereinigung ist ein Gremium, wie heißt das – –?

(Zurufe von der SPD)

Nein, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts! Die Disease-Management-Programme sind seit 1. Juli 2002 Gesetz, und wenn sich eine Körperschaft des öffentlichen Rechts nicht an Gesetze hält, dann, finde ich, macht sie sich überflüssig in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es muss den Ärzten doch schon sehr nahe gehen, wenn ihre Kassenärztliche Bundesvereinigung jetzt mit diesen unseriösen Mitteln versucht, Patienten zu verunsichern und Politik zu verunglimpfen.

Meine Damen und Herren, die Kassenärztlichen Vereinigungen haben sich entschieden, diesen Weg so zu gehen. Ich kann die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Kassenärztliche Bundesvereinigung nur auffordern einzuhalten. Sie werden hinterher

(A) mit den gleichen Personen, die jetzt Gesundheitspolitik in Berlin machen, wieder an einem Tisch sitzen, und sie sollten das Klima nicht vergiften, denn irgendwo müssen wir anschließend die Reform im Gesundheitswesen gemeinsam anpacken. Dass es Reformen geben muss, das steht außer Zweifel. Frau Hoch hatte es heute schon gesagt: ambulante Versorgung und stationäre, der Mensch begreift manchmal gar nicht diese vielen Gesetze, die wir haben.

Ich habe ein kleines Beispiel dafür: Ein Mensch hat es am Rücken, er wird krank, für ihn ist das SGB V zuständig, nämlich die GKV. Er ist lange krank, wird rehabilitiert, zuständig ist dann das SGB IX. Er wird arbeitslos und soll durch Wiedereingliederungsmaßnahmen fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden, nun kommt das SGB III in Anwendung. Der Patient wird aber pflegebedürftig, das SGB XI kommt in Anwendung. Durch lange Arbeitslosigkeit, Wiedereingliederung, Rehabilitation, Pflegebedürftigkeit haben auch seine Kinder Probleme, hier ist dann das SGB VIII zuständig. Das Einkommen reicht nicht mehr, dafür kommt SGB XII in Anwendung. Meine Damen und Herren, hier sollten wir ansetzen, bei unseren Gesetzen, die wir haben. Es kann nicht angehen, dass wir für jedes neue Problem ein neues Sozialgesetzbuch schaffen, sondern wir sollten dies gemeinsam durchforsten.

(B) Zum Schluss jetzt noch die DRG! Sie tun ja immer so, als wenn die rotgrüne Bundesregierung sich da etwas ganz Hinterhältiges ausgedacht hat. Die DRG, Frau Kollegin, wenn Sie das nicht wissen, werden mit der Einführung des Fallpauschalengesetzes wichtig. Für die, die nicht ganz in der Thematik sind, lassen Sie mich kurz erläutern! Mit dem GKV-Gesundheitsreformgesetz hat der Gesetzgeber, Paragraph 17 b des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, die Selbstverwaltungspartner auf Bundesebene, ich sage noch einmal, die Selbstverwaltungspartner aufgefordert zu handeln. Herr Seehofer hat immer gesagt, Selbstverwaltung ist das A und O, keine Mitsprache, Selbstverwaltung, das war das A und O! Die Selbstverwaltungspartner auf Bundesebene, also Deutsche Krankenhausgesellschaft, Spitzenverbände der Krankenkassen und der Verband der privaten Krankenversicherungen, beauftragen zum 1. Januar 2003, dieses DRG-Fallpauschalensystem für die Vergütung vor- und teilstationärer Krankenhausleistung einzuführen.

(Glocke)

Von Ambulanz war da nie die Rede, insofern müssten Sie sich vielleicht noch einmal diesen Gesetzestext holen. Diese Vorgabe ist auch nicht vom Himmel gefallen, sondern, Frau Dreyer, diese Vereinbarung beruht noch auf Lahnstein. Da waren sich die beiden großen Volksparteien noch relativ einig in der Gesundheitsgesetzgebung.

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: Das ist aber lange her! Die Zeit hat sich geändert!)

Ja, natürlich ist das lange her, aber darauf beruhen die DRG, das ist noch eine Vereinbarung von Lahnstein, das ist nicht irgendetwas Hinterhältiges, das sich Rot und Grün ausgedacht haben. Über Partei- und Ländergrenzen, das hat nichts mit SPD, CDU und Grünen zu tun, alle waren sich einig, dass im Krankenhausbereich ein modernes und leistungsorientiertes Vergütungssystem benötigt wird, mit dem Qualität und Transparenz verbessert werden.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Ich meinte das ernst!

Abg. Frau **Hammerström** (SPD): Ja, ich bin auch fertig, Herr Präsident!

Mein letzter Satz: Risikostrukturausgleich, das habe ich mir noch aufgeschrieben, obwohl Sie nichts dazu gesagt haben.

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: Dazu habe ich sehr viel gesagt, Frau Hammerström! Sie müssen auch zuhören! – Abg. Pflug-
radt [CDU]: Sie bekommt nur das mit, was sie auch will!)

Die CDU will den Risikostrukturausgleich so fortführen, aber der Herr Stoiber klagt mit seinem Bundesland Bayern gegen den Risikostrukturausgleich. Noch einmal, Sie müssen sich entscheiden, was Sie wollen, Sie müssen auch dem Wähler die Wahrheit sagen! – Danke!

(Starker Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dreyer.

Abg. Frau **Dreyer** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist wirklich nur noch ein Satz, aber ich dachte auch, Frau Hammerström, muss ich mich denn doch noch einmal melden? Ich empfehle Ihnen die Aussage Ihres Präsidenten des Senats, Herrn Dr. Scherf, Frau Hammerström: Ich fordere meine Genossen auf, mehr als den „Vorwärts“ zu lesen. – Ich danke Ihnen!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Da klatscht nicht einmal die CDU!)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste erhält das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir können alle möglichen Leute zitieren

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) ren, Herr Pflugradt, aber das bringt uns meistens nicht weiter.

(Abg. Frau **Wiedemeyer** [SPD]: Er hat ja auch nicht zitiert! – Abg. **Teiser** [CDU]: Ich zitiere mich immer selbst!)

Ich möchte einmal versuchen, eine sachliche Ebene wiederherzustellen. Es ist schon sehr vieles gesagt worden, und eines zieht sich durch alle Beiträge hindurch, nämlich dass das Krankenhaus- und das Gesundheitssystem reformiert werden müssen. Reformansätze hat es durch viele Jahre hindurch gegeben, auch durch die letzten vier Jahre, wir dürfen aber bei diesen Anstrengungen nicht nachlassen. Ein ganz wichtiges Ziel ist, die Qualität zu verbessern, weil unser Gesundheitssystem, so gut es auch sein mag, an vielen Stellen an Unter-, Über- und Fehlversorgung leidet. Wir müssen dafür sorgen, dass das Geld wirklich da ankommt, wo es auch gebraucht wird,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

und nicht in irgendwelchen Doppelstrukturen verschwindet.

(B) Da ist insbesondere, wenn wir beim Thema Qualität sind, das, was auf den Weg gebracht worden ist mit dem Titel Disease-Management-Programm, aus meiner Sicht von besonderer Bedeutung. Es ist erwiesen, dass mehr als die Hälfte der chronisch Kranken nicht richtig, nicht medizinisch ordentlich versorgt wird. Wir wissen, dass über 50 Prozent der Krankenkassenbeiträge gerade für chronisch Kranke aufgewandt werden. Da besteht großer Handlungsbedarf, und wir haben ab 1. Juli, Gott sei Dank, jetzt die Möglichkeit, Disease-Management-Programme für Diabetes- und Brustkrebskranke zu realisieren. Atemwegserkrankungen und koronare Herzerkrankungen sollen folgen.

Diese Disease-Management-Programme haben für die Kranken viele Vorteile. Das kann man an dem schon im Bereich Nordrhein sehr weit ausgehandelten Vertrag der Selbstverwaltung gut nachvollziehen. Wenn ich das Beispiel Brustkrebs nehme, da wird sehr stark darauf geachtet, dass die Frauen eine qualitätsorientierte Diagnose bekommen, dass sie ausführliche Informationen erhalten, dass sie gemeinsam mit den Ärzten auch Schulungsprogramme erhalten, dass der Anteil an Brust erhaltenden Operationen verstärkt werden soll, dass eine psychosoziale Begleitung des Behandlungsprogramms erfolgt und so weiter. Im Mittelpunkt steht also die Patientin mit ihrer Krankheit, und es ist keineswegs richtig, dass die ärztlichen Behandlungsspielräume eingeschränkt werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Abgeordneten Frau Tuzcek? (C)

Senatorin Röpke: Ja, bitte!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Tuzcek!

Abg. Frau **Tuzcek** (CDU): Frau Senatorin, diese Disease-Management-Programme sind ja eingeführt worden unter Kostendämpfungsgesichtspunkten. Man will eigentlich damit erreichen, dass sich die Kosten verringern. Sie waren letztens auch auf der Podiumsdiskussion bei den Betriebskrankenkassen, und da ist festgestellt worden, dass die Programme für die Patienten sicher gut sind, ohne Frage, aber dass sie natürlich auch teuer sind und dass sie eben keine Kostendämpfungsmaßnahmen auslösen würden. Da haben Sie ja selbst zugestimmt!

Senatorin Röpke: Ich habe da nicht zugestimmt, Frau Tuzcek, und aus meiner Sicht ist auch da der Kostenfaktor nicht der entscheidende Faktor. Der entscheidende ist der Qualitätsfaktor, dass wir die Versorgung für die Patientinnen und Patienten verbessern. Es gibt zum Beispiel Berechnungen bei dem Krankheitsbild Diabetes, wo errechnet worden ist – wir bewegen uns ja alle nur im Bereich von Schätzungen –, dass bei einer guten Annahme des Programms der Diabetiker durchschnittlich 200 Euro im Jahr gespart werden können pro Patient, das ist eine Variante. Mir kommt es wirklich noch einmal darauf an, dass wir die Qualität in den Mittelpunkt stellen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Abgeordnete!

Abg. Frau **Tuzcek** (CDU): Wenn Sie die Qualität verbessern wollen, dann muss man das sagen, das ist auch gut so, aber dann darf man nicht sagen, das würde Kosten sparen. Wir werden sehen, dass das nicht stimmt.

Senatorin Röpke: Das habe ich, glaube ich, auch nicht gesagt, sondern ich habe diesen Punkt unter der Qualitätsüberschrift eingebracht, wenn ich das noch einmal in Erinnerung rufen darf. Ich wollte noch einmal darauf hinweisen, dass ich das, was wir heute zum Beispiel in der „Welt“ lesen konnten in einer Anzeige von bundesweit zusammengeschlossenen Kassenärztlichen Vereinigungen, nicht mehr nachvollziehen kann, was sich da widerspiegelt. Da wird von vielen Kassenärztlichen Vereinigungen behauptet, die sich zusammengetan haben, dass diese Disease-Management-Programme nicht mehr den Menschen, nicht mehr die Qualität einer Therapie, nicht mehr die medizinische Versorgung, sondern nur noch das Kostenargument in den Mittelpunkt stellen. Das sei

(A) der Weg in die Billigmedizin, es sei der Weg dahin, dass die Politiker die Therapie bestimmen und nicht mehr der Arzt. Es sei der Weg dahin, dass die Krankenkassen über die Verordnung von Medikamenten entscheiden und nicht mehr der Arzt, dass die ärztliche Schweigepflicht unter den Tisch fällt.

Das sind alles unwahre Behauptungen,

(Beifall bei der SPD)

und dafür wenden dann die Kassenärztlichen Vereinigungen, ich weiß nicht, wie viel Geld auf, um dies in der bundesweiten Presse zu verbreiten. Ich habe heute mit einer Aufsichtsordnung gegen die Kassenärztliche Vereinigung in Bremen eine entsprechende Anordnung erlassen, dass sie dies für die Zukunft zu unterlassen hat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir bekommen auch an der Stelle von der sonst nicht sehr unkritischen Verbraucherzentrale Unterstützung, die noch einmal ausdrücklich sagt, dass dies im Interesse der Patienten ist, was hier vorgesehen ist, und die auch diese Anzeigenkampagne der Kassenärztlichen Vereinigung verurteilt als Irreführung und Irritation der Verbraucherinnen und Verbraucher beziehungsweise der Patienten.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

So geht es nicht, das können wir uns auch nicht gefallen lassen! Ich finde es besonders deswegen bedauerlich, weil wir hier in Bremen auf einem ganz gutem Weg waren mit den Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung. Beide haben großes Interesse am Zustandekommen eines solchen Vertrages bekundet, es gab intensive Diskussionsprozesse, es gab eine rege Teilnahme,

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Bremen hat doch auf Bundesebene ebenfalls dagegen gestimmt, Frau Röpke!)

und es hat ein gutes Ergebnis gegeben. Ich bin immer noch sehr zuversichtlich, dass wir in Bremen dies auf den Weg bekommen, auch mit unserer Kassenärztlichen Vereinigung.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema DRG! Völlig richtig, wir stehen vor großen Herausforderungen, alle, aber ich bin mir auch sicher, dass wir diese Herausforderungen auch schaffen werden, insbesondere unsere Krankenhäuser. Es ist richtig, dass das auch mit großen Einschnitten verbunden ist. Es wird zum Beispiel prognosti-

ziert eine Reduzierung der Verweildauer an den Bremer Krankenhäusern um 17 Prozent, das ist keine Kleinigkeit. Das wird große Auswirkungen haben auf die Schnittstelle stationäre Behandlung und ambulante Behandlung. Da müssen richtige qualifizierte Überleitungsmanagementwege entwickelt werden, wir brauchen eine nahtlose Weiterversorgung der Patienten. Das heißt, es wird auf den ambulanten Sektor einiges zukommen, auf die Kurzzeitpflege und natürlich auch auf die stärkere Qualifizierung von Pflegepersonal.

(C)

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Dann muss das Geld da auch hin!)

Darauf müssen wir uns vorbereiten, dafür bin ich auch, dass das Geld, wenn es da gebraucht wird, auch umgelenkt wird. Das, was wir im Krankenhaus einsparen, muss dann an die Stelle kommen, auf jeden Fall. Also, daran müssen wir gemeinsam noch sehr arbeiten. Aber unsere Krankenhäuser sind auch gut aufgestellt, was die DRG betrifft. Die Krankenhäuser bereiten sich sehr intensiv darauf vor, und zwar schon seit langem, durch Schulungen, durch hausinterne Umsetzungsplanungen, durch den Ausbau des Controllings und in erster Linie auch durch Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement. Da kann man wirklich mit Fug und Recht sagen, dass unsere Krankenhäuser da eine Vorreiterrolle einnehmen,

(D)

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Bundesweit!)

genau, weil sie nämlich bundesweit Modellprojekte entwickelt haben. Sie haben mit dazu beigetragen, dass Qualitätsstandards, die hier mit entwickelt worden sind, auf Bundesebene mittlerweile Standard sind. Dafür möchte ich mich bei den Krankenhäusern sehr herzlich bedanken. Das ist eine hervorragende Leistung.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Krankenhäuser sind auch dabei, neue Arbeitszeitmodelle zu entwickeln. Das ist schon vor dem Hintergrund der EuGH-Rechtsprechung geboten, vor deren absehbaren finanziellen Rahmenbedingungen, die wir hier bereits ausführlich diskutiert haben. Wir haben das in der Deputation sehr ausführlich dargestellt. Die Krankenhäuser sind dabei, sehr unterschiedliche Modelle für sich zu entwickeln, was auch in Ordnung ist, weil sie mit den individuellen Problemen ihres Hauses, mit den individuellen Gegebenheiten klarkommen müssen, mit den Beschäftigten entsprechende Regelungen aushandeln, und zum Teil gibt es auch schon vorzeigbare Wege. Sie werden dabei auch nicht allein gelassen. Die Tarifparteien des öffentlichen Dienstes beschäftigen sich sehr intensiv mit dem Thema. Die Arbeits- und Sozialminister haben sich bundesweit

(A) zusammengetan und geben Handlungsempfehlungen und Unterstützung.

Auch die Gewerbeaufsichtsämter haben sich zu einer Schwerpunktaktion in den nächsten beiden Jahren entschlossen, nämlich sich das Thema Arbeitszeit in den Krankenhäusern vorgenommen und informieren, beraten und überprüfen natürlich auch, aber alles unter Einbindung der Landeskrankengesellschaft. Man kann auch bei dem Thema zusammenfassen, dass da große Herausforderungen vor allen liegen, aber alle ganz kräftig dabei sind, das für sich zu erarbeiten und Lösungen zu entwickeln.

Also, wenn ich das einmal zusammenfassen darf: Ich sehe unsere Krankenhäuser im Land Bremen sehr gut aufgestellt für die Herausforderungen, die auf sie zukommen. Sie sind deswegen schon so gut aufgestellt, weil die durchschnittliche Verweildauer in den Krankenhäusern im Land Bremen schon jetzt unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Sie sind deswegen so gut aufgestellt, weil sie ein vorbildliches Qualitätsniveau haben. Das zeigt im Übrigen auch allein die Größenordnung, dass wir sehr konstant, über lange Zeiträume, einen hohen Anteil an auswärtigen Patientinnen und Patienten in unseren Krankenhäusern haben. Das ist, finde ich, ein gutes Zeichen! Daran müssen wir auch arbeiten, dass sich das weiter hält. Wir haben ein gutes Management und eine gute Steuerung, und auch die wirtschaftliche Bilanz unserer Krankenhäuser kann sich sehen lassen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Insofern bin ich da sehr optimistisch, und ich kann mich an dieser Stelle daran erinnern, als ich einmal einem Vortrag der Landeskrankengesellschaft folgen durfte, wo auf einer Folie unten stand „Unsere Krankenhäuser warten auf die Einführung der DRG“, und ich kann nur sagen: Arbeiten wir gemeinsam daran, dass die Gesundheitspolitik in Bremen so viel Erfolg hat wie bisher, dass wir zufriedene Patientinnen und Patienten haben! Wir haben noch genug zu tun, es ist noch ein weiter Weg dahin, und deswegen brauchen alle Menschen, die im Gesundheitssystem arbeiten, unsere Unterstützung. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Start der Neubürgeragentur – Feinkonzept

Mitteilung des Senats vom 9. Juli 2002
(Drucksache 15/1194)

Wir verbinden hiermit:

Start der Neubürgeragentur

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 20. August 2002
(Drucksache 15/1219)

(C)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer, ihr beigeordnet Staatsrat Logemann.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als Erster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bremen und Bremerhaven brauchen möglichst neue Einwohner, müssen sich aber vor allem darum bemühen, die Einwohnerzahlen zu sichern. Das geht allen Großstädten und auch mittelgroßen Städten in Deutschland so, dass wir uns angesichts der demographischen Entwicklung bemühen müssen, unsere Einwohnerzahlen zu erhalten, denn das hat viel damit zu tun, welche Steuereinnahmen und Zuweisungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs wir realisieren. Deshalb haben wir eine ganze Reihe von Anstrengungen unternommen im Bereich der Bereitstellung von Wohnbauflächen, der Verbesserung des Wohnumfeldes in unseren Stadtquartieren, und wir sorgen uns darum und geben uns Mühe, Bremen und Bremerhaven zu lebenswerten Städten zu machen.

(D)

(Präsident **W e b e r** übernimmt wieder den Vorsitz.)

Es reicht aber nicht allein, sozusagen gut zu sein, sondern Klappern gehört da auch zum Handwerk, zu informieren und darüber zu reden. Darum hat die SPD-Fraktion bekanntlich im Februar 2001 die Idee einer Neubürgeragentur geboren, mit der diese Arbeit gemacht werden soll.

Es ist dann im Laufe des Jahres 2001 gemeinsam von der Koalition, von SPD und CDU, hier im Parlament thematisiert worden, und heute liegt uns der zweite Bericht des Senats zur Umsetzung dieser Neubürgeragentur vor, ein guter Bericht, wie ich finde, und endlich ein Schritt voran in die richtige Richtung und zur Konkretisierung, so dass wir ausweislich des Berichts noch im November zu dem richtigen Start dieser Neubürgeragentur kommen wollen.

Was wollen wir damit erreichen? Es kommt sehr darauf an, dass wir nicht nur versuchen, zwischen Bremen und seinen Nachbargemeinden und Bremerhaven und seinen Nachbargemeinden den Kampf um Einwohner zu gewinnen, sondern es kommt vor allem darauf an, dass es uns gelingt, Personen, die neu in die Region kommen und hier Arbeitsplätze, die wir geschaffen haben, annehmen, dazu zu bewegen, dass sie auch ihren Wohnort hier nehmen. Wir sollten uns auch aus Gesichtspunkten der Ökologie und der Nachhaltigkeit darum bemühen, da-

- (A) für zu sorgen, dass die Einpendlerquote vielleicht etwas sinkt und die Menschen auch in Bremen und Bremerhaven ihre Wohnorte finden.

Ich will deshalb an der Stelle zwei Beispiele nennen, und die Neubürgeragentur in ihrem jetzigen Feinkonzept geht auch genau auf solche Zielgruppen ein. Das eine Thema, schon viel diskutiert, ist das der Fluglotsen, die von Berlin bekanntlich nach Bremen verlegt werden, 300 Personen. Wir sollten uns gezielt darum bemühen, und das wird sich die Neubürgeragentur vornehmen, diesen Menschen hier Informationen und vor allem Wohnorte zu bieten.

Ein zweites Beispiel: Der größte private Arbeitgeber der Stadt Bremen ist bekanntlich Daimler-Chrysler mit seinem Automobilwerk in Hemelingen. Dort sind etwa 16 000 Menschen beschäftigt. Bekanntlich sind etwa 55 bis 60 Prozent, gut 9000 Menschen, nicht in Bremen wohnhaft, sondern wohnen, wie das bei großen Arbeitgebern auch üblich ist, in Niedersachsen, in den Nachbargemeinden, teilweise bis zu 60, 80 Kilometer weit entfernt. Auch da lohnt es sich doch, gezielt anzusetzen und sich zu bemühen, Angebote zu unterbreiten und in vielerlei Hinsicht auch dafür zu sorgen, dass dort Informationen über die Möglichkeiten in Bremen verbreitet werden. Dies alles nimmt das Feinkonzept, das uns heute hier vorliegt, auf. Es setzt im Prinzip zentral darauf, über das Gute zu reden.

- (B) Information und Kommunikation bilden ein wesentliches Element, und so ein kleines Sahnehäubchen in dem Zusammenhang sind dann solche Dinge wie ein Willkommenspaket mit dem schlicht und einfach genauere Informationen von den Stadtplänen bis hin zu Probeabonnements von Tageszeitungen und Ähnlichem geboten werden.

Umgesetzt werden soll das Ganze in Bremen selbst mit der Neubürgeragentur mit ihrem Sitz in der Pelzerstraße in der Innenstadt, im Bürger-Service-Center. Dieses Angebot wird im November eröffnet. Ich will an dieser Stelle sagen, dass das Feinkonzept, was uns hier vorliegt – –.

(Senator D r . B ö s e : 14. Dezember! –
Senatorin W i s c h e r : Ist angedacht!)

14. Dezember ist jetzt angedacht! Dann hätte der Senat noch die Mitteilung ändern müssen. Ich habe da vorhin noch hineingeschaut, darin steht November. Wir sollten uns nicht darum streiten. 14. Dezember, das ist ja fast noch November! Das ist zumindest das Gute!

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: 2002!)

2002! Der Punkt ist aber an der Stelle, dass wir die Sache jetzt, glaube ich, für die Stadtgemeinde Bremen rund haben.

Wir diskutieren aber heute im Landtag, und die Neubürgeragentur war natürlich auch für das gan-

ze Land konzipiert. Ich will das deshalb an dieser Stelle sagen, weil wir das immer so betont haben, dass wir hier für Bremerhaven noch keine Vorschläge haben, und ich halte das zumindest für erforderlich, so war es immer initiiert und auch gedacht, verlangt, dass wir auch dort entsprechende Anstrengungen unternehmen und auch dort so etwas wie eine Neubürgeragentur realisieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf darauf hinweisen, dass wir einen Antrag der SPD und der CDU vorgelegt haben, und ich will zu diesem Antrag natürlich um Zustimmung bitten und auf zwei Punkte hinweisen, die ihn richtig erforderlich gemacht haben.

Das erste Thema ist die Tatsache, dass bei der Neubürgeragentur immer die Überlegung war, es kann sich nicht nur um eine öffentliche Anstrengung handeln, es darf sowieso keine Amtsstube werden, sondern soll als eine wirklich dynamische Einheit angelegt werden, deshalb auch die Angliederung an die Bremer Marketingagentur, die ich richtig finde. Aber es muss in stärkerer Weise als bislang gelingen, den privaten Teil hineinzubekommen.

Nun hört man hier und da, dass Unternehmen nicht so richtig mitmachen wollen, Institutionen nicht so richtig mitmachen wollen. Auf der anderen Seite höre ich aber auch, dass das Mitmachen nicht hinreichend ermöglicht wird. Nun soll man bei solchen Sachen immer vorsichtig sein, jeder versucht, sich selbst natürlich zu rechtfertigen. Unser Plädoyer in dem Antrag ist jetzt nur, unsere Bitte an den Senat und die Bremer Marketingagentur, sich dort noch einmal besonders anzustrengen und beispielsweise in dem eingerichteten ressortübergreifenden Arbeitskreis doch bitte außerhalb der Verwaltung nicht nur die Handelskammer einzubeziehen, sondern auch „Haus und Grund“ und auch die Arbeitnehmerkammer einzubeziehen. All diese haben signalisiert, dass sie Interesse haben. Ich glaube, das wäre ein konkreter Schritt, um das Ganze zu verbreitern und eben auf breitere Füße zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Das war Punkt eins unseres Antrags, und Punkt zwei des Antrags bezieht sich noch einmal auf das sicherlich nicht ganz unsensible Thema der Öffnungszeiten dieser Neubürgeragentur. Sie wird auch am Samstag geöffnet sein, was wir als SPD-Fraktion für richtig und einen Fortschritt halten. Aber die Öffnung ist noch nicht an die Ladenöffnungszeiten in der Innenstadt angepasst. Es sollte schon so sein, dass man sich bei einer solchen Serviceeinrichtung darum bemüht, dass es dort eine Angleichung gibt.

Wir als Koalition wollen den Senat nur ermutigen, hier durchaus noch den Schritt weiter zu gehen und zu versuchen, die Öffnungszeiten kompatibel zu ma-

(C)

(D)

(A) chen, damit natürlich noch etwas stärker in den Nachmittag auszuweiten. Ich glaube, nach dem, was ich auch gehört habe über die sicherlich nicht einfachen Verhandlungen und Gespräche mit der Personalvertretung und dem Gesamtpersonalrat, dass man den Schritt, jetzt eine entsprechende Verlängerung von Öffnungszeiten zu bekommen und den Bürgerservice richtig zu etablieren, dass man auch dies verhandeln könnte. Man muss natürlich da von beiden Seiten verhandeln und auch über die Arbeitszeitorganisation die richtigen Vorschläge machen. Ich glaube aber, da könnte man zueinander kommen, und wir haben das deshalb auch als einen weiteren Punkt hier vorgeschlagen.

Zum Schluss: Die Neubürgeragentur sollten wir jetzt heute hier als Parlament endgültig auf den Weg bringen. Sie ist jetzt für die ersten drei Jahre mit 2,7 Millionen Euro finanziert. Nach den Vorhaben und nach den Berechnungen sollen dadurch pro Jahr 300 Neubürger gewonnen werden. Da kann man nur viel Glück wünschen, denn das wird natürlich eine schwierige Aufgabe. Wenn dies gelingt, wird aber auch eine Refinanzierung dieser Anstrengung möglich sein, weil wir bekanntlich für jeden neuen Einwohner allein 3000 Euro im Rahmen des Finanzausgleichs und an Steuern in den Haushalt einstellen können, und das kann man dann hochrechnen, das kommt hin. Ich glaube, ein guter Weg, vor eineinhalb Jahren gut begonnen und jetzt ordentlich zu Ende gebracht! – Danke sehr!

(B)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Grünen finden, es ist ein ehrgeiziges Projekt, eine Neubürgeragentur auf den Weg zu bringen, Herr Sieling hat darauf hingewiesen, gerade vor dem Hintergrund der Entwicklung insgesamt in der Bundesrepublik, auch der demographischen Entwicklung. Wir Grünen unterstützen dieses ehrgeizige Projekt.

Die Neubürgeragentur soll unter anderem Akquisitionstrategien entwickeln, um unterschiedliche Zielgruppen wie zum Beispiel Arbeitsplatzsuchende, Stadtrückkehrende, Ausbildungs- und Studienplatzsuchende nach Bremen und Bremerhaven zu holen. Wir unterstützen es. Es ist ein Versuch, auf unkonventionelle Weise Reklame für die eigene Stadt zu machen und es Neuankömmlingen in Bremen und hoffentlich auch in Bremerhaven so komfortabel wie möglich zu machen.

Bürgerservice aus einer Hand, kompetente Beratung für die unterschiedlichen Zielgruppen, Willkommenspakete sind wichtige Instrumente, um un-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

sere beiden Städte für neue Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu machen. Ich sage aber auch, dass eine Neubürgeragentur nur das Sahnehäubchen, und da habe ich eine kleine Differenz zu meinem Kollegen Sieling, für eine insgesamt lebenswerte Stadt ist. Darauf muss aus Sicht der Grünen insgesamt das Schwergewicht gelegt werden, meine Damen und Herren.

(C)

Eine entscheidende Frage ist aus meiner Sicht, wie eigentlich Menschen außerhalb Bremens oder Bremerhavens, Menschen, die im Bremer Umland leben, oder noch besser, Menschen, die in Bayern oder Bayern-Württemberg leben, erfahren, dass Bremen zum Leben, zum Arbeiten, zum Altwerden oder auch zum Jungsein eine tolle Stadt ist! Hier kommt es unserer Meinung nach auf eine überregionale Vermarktung an. Die Neubürgeragentur, so wie ich sie verstehe, setzt eigentlich dort an, sich für Menschen einzusetzen, die sich schon für Bremen entschieden haben, ihnen das Ankommen und das Heimischwerden in unseren beiden Städten zu erleichtern. Das ist wichtig, aber bei weitem nicht alles, meine Damen und Herren.

Wir glauben, um Abwanderung zu verhindern oder tatsächlich neue Einwohnerinnen und Einwohner für Bremen zu gewinnen, braucht Bremen vor allem eines: Bremen braucht gute Schulen und Hochschulen, wir haben heute Morgen über die Bedeutung der Hochschulen debattiert, und Bremen braucht moderne, innovative Arbeitsplätze. Bremen braucht auch, darüber haben wir auch vor zwei Tagen diskutiert, beitragsfreie Kindergärten. Das wäre doch eine Reklame für Bremen und Bremerhaven.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das würde Bremen bundesweit ein so genanntes Alleinstellungsmerkmal geben. Das wäre gerade für junge Familien aus dem Bremer Umland ein Grund zum Kommen und junge Bremer Familien in Bremen und Bremerhaven zum Bleiben zu veranlassen. Leider haben Sie nun genau diesen Punkt abgelehnt, meine Damen und Herren. Das ist sehr schade.

Meine Damen und Herren, der härter werdende Konkurrenzkampf der Städte untereinander um mehr Bewohnerinnen und Bewohner verlangt bei einer insgesamt nicht wachsenden Bevölkerung große Kraftanstrengung von allen. Die Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven zu erhalten und zu verbessern ist für uns die beste aller Voraussetzungen, dass die Menschen hier bleiben und neue hinzukommen. Menschen, die sich überlegen, ihren Wohnort zu wechseln, müssen erfahren, dass es sich lohnt, nach Bremen zu ziehen. Gerade weil wir eine immer älter werdende Gesellschaft werden, finde ich es zum Beispiel wichtig, dass Bremen alles daransetzt, Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Bremen zu halten und in- und ausländische Studenten für Bremen zu gewinnen. Bremen muss sich weiterhin

(A) als junge, dynamische und innovative Stadt profilieren. Bremen muss darüber hinaus seinen Ruf als tolerante Stadt verteidigen und gerade gegenüber Ausländerinnen und Ausländern ihre Pforten weit öffnen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Um das zu erreichen, spielen aber gerade auch die so genannten weichen Standortfaktoren eine bedeutende Rolle: Bildung, ich habe es angesprochen, aber genauso gute Sport- und Freizeitangebote, vielfältige Kultureinrichtungen und, auch das gehört für mich dazu, Stadtteile, in denen nicht schon um 23 Uhr die Bürgersteige hochgeklappt werden, auch gerade eine pulsierende, eine lebendige und spannende Stadt ist für junge Menschen interessant, und dann kommen sie auch zu uns.

Meine Damen und Herren, in diesen Schritten wollen wir Grünen sie gern unterstützen. Wir finden, dass die Neubürgeragentur in diese Richtung ein erster Schritt ist. Von daher, da bin ich mit meinem Kollegen Sieling einig, wünschen wir dieser Neubürgeragentur viel Erfolg.

Gestatten Sie mir zum Schluss eine Anmerkung zur Finanzierung der ganzen Angelegenheit! Sie wollen das Ganze ja aus einem so genannten Fonds für betriebswirtschaftlich rentable Maßnahmen finanzieren. Wir Grünen hätten uns gewünscht, wenn Sie es denn wirklich auch für die Zukunft ernst nehmen, dann hätte es eines eigenen Haushaltstitels dafür bedurft. Meine Damen und Herren, um dann wirklich nachzuweisen, dass es eine betriebliche wirtschaftlich rentable Maßnahme ist, dazu müsste dann jede Neubürgerin oder jeder Neubürger einen roten Punkt auf die Nase geklebt bekommen. Ich glaube, das wollen wir ja wohl alle nicht, aber ansonsten stimmen wir Grünen Ihrem Antrag zu und wünschen einer Neubürgeragentur einen guten Erfolg. – Danke schön!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Ziel dieser Sanierungskoalition ist Sparen und Investieren, Investieren in zusätzliche Arbeitsplätze, in zusätzliche Infrastruktur und das Schaffen neuer Wohngebiete. Nur wenn es uns gelingt, Menschen nach Bremen zu holen oder in Bremen zu halten, weil sie hier einen Arbeitsplatz haben, weil sie hier gut wohnen können, dann wird es uns auch gelingen, dieses Ziel zu erreichen.

Das Stichwort Neubürgeragentur hat eine ergänzende Funktion. Ohne zusätzliche Arbeitsplätze, ohne

*) Vom Redner nicht überprüft.

zusätzliche vernünftige Wohngebiete, ohne eine vernünftige Infrastruktur wird es uns auch nicht gelingen, dass diese Neubürgeragentur erfolgreich wird, wobei ich mit einem Missverständnis aufräumen möchte, deswegen soll auch noch weiter über diesen Namen nachgedacht werden. Es geht nicht nur darum, neue Bürger zu gewinnen, sondern auch vorhandene, hier wohnende Bürger, das ist auch ein Schwerpunkt dieser Agentur, zu behalten.

(C)

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Dazu machen wir den ganzen Tag Politik, oder?)

Ja, aber wir wissen, lieber Herr Dr. Kuhn, dass vielfach Leute dieser Stadt hier wohnen und arbeiten, und wenn sie sich einmal verändern wollen, weil die Wohnung zu klein ist, weil sie von Mietwohnung auf Eigentum umsteigen wollen und so weiter, sich in Bremen umschaue. Das war doch das Problem in der Vergangenheit, dass wir zu wenig Möglichkeiten hatten, weil Leute, die hier ein Eigenheim schaffen wollten, dies im Grunde genommen hier nicht schaffen konnten. Das hat doch die große Koalition bewirkt, indem wir bauträgerfreie Grundstücke ausgewiesen haben, indem wir den Baukostenzuschuss gegeben haben, dass die Menschen in Bremen bleiben konnten, wenn sie es denn wollten. Die Mehrheit, das wissen wir aus verschiedenen Untersuchungen, will das ja auch. Sie wollen in ihrem Umfeld bleiben. Nur müssen wir dazu die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

(D)

Dass wir sie geschaffen haben, zeigen auch die Zahlen: der Einwohnerzuwachs, den Bremen-Stadt im letzten Jahr gehabt hat, die Arbeitsmarktzahlen in den letzten beiden Jahren, die Zuwächse von 10 000 neuen Arbeitsplätzen! Wir sind spitze beim Vergleich des Wirtschaftswachstums mit anderen Bundesländern. Wir sind spitze, was den Abbau der Arbeitslosigkeit im Vergleich zu anderen Bundesländern angeht. Diese konsequente Politik muss fortgesetzt werden. Dafür treten wir ein. Die Neubürgeragentur ist ein ergänzendes Feld, ein richtiges und ein gutes Feld. Wir unterstützen das nachdrücklich. Meine Vorredner haben schon darauf hingewiesen. Wenn es nur gelingt, allein 300 Neubürger hier in Bremen zu halten oder zusätzlich zu gewinnen, rentiert sich diese Agentur.

Ich glaube, wenn man den Weg, der in dem Antrag aufgezeigt ist, noch durch zusätzliche Partner verstärkt, dass dieser Weg gelingen kann und auch gelingen wird, aber es muss immer in den übrigen Rahmen der Politik eingebettet sein. Da kann ich nur sagen, Frau Krusche, es ist schön, dass Sie hier zustimmen, nur, wenn wir sagen, wenn die Menschen, die Fernwanderer hier herkommen wollen – wir hatten zum Beispiel im Jahr 2001 1700 Fernwanderer –, wenn wir denen keine Wohnungen anbieten, wenn wir nicht die Möglichkeit geben, hier zu wohnen, dann gehen sie in das Umland.

(A) Das ist eine verfehlte Politik, die Sie betreiben. Deswegen rate ich Ihnen noch einmal, Sie lehnen im Grunde genommen alle zusätzlichen Wohngebiete und Wohnbaumaßnahmen ab, die wir als große Koalition vorgeschlagen haben. Wenn es um Gewerbegebiete geht, wir haben ja über den Gewerbeflächenplan in der letzten Sitzung hier diskutiert, auch den haben Sie abgelehnt. Also, wenn es darum geht, zusätzlich Wohnbauflächen, zusätzliche Flächen für Gewerbe auszuweisen, dann sind Sie immer auf der Nein-Seite. Das reicht nicht aus, um hier solch ein Konzept erfolgreich umzusetzen.

Ich will doch noch einmal zu meinem Schwerpunkt, auch was das Bleiben von Menschen in dieser Stadt anbetrifft, einige Zahlen sagen, weil Sie ja von einer lebenswerten Stadt und von weichen Standortfaktoren gesprochen haben. Dass wir hier noch etwas tun müssen, ist richtig. Dass wir aber auch schon eine Menge getan haben, wissen Sie aber auch. Die Zufriedenheit mit dem Wohnort, das ist ja eine Untersuchung hier, die als Begleitwerk entstanden und aufgeführt ist, bejahen die Menschen in Baden-Württemberg zu 75 Prozent, in Bayern zu 74 Prozent, in Bremen nur zu 65 Prozent. Wir sind unter dem Bundesdurchschnitt, obwohl wir viel getan haben.

(B) Jetzt zu den konkreten Bereichen, da wird deutlich, welche Schwerpunkte wir noch setzen müssen: Arbeitsmarkt Durchschnitt 33 Prozent, die Abweichung von Bremen ein Minus von 17 Prozent. Das wissen wir alle, dass wir da noch viel tun müssen. Wir haben eine Menge getan, aber dass wir noch lange nicht über den Berg sind, das muss man immer wieder sagen. Das ist noch ein weiterer Aufholprozess von mindestens zehn, 15 Jahren, bevor wir dann auf Bundesdurchschnitt sind.

Im Kultur-/Freizeitbereich ist der Bundesdurchschnitt 53 Prozent, die Abweichung von Bremen liegt bei plus drei Prozent. Wir dürfen uns auch nicht immer schlecht reden, wenn es um diesen Bereich geht. Wenn ich Natur, Ruhe, Landschaft nehme, liegt der Bundesdurchschnitt bei 77 Prozent, da ist allerdings der Vergleich auch mit Flächenländern, muss man wissen. Da ist die Abweichung Bremens minus 30 Prozent.

Ich glaube, dass wir in diesem Bereich eine Stadt mit viel Grün sind, nicht mit viel Grün Ihrer Couleur, sondern mit viel Grünflächen!

(Beifall bei der CDU)

Wir sollten mit dem Pfund, das wir haben, mit dem dörflichen Charakter, den wir in Borgfeld, Osterholz und so weiter haben, der auch bestehen bleibt, noch mehr wuchern, damit deutlich wird, dass wir in diesem Bereich sehr gut aussehen. Diejenigen, die von auswärts kommen, bestätigen das auch.

Wenn ich die Kinderbetreuungsmöglichkeiten nehme, dann sind wir im Durchschnitt bei 44 Pro-

zent, und die Abweichung Bremens beträgt null Prozent. Auch das ist ein weicher Standortfaktor, bei dem wir gar nicht so schlecht dastehen.

(C)

Ich glaube, dass das, was wir hier jetzt auf den Weg gebracht haben, ein richtiger Weg ist. Dass daran intensiv gearbeitet werden muss, ist auch völlig klar. Dies ist ein Versuch über drei Jahre, einmalig in Deutschland. Dass das nicht alles optimal und fehlerfrei laufen wird, dass wir da vielleicht auch einmal nachbessern, nachjustieren müssen, ist auch klar. Das sollten wir intensiv machen, denn deswegen ist im Haushaltsausschuss auch gesagt worden, dass ein ständiges Controlling darüber erforderlich ist, nicht so, wie es ursprünglich vorgesehen war. Wenn wir das jetzt realisieren und im Dezember in die Startphase gehen, dann hoffe ich auf einen guten Erfolg im Sinne der Sanierungspolitik Bremens. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Ihnen nun heute vorliegenden Feinkonzeptionierung der Neubürgeragentur oder, wie sie zukünftig heißen soll, mit Bremen-Service ist jetzt, finde ich, ein ehrgeiziges Projekt so weit entwickelt, dass der Start und damit die konkrete Arbeitsaufnahme, wie eben schon gesagt, nun auch noch in diesem Jahr erfolgen kann. Das Konzept ist so, wie es Ihnen heute entwickelt vorliegt, durch die außerordentlich engagierte ressortübergreifende Arbeitsgruppe zu dieser Reife gebracht worden. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich an dieser Stelle bei denen, die dort daran mitgewirkt haben, ganz herzlich zu bedanken.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Was wir uns mit Bremen-Service vorgenommen haben, ist, Herr Pflugradt hat es eben gesagt, in der Tat in Deutschland einmalig. Ich höre nur, dass viele andere Städte mit Interesse auf uns blicken und auch schon nachgefragt haben, wie macht ihr das, oder wie wollt ihr es gemacht haben. Es entsteht im Augenblick bereits Interesse an dem Konzept, bevor wir überhaupt angefangen haben zu arbeiten. Insofern haben wir hier auch schon mit allein dieser Maßnahme etwas zum Image Bremens beigetragen.

Worum geht es bei diesem neuen Bremen-Service? Es ist eben schon mehrfach angesprochen worden, das Hauptziel ist, neue Einwohnerinnen und Einwohner für Bremen zu gewinnen und, das betone ich auch, die Abwanderung in der Tat zu vermindern. Dies soll auf vier verschiedenen Wegen erreicht werden, eine aktive Akquisition und Information von und gegenüber regionalen, und, Frau Krusche, eben

(A) in der Tat nicht nur regionalen, sondern auch nationalen mobilen Gruppen unter der Herausstellung der besonderen Attraktivität Bremens. Es ist eine Werbung um den Zuzug neuer Einwohnerinnen und Einwohner bundesweit.

Was Sie und Herr Pflugradt angesprochen haben, gehört selbstverständlich dazu. Die Werbung muss natürlich mit Pfunden wuchern, die wir haben und die wir auch zukünftig schaffen wollen, das ist doch ohne Zweifel richtig. Man kann nur das bewerben, was man auch tatsächlich im Angebot hat. Aber ich denke, bei all dem, was wir noch an Verbesserungsnotwendigkeiten haben, die hier schon angesprochen worden sind, ich sehe nur, diese Stadt hat viele Pfunde, und wir müssen auch nur ordentlich mit ihnen wuchern!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es geht im Übrigen auch um eine aktive Information von Bremerinnen und Bremern, also denjenigen, die hier in Bremen schon sind und die überlegen, aus welchen Gründen auch immer, alternative Wohnorte zu suchen, und denen darzustellen, welche speziellen Vorteile es hat, in Bremen zu verbleiben gegenüber alternativen Wohnorten. Das ist also im Grunde der Tenor „Bremer bleiben leicht gemacht“, die Neubürgeragentur als Bürgerbindungsglied für unsere Stadt.

(B) Drittens eine umfangreiche Information und Betreuung von Neubürgern und Angehörigen! Die Neubürgeragentur als Instrument der dauerhaften, wie es ja heute auf Neudeutsch heißt, Kundenbindung und Vermeidung der alternativen Wohnortsuche und effektive und kundenfreundliche Organisation als Anlaufstelle für jeden Neubürger, also „Bremer werden leicht gemacht“!

Zielgruppen für die Akquisition, das ist schon angesprochen worden, von zusätzlichen Neubürgern und Neubürgerinnen sind vor allem Arbeitsplatzsuchende, Ausbildungsplatzsuchende oder Studentinnen und Studenten, es sind Stadtrückkehrer, Umlandsiedler, Pendler, Menschen, die ihren Zweitwohnsitz in Bremen haben und dauerhaft hier an Bremen gebunden werden, und, Herr Sieling hat es eben angesprochen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Unternehmen, die hier in Bremen sind und die nach Möglichkeit nach Bremen kommen sollen und denen es erleichtert werden soll, nach Bremen zu kommen, weil man sagt, für euch und eure Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bieten wir einen umfangreichen Service an. Wir nehmen euch vieles ab, es ist ganz einfach, nach Bremen zu kommen. Das ist eigentlich die Philosophie, die dahinter steht.

Die Neubürgeragentur soll als Dienstleister zur Verfügung stehen, und zwar in Form von Beratung, Vermittlung und Begleitung. Alle Informationen, die im Zusammenhang mit einem Zuzug nach Bremen

stehen, sollen künftig zielgruppenspezifisch und gebündelt zur Verfügung stehen. Es ist ein Unterschied, ob ein Älterer oder ein Junger nach Bremen zieht. Für jede Gruppe brauche ich spezifische Informationen und spezifische Angebote. Es soll in der Neubürgeragentur die Möglichkeit geben, sich sowohl schriftlich als auch mündlich Informationen einzuholen, oder durch einen Anruf im Call-Center abgefragt werden kann, was an Informationen gebraucht wird. Es soll ein entsprechendes, auch das, Frau Krusche, ist dann der Hinweis auf die nationalen Anstrengungen, die wir haben, Internetportal entstehen, sozusagen ein Marktplatz, auf dem man nachschauen kann. Es sollen Hilfen bei Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten und alle weiteren Umzugsformalitäten ebenfalls vom Ort des Neubürgerservices heraus organisiert werden. Insgesamt ist ein kooperatives Netzwerk möglichst vieler öffentlicher und privater Leistungsträger angedacht.

Als Kommunikationsmittel, Herr Dr. Sieling hatte darauf hingewiesen, ist auch daran gedacht, Einführungskampagnen durchzuführen, also uns überhaupt als Bremen Service bundesweit bekannt zu machen, Einführungskampagnen, Anzeigen, Broschüren und so weiter, also auch solche Mittel des Marketings, um überhaupt ins Gespräch zu kommen. Das besondere Willkommenspaket, das Sie angesprochen haben, das vielleicht so ein kleines Sahnehäubchen noch oben darauf ist, ist aber ein ganz wichtiges Instrument in einer solchen Werbung um Menschen, die wir hier in Bremen gewinnen möchten.

Sie haben die Öffnungszeiten angesprochen, wir haben uns in der Tat vorgenommen, attraktive Öffnungszeiten in der Pelzerstraße anzubieten. Gedacht ist an 60 Stunden in der Woche einschließlich einer Erreichbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger am Samstag. Das soll das Dienstleistungsangebot abrunden und den Interessentinnen und Interessenten möglichst das Gefühl verleihen, dass sie in Bremen auch tatsächlich willkommen sind. So soll Kundenorientierung eben nicht nur eine Worthülse sein, sondern tatsächlich erlebbar und erfahrbar sein. Es wird von denen geschätzt, die uns dort begleitet und beraten haben, dass mit diesem Angebot eine Anzahl von rund 18 800 Kundenkontakten pro Jahr für die direkte Kundenbetreuung der Neubürgeragentur einschließlich Call-Center sich entwickeln wird, Internet nicht mitgerechnet. Das ist eine ganze Menge solcher Kontakte, wenn man das Internet noch mit dazu nimmt, kann man davon ausgehen, dass davon die Kontakte noch deutlich höher sind, wenn man dieses Internetportal einfach anklicken kann.

Es ist eine zweieinhalbjährige Pilotphase dieser Agentur im Sinne der Organisationsform Shop-in-Shop vorgesehen. Neubürgerservice und Standarddienstleistungen der Verwaltung von getrennten Einheiten im Bürger-Service-Center Mitte sollen so im Shop-in-Shop-System wahrgenommen werden. Die

(C)

(D)

(A) Neubürgeragentur konzentriert sich auf die Akquisition von Neubürgerinnen und Neubürgern, ihre Tätigkeit ist somit nicht öffentlich-rechtlich. Zur Ummeldung und für andere Verwaltungsdienstleistungen stehen die hoheitlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bürger-Service-Centers zur Verfügung. Bei speziellem Beratungsbedarf, der ja immer wieder auftauchen kann, soll auch angestrebt werden, dass auch dies in einer Person nach Möglichkeit abgearbeitet werden kann. Das heißt also, der Kunde, der eine Nachfrage hat oder der bedient werden möchte, soll auf Dauer einen Ansprechpartner haben, alles andere wird im Hintergrund dann für ihn erledigt.

Die weitergehende Option, die wir hier auch schon einmal diskutiert haben, nämlich die Organisation aus einer Hand insgesamt, soll in Kooperation mit dem Bürger-Service-Center dann im Verlauf dieser dreijährigen Pilotphase weiter geprüft werden. Sie haben in Ihren Beiträgen angesprochen insbesondere, Herr Dr. Sieling, die Frage der Public-private-partnership. Es ist in der Tat so, und ich kann das nur unterstreichen, dass es wirklich ernsthafte Bemühungen gegeben hat, dies auch in der ersten Stufe so einzurichten. Es ist nicht gelungen, das muss man einfach so sagen, es gab Zurückhaltung bei Unternehmen, die wir gern dabei gehabt hätten, um das von Anfang an so zu machen. Es ist also nicht gelungen, aber ich glaube, es gibt gleichwohl inzwischen schon vielversprechende Ansätze und Möglichkeiten, die Einbeziehung Dritter doch noch hinzubekommen in Form von Kooperation, die man ja machen kann, so dass man vielleicht auf diese Art und Weise dem Ziel dann eines Tages, so wie wir es uns vorgestellt haben, auch der Public-private-Partnerschaft näher kommt.

(B) Bezogen auf die Einbindung auch Dritter, Sie haben es ja auch in Ihrem Antrag formuliert, nämlich mehr hineinzunehmen in diesen ressortübergreifenden Arbeitskreis, kann ich Ihnen sagen, dass wir inzwischen schon, ich habe heute die Einladung gesehen, all die Ansprechpartner, die Sie vorschlagen, mit hineinnehmen. Ich habe es heute in einem Einladungsschreiben angesprochen und darum gebeten, wenn sie denn Interesse haben, auch Mitglieder für diesen Arbeitskreis zu benennen. Insofern ist Ihrem

Wunsch schon Rechnung getragen, indem wir auch so verfahren sind. (C)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass es jetzt endlich losgeht! Ich hoffe sehr, dass wir am Ende der Pilotphase 2004, wenn wir dann hier zusammenkommen und es neu diskutieren, dann gemeinsam feststellen können, dass das ein unglaublich erfolgreiches Projekt war, das man unbedingt weiterführen muss. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/1219 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/1194, Kenntnis. (D)

Meine Damen und Herren, bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, ich hatte Ihnen das unter dem Datum 5. September bereits mitgeteilt und auch eingeladen, dass die Wahlparty, die diesmal die Bremische Bürgerschaft im Schnoor im Waldemar-Koch-Haus zur Bundestagswahl durchführt mit den Kandidaten zum Deutschen Bundestag, 17.30 Uhr öffnet. Ich habe Sie dazu recht herzlich eingeladen. Ich habe in der Zeitung gelesen, dass die Parteien auch ihre Wahlparty machen, aber vielleicht schauen Sie vorbei und können interessante Gespräche führen.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 16.40 Uhr)